

Termine:

Justizprüfungsamt?
Ja — Nein
Falls ja: P — K — V — R
Unterschrift:

Mitteilungen nach Nr. MiStra.
Benötigt werden Abschriften von:

Staatsanwaltschaft

bei dem Landgericht Berlin

Strafsache

bei de — Strafkammer des — gericht

Verteidiger:

RA. — Vollmacht Bl. — gegen

wegen

Haftbefehl Bl. — aufgehoben Bl.

Anklage Bl.

Eröffnungsbeschluß Bl.

Hauptverhandlung Bl.

Urteil des I. Rechtszugs Bl.

Berufung Bl.

Entscheidung über die Berufung Bl.

Revision Bl.

Entscheidung über die Revision Bl.

Strafvollstreckung im
Vollstreckungsheft — Bl.

Zählkarte Bl.

Strafnachricht Bl.

SS

Ks Ls Ms

Weggelegt

Aufz

Gesc

Landesarchiv Berlin
B Rep. 057-01

Nr. 3530

[illegible]

Ludwigburg, Titeln No. 54

3 Ta - 151-

Heimatsdienst des Reichsführers - 44
SD - Leitabschnitt Döfen

AZ: III B 421
-/d

Döfen, den 20. August
Kollaring 15
Jensen 1993/97

1942
11/16

An die
Umwandererzentralstelle
z.Hd. v. ~~W~~-Obersturmbannführer K r u m e y
L i t z m a n n s t a d t

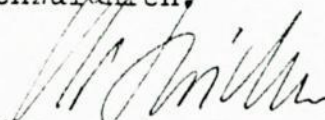
Betr.: Vorschläge für die charakterliche und politische
Beurteilung der UWZ-Litzmannstadt an das RSHA

Vorg.: bekannt

~~W~~-Standartenführer Dr. E h l i c h teilte ~~W~~-Sturmbannführer
H ö p p n e r mit, von dort aus waren Entwürfe für eine
charakterliche und politische Beurteilung eindeutschungs-
fähiger Polen bei Gesamtaktionen dem RSHA vorgelegt worden.

Es wird gebeten, die dortigen Vorschläge kurzfristig der
hiesigen Dienststelle zur Kenntnissnahme zuzuleiten bzw.
gelegentlich eines Aufenthalts in Posen Rücksprache bei der
hiesigen Dienststelle durchzuführen.

I.V.


Hauptsturmführer

0413

54

Krakau-Land

Bia 152

24

8. Juli 1940.

INNERE VERWALTUNG

An den
Generalgouverneur für die
besetzten polnischen Gebiete
z.H. Chef des Amtes
K r a k a u

Abt. Innere Verwaltung

Im Amt des Generalgouverneurs
für die besetzten polnischen Gebiete

Eing. an 13 VII. 1940

Anlagen..... Sachbearb.

Unterabteilung.....

L a g e b e r i c h t

der Kreishauptmannschaft Krakau-Land

Allgemeines, politische Lage

Unter dem Eindruck der völligen Niederwerfung Frankreichs hat sich in der polnischen Bevölkerung ein Stimmungsumschwung vollzogen. Die bisher allgemein vertretene Meinung, die deutsche Verwaltung werde ein baldiges Ende finden, da eine Niederlage Deutschlands durch die Westmächte bevorstehe, wird nur noch von vereinzelten Phantasten vertreten. Sowohl in intellektuellen Kreisen als auch in der Landbevölkerung beurteilt man die Lage nun bei weitem nüchterner. Man glaubt nicht mehr daran, daß die heutige Generation ein Wiedererstehen des polnischen Staates erlebt. Darin erblicke ich einen ganz eminenten Fortschritt. Diese Einsicht muß zwangsläufig weiteste Kreise der polnischen Bevölkerung zu einer loyalen Mitarbeit an der deutschen Verwaltung führen, da es im allgemeinen nur wenige gibt, die geneigt sind, einen Kampf zu führen, dessen Erfolg sich ihrer Überzeugung nach erst nach ihrem Tode wird einstellen können. Eine Beunruhigung wird in die jetzt an und für sich günstige Stimmung noch durch die Gerüchte über einen Einmarsch der Russen in das Generalgouvernement gebracht. Diese seit langem verbreiteten Gerüchte wollen nicht verstummen und haben in der Besetzung Bessarabiens durch Rußland neue Nahrung gefunden.

(Es ist bezeichnend für den polnischen nationalistischen Fanatismus

einzelner, daß gerade in dem Augenblick, da die Hoffnung auf ein Wiedererstehen des polnischen Staates völlig begraben werden mußte, der bedeutendste politische Anschlag verübt wurde, der sich seit der Einrichtung der deutschen Verwaltung in meinem Bereich ereignet hat. Am Sonnabend, den 23. Juni, gegen 23 Uhr 20, also unmittelbar nach der Rundfunkmeldung über die Unterzeichnung des Waffenstillstandes mit Frankreich, wurde durch ein Fenster des Post- und Fernsprechanstalles in Myslenice ein Sprengkörper geworfen. Durch die Explosion wurde die volksdeutsche Telephonistin Marga Geisler, die Nachtdienst hatte, an den Beinen und an der Hüfte mehrfach durch Bombensplitter verletzt. Die Verletzungen sind nach dem ärztlichen Gutachten leichter Natur. Der angerichtete Sachschaden ist nicht erheblich. Diese verhältnismäßig geringen Wirkungen des Sprengkörpers sind dem besonderen glücklichen Zufall zuzuschreiben, daß hinter dem Fenster, durch das der Sprengkörper geworfen wurde, ein schwerer Luftschutzvorhang angebracht war, wodurch der Sprengkörper knapp an der Mauer zu Boden fiel und dort explodierte. Der Sprengkörper dürfte eine mit Schwarzpulver gefüllte polnische Eierhandgranate älteren Modells gewesen sein.

Durch den Gendarmerie-Hilfszug Myslenice wurden die ersten notwendigen Maßnahmen, insbesondere die Absperrung des Gebäudes und Streifungen in der nächsten Umgebung, vorgenommen. Der Hilfszug wurde durch Beamte des Gendarmerie-Hauptzuges Krakau noch verstärkt. In den Morgenstunden des 23. Juni begab ich mich mit dem Gendarmerie-Kreisführer an den Tatort. Die Verhaftung der 10 Geiseln war im Auftrag des Landkommissars bereits erfolgt. Drei der Geiseln hatten in der Nacht Streifendienst gemacht. Im Laufe des Vormittags traf die GESTAPO ein, die die Durchführung der weiteren Erhebungen übernahm.

Der Täter des Anschlags konnte nicht festgestellt werden. Es hätte eine Ansatzmöglichkeit für einen Fährtenhund bestanden. Bedauerlicherweise war ein solcher nicht zu bekommen.

Seit längerer Zeit war das Bestehen einer politischen Terrorgruppe in Myslenice bekannt. Aus dieser Gruppe wurden aus Anlaß des Anschlags 26 Personen in Haft genommen.

Die Erschießung von 32 Personen (10 Geiseln und 22 Anhängern der Widerstandsbewegung) ist am 29.6.1940 durchgeführt worden.

Es stand zur Erwägung, ob nicht von einer Justifizierung der 10 Geiseln ausnahmsweise Abstand genommen werden konnte, da der Anschlag

durch die Erschießung der Angehörigen der Terrorgruppe als genügend gesühnt betrachtet werden könnte, insbesondere mit Rücksicht darauf, daß 2 Geiseln zufällig Mitglieder der Terrorgruppe waren. Trotz der Härte, die für die unbeteiligten Geiseln darin liegt, habe ich mich veranlaßt gesehen, dem Herrn Gouverneur die Justifizierung der Geiseln sowie aller Personen, deren Teilnahme an der illegalen Organisation feststand, vorzuschlagen, da andernfalls der Zweck der Geiselstellung hinfällig werden müßte.

Durch die Benachrichtigung der Angehörigen ist eine begreifliche Aufregung in die Bevölkerung Myslenices getragen worden. Der Fall hat sich außerordentlich rasch in der gesamten polnischen Bevölkerung meines Verwaltungsbereiches herumgesprochen. Von der GESTAPO wurde Anweisung gegeben, bei der Verständigung der Angehörigen jede Angabe des Grundes zu vermeiden und auch die Hinrichtung der Angehörigen der Terrorgruppe als Justifizierung von Geiseln hinzustellen. Ich halte dies für politische verfohlt, da eine so willkürliche Geiselaushebung in den Augen der Bevölkerung kein Verständnis finden könnte. Es mag gleichgültig sein, ob die Bevölkerung für die Härte der getroffenen Maßnahme ein Verständnis hat oder nicht, es ist aber von Bedeutung für die weitere Tätigkeit der deutschen Verwaltung, ob die Bevölkerung in der Maßnahme eine grobe Ungerechtigkeit sieht oder eine zwar strenge, aber nicht unbegründete Vergeltung. Eine Mitteilung des Grundes der Hinrichtung der Angehörigen der Terrorgruppe unter Vermeidung aller näheren Angaben würde in den Kreisen der loyal eingestellten Bevölkerung die Maßnahme zwar streng, aber nicht unbegründet erscheinen lassen und dadurch nicht das Vertrauen der polnischen Bevölkerung zur deutschen Verwaltung stören. Die GESTAPO hat auf Grund meiner Vorstellungen ihre Bedenken gegen die Bekanntgabe des Grundes der Hinrichtungen aufgegeben.

Bemerkenswert ist noch, daß sich unter den Anhängern der Widerstandsbewegung der Schulinspektor, zwei weitere Angestellte der Kreiskommunalverwaltung, der Direktor der Kreissparkasse und eine Angestellte der Sparkasse befanden. — —

Die im letzten Bericht erwähnten Polizeikontingente, die zur Erzwingung der Landarbeitergestellungen zur Verfügung gestellt werden sollten, konnten nicht zum Einsatz kommen, da nach dem derzeitigen Stand von Zwangsmitteln Abstand genommen werden soll. Damit ist die Ent-

scheidung, ob ein Zwang ausgeübt werden soll oder nicht, zum vierten Mal geändert worden. Ich darf dabei besonders darauf hinweisen, wie schädlich ein solches Schwanken für das Ansehen der deutschen Verwaltung sein muß, da es bei der raschen Aufeinanderfolge entgegengesetzter Anweisungen nicht möglich ist, eine Anweisung restlos durchzuführen.

Aus dem sowjetrussischen Interessengebiet haben sich im letzten Monat 236 Personen zur Registrierung gemeldet. Anträge für eine Rückkehr ins russische Gebiet werden nicht mehr berücksichtigt.

Flüchtlingstransporte aus den in das Reich eingegliederten Ostgebieten sind in der Berichtszeit nicht eingetroffen.

Der Einsatz der Juden zum Arbeitszwang nimmt immer größeren Umfang an. Mehrfach reicht die vorhandene Anzahl der Juden für den geforderten Einsatz nicht mehr aus. Einer dringenden Regelung bedarf die Bezahlung der jüdischen Zwangsarbeiter. Die Judenräte, denen die Bezahlung zum großen Teil auferlegt worden ist, verfügen nicht mehr über genügend Mittel, um die Zwangsarbeiter von sich aus zu entschädigen. Wiederholt fallen Zwangsarbeiter an den Arbeitsstellen wegen Unterernährung zusammen, da sie keine Möglichkeit haben, ausreichend Lebensmittel zu kaufen.]

Sicherheitswesen.

Für die Gendarmerie ist eine Neuorganisation in Kraft getreten, die eine größere Verteilung der Gendarmeriekräfte ermöglicht, was sehr begrüßt werden muß. Bei der Aufteilung habe ich mich bemüht, eine größtmögliche Zerteilung der Kräfte vorzunehmen, ohne daß sich die Sprengel der Gendarmerieposten mit der Verwaltungseinteilung überschneiden. Die Aufteilung der Gendarmeriezüge findet ihre Grenze in der festgesetzten Mindeststärke von 1:12. Ich habe demnach die Aufteilung des Gendarmeriezuges Krakau auf 5 Gendarmerieposten - in Krakau, Bochnia, Myslenice, Kalwaria und Wieliczka - vorgeschlagen. Der für Kalwaria in Aussicht genommene Gendarmerieposten würde seine Tätigkeit sowohl über ein dem Landkommissar Myslenice unterstellten Verwaltungsbereich als auch einen unmittelbar von hier aus verwalteten Bereich erstrecken. Um dies zu vermeiden, prüfe ich noch eine Neuorganisation der Verwaltung innerhalb der Kreishauptmannschaft. Wenn das vom Landkreis Wadowice zur Kreishauptmannschaft gekommene

Gebiet unmittelbar von Krakau aus verwaltet wird, wäre eine vollkommene Deckung der Verwaltungsbereiche mit den Sprengeln der Gendarmereiposten innerhalb der Kreishauptmannschaft erreicht. Für die Änderung spricht auch, daß die wöchentlichen Amtstage in Kalwaria bisher schon von hier aus abgehalten werden und die Verbindung Kalwaria-Krakau zufolge der Eisenbahnlinie weitaus günstiger ist als die Verbindung Krakau-Myslenice.

Wenn auch die in dem Erlaß über die Neuorganisation der Gendarmerie vorgesehene Motorisierung verwirklicht wird, ist die Aufsicht über die polnische Polizei in einem ganz anderen Maße als bisher möglich. Auf die Notwendigkeit, diese Aufsicht intensiver zu gestalten, habe ich immer wieder hingewiesen. Auch in der letzten Zeit mußten wieder Entlassungen aus der polnischen Polizei und schwere diszipliniäre Bestrafungen vorgenommen werden, die den Nachweis dieser Notwendigkeit erbringen.

Die strafbaren Handlungen haben sich in dem bisherigen Rahmen gehalten. Eine große Rolle spielen dabei die Eigentumsdelikte. Vereinzelt kamen auch Überfälle bewaffneter Banditen vor. So wurde auf einen Förster in der Gemeinde Bogucice und seinen Gehilfen ein Raubüberfall verübt und von den selben Tätern das Pfarramt in Mikuszowice ausgeraubt.

Um das Interesse der polnischen Polizei an der Bekämpfung der Preistreiberei und des Schleichhandels zu heben, habe ich versuchsweise den Polizisten, die sich dabei besonders bewährt haben, Sonderentlohnungen zukommen lassen. Auf Grund dieser Erfahrungen werde ich die polnischen Polizisten allgemein an den beschlagnahmten Gütern bis zu einer Höchstgrenze beteiligen, soweit nicht Vorschriften der Planbewirtschaftung entgegenstehen. Ich bin der Meinung, daß man nur auf diese Weise ein Gegengewicht gegen die notorische Bestechlichkeit der polnischen Polizei schaffen kann.

Wirtschaftliche Lage

Im allgemeinen nimmt die Arbeitslosigkeit weiter ab. Die Bemühungen der Bevölkerung, in Arbeit zu kommen, haben sich insbesondere dadurch verstärkt, daß die Betroffenen hoffen, dadurch von der Gestellung als Landwirtschaftliche Arbeiter freizukommen.

Die für die Wiedereröffnung vorgesehenen Textilgeschäfte sind am 10.6. eröffnet worden. Wie in dem letzten Bericht weise ich neuerlich darauf hin, daß die für die polnische Bevölkerung zugeteilte Anzahl von Bedarfsscheinen zur Deckung des notwendigen Bedarfes nicht ausreicht. Während der Sommermonate kann sich die Bevölkerung leicht helfen. In der kälteren Jahreszeit wird es ihr nicht möglich sein, die geforderten Arbeiten zu leisten, wenn nicht im größeren Maße als bisher Bedarfsscheine für Kleidung und Schuhe zugeteilt werden. Dies hängt vor allem damit zusammen, daß die Bevölkerung so arm ist, daß sie sich niemals einen Vorrat an Kleidungsstücken oder Schuhen anlegen konnte. Die Bezugsscheine für Schuhwaren sind trotz wiederholter Anmahnung bis heute noch nicht eingegangen.

Die Seifenversorgung ist besonders verknappt worden, da die zugewiesenen Mengen um $\frac{1}{5}$ verkürzt wurden, obgleich neue Versorgungsgebiete (z.B. Gastwirtschafts- und Friseurbetriebe, Forst- und Forstschutzpersonal) dazugekommen sind.

Bei der Ausgabe von Benzin- und Mineralölbezugscheinen wurde sehr haushälterisch. Neuerlich wurden einige Kraftfahrzeuge im Interesse der Benzinersparnis entwinkelt.

Die vom Distrikt für den eigenen Bedarf zugewiesene Menge für den Monat Juni hat nicht ausgereicht und ist für den Monat Juli neuerlich verkürzt worden. Diese neuerlichen Kürzungen sind unerträglich und müssen allmählich zu einer Lahmlegung der deutschen Verwaltung führen. Es kann hier nicht der selbe Maßstab angelegt werden, der den Erfordernissen des Reichsgebiets angemessen ist. Die polnischen Behörden sind nur in Schwung zu halten und gewillt, ordentliche Arbeit zu leisten, wenn sie dauernd unter Aufsicht stehen. Die geringen Zuweisungen an die Kraftfahrzeuge der deutschen Verwaltung müssen dazu führen, daß die Verwaltung sich auf Anordnungen vom grünen Tisch aus beschränkt. Das ist insbesondere für die untere Verwaltungsbehörde das denkbar Gefährlichste und Unzweckmäßigste in den besetzten polnischen Gebieten.

Die Metall- und Schrottsammelaktion ist noch im Gange. Bisher wurden an die Hauptsammelstelle Krakau 1368 kg Metall und 115.057 kg Eisenschrott zur Ablieferung gebracht.

Der Saatenstand hat sich im Berichtsmonat ungünstig entwickelt zufolge der starken Niederschläge.

Eine Erhebung auf den großen Gütern hat ergeben, daß in diesem Jahre 15 % weniger Brotgetreide als im vergangenen Jahre angebaut worden ist. Wenn man dazu den schlechten Saatenstand in Betracht zieht, kann bestenfalls mit 70 % einer polnischen Normalernte gerechnet werden.

Es ist außerordentlich schwierig geworden, landwirtschaftliche Arbeiter für die Güter zu bekommen. Im allgemeinen ist es notwendig, den Arbeitern einen Teil des Lohnes in Naturalien zu bezahlen, um ihnen einen Anreiz zu geben. Dadurch müssen erheblichen Mengen an Brotgetreide für die Erfassung verloren gehen.

Große Schwierigkeiten machen sich bei der Versorgung der Gutsbetriebe mit dem notwendigen Bedarf an Eisen für Hufeisen, Wagenräder u.s.w. bemerkbar.

Die Versorgungslage hat sich wenig geändert. Ich muß erneut darauf hinweisen, daß die Zuteilung an Brotgetreide und Mehl viel zu gering ist. Die Brotgrundversorgung der Nichtselbstversorger sowie der Hälfte der Teilselbstversorger beträgt bis zur Ernte je 500 gr Brot pro Kopf und Woche. Das reicht nicht aus, um die Bevölkerung arbeitsfähig zu erhalten. Sehr störend macht es sich insbesondere in der hiesigen Kreishauptmannschaft bemerkbar, daß im Gebiet der Stadt Krakau eine bei weitem größere Brotgrundversorgung gegeben werden kann. Ich habe volles Verständnis dafür, daß dem höheren Lebensstandard der Bevölkerung in Krakau gegenüber dem der Landbevölkerung Rechnung zu tragen ist. Ich bin daher auch bemüht, alles zu unterlassen, was den Lebensstandard der Bevölkerung irgendwie erhöhen könnte und nehme gerne jede Beschränkung der Fleischversorgung beispielsweise ohne weiteres hin. Die Brotversorgung muß aber gerade in den Gebieten, die mangels eines gewissen Lebensstandards auf die Ernährung mit Brot und Kartoffeln angewiesen sind, ausreichend sein.

Die Regelung des Eigenbedarfes an Fleisch ist durch eine Anordnung über Schlachthauszwang und die Erlaubnis zu gewerblichen privaten Schlachtungen sowie über den Verkauf von Schlachtvieh eingelaufen.

Der Milchanfall ist wesentlich gestiegen, somit auch der Anfall von Butter und Käse zur Versorgung der Stadt Krakau. Bezüglich Milch- und Butterlieferung steht Krakau-Land mit geringem Abstand nach Miechow an zweiter Stelle im Distrikt. Dies verdient besonders hervorgehoben

zu werden mit Rücksicht auf die Struktur der Kreishauptmannschaft, die durchaus nicht rein landwirtschaftlich ist.

Speisekartoffel wurden wiederum durch den Distrikt in der Berichtszeit der Kreishauptmannschaft Krakau-Land zur Verteilung zugewiesen. Der Bedarf konnte allerdings bei weitem nicht gedeckt werden.

Das Eieraufkommen ist gemäß des von der Kreishauptmannschaft den Gemeinden auferlegten Solls erfüllt worden. Die durch das Amt des Generalgouverneurs unmittelbar durchgeführte Eier - Zuckertauschaktion hat die seit Januar gut eingelaufene, regelmäßige Zuckerverteilung der Bevölkerung vollkommen gestört, was insbesondere die hiesige Kreishauptmannschaft betrifft, da sie Industriegebiete und Vorstädte, also eine große Anzahl von Nisthühnerhaltern umschließt. Die Eigenversorgung mit Eiern war nicht möglich.

Der Gemüsebedarf konnte während der gesamten Berichtszeit mit den in dieser Jahreszeit anfallenden Arten voll gedeckt werden. An verschiedenem war Überschuß vorhanden.

In der letzten Woche sind an den einzelnen Stellen die Marmeladefabriken in Tätigkeit getreten. Hierdurch wurde eine Anordnung bezüglich Beerenenerfassung an die in Frage kommenden Gemeinden notwendig.

Das Statistische Amt in Warschau drängt stark auf den Abschluß der derzeit laufenden Bodennutzungserhebung. Die fristgemäße Einsendung konnte deswegen nicht erfolgen, weil die Formblätter zu spät eintrafen. Bei der Größe der Sammelgemeinden und den gesamten Verkehrsverhältnissen sind Termine, wie sie hier eingesetzt sind, unmöglich. Weiter fordert das Statistische Amt die sofortige Einsendung des Gesamtmaterial ohne irgendwelche Auswertung durch die Kreishauptmannschaft, verspricht allerdings, nach drei bis vier Wochen die Zusammenstellungen zurückzusenden. Selbst wenn diese Frist eingehalten werden könnte, könnten die Planungen für die Brot- und Kartoffelversorgung, welche noch vor der Ernte notwendig sind, nicht rechtzeitig durchgeführt werden. Diese Auswertungen dürften aber wohl im Augenblick die wichtigsten sein.

Bezüglich des gesamten Preisgebäudes, Erzeugerpreis, Handelsspanne, Verbraucherpreis und Preis für landwirtschaftliche Bedarfsartikel herrscht nach wie vor das größte Mißverhältnis. Bedauerlicherweise werden hierdurch gerade die eingeschalteten Organe für die Erfassung

der landwirtschaftlichen Erzeugnisse finanziell schwer getroffen. Die Genossenschaften waren von Anfang an und werden auch fernerhin in der Ernährungssicherung entscheidende Faktoren bilden.

Immer dringender macht sich die Notwendigkeit einer einheitlichen Verbrauchsregelung bemerkbar, auf die ich wiederholt hingewiesen habe. Bei der geringen Grundversorgung ist es selbstverständlich, daß täglich neue Betriebe eine zusätzliche Verpflegung ihrer Angestellten und Arbeiter beantragen, da mit der eigenen Grundversorgung eine annehmbare Arbeitsleistung nicht erwartet werden kann. Die Erkrankungen in den Betrieben infolge Unterernährung nehmen stark überhand. Den Anträgen der Betriebe kann nur stattgegeben werden, soweit zusätzlich Lebensmittel vom Distrikt bewilligt werden. Dadurch häuft sich die Arbeit und wird völlig unüberschaubar, was durch eine allgemeine Verbrauchsregelung, etwa durch Schwerarbeiter-Zusatzkarten, abgestellt werden könnte.

Schulwesen

Am 25.6.1940 wurde die deutsche Schule in Skawina feierlich eröffnet, die bereits seit längerer Zeit in Betrieb steht, aber erst vor kurzem in das bisher von deutschem Militär besetzte schöne polnische Schulgebäude überführt werden konnte.

Für das nächste Schuljahr sind deutsche Schulgründungen in Wieliczka, in Pradnik-Czerwony und Borek-Falecki in Aussicht genommen.

Ein erheblicher Mangel besteht an deutschen Lehrkräften. Die deutschen Schulen in Wola-Duchacka und Bochnia bedürfen infolge ihrer großen Schülerzahl und der vielen Abteilungen je eine zweite Lehrkraft. Die Versuche, Lehrer aus dem Reich ins Generalgouvernement zu bringen, sind bisher ergebnislos geblieben. Vermutlich wegen der besseren Entlohnung im Reich.

Wiederholt habe ich in den Lageberichten auf die Wichtigkeit hingewiesen, die ich dem polnischen Fachschulwesen zu messe. Die Vorbereitungen für die Wiedereröffnung der Höheren landwirtschaftlichen Schule in Czernichow und für den Ausbau der Niederen landwirtschaftlichen Schule in Myslenice sind so weit gediehen, daß mit ihrer Wiederinbetriebnahme mit Beginn des nächsten Schuljahres gerechnet werden kann.

Im Bereich der Kreishauptmannschaft bestehen 405 polnische Volksschu-

len, die auf 3 verschiedenen Organisationsstufen stehen; die erste Organisationsstufe umfaßt ein- und zweiklassige Schule, die zweite drei- und vierklassige und die dritte siebenklassige Schulen. In den polnischen Volksschulen unterrichten insgesamt ¹²³⁴ ~~427~~ Lehrer. Diese Anzahl wird sich im Schuljahr 1940/41 vergrößern müssen, da noch weibliche Lehrkräfte über die angeordnete Höchstgrenze von 28 Stunden hinaus unterrichten.

Den vor kurzem neu zugeteilten Kreisschulrat habe ich angewiesen, sein Hauptaugenmerk auf die Überwachung der Tätigkeit der polnischen Schulinspektoren zu legen. Dabei konnte festgestellt werden, daß sich die Inspektoren Zulagen bestimmten, die ihnen nicht zugestanden haben, daß sie die Besetzungen von vielen Lehrerstellen eingenüchsig vorgenommen und ungefähr 200 Lehrer eingestellt haben, die aus den an das Reich angeschlossenen Gebieten ausgewiesen waren. Gerade die Lehrerschaft dieser Gebiete hat sich stark in antideutschem Sinn betätigt (Grenzgebietszulagen). Die Entlassung der Doppelverdiener wurde von den Schulinspektoren sehr lax und mangelhaft durchgeführt. Die Liste der Lehrer von 1915 aufwärts haben die Inspektoren unvollständig vorgelegt, was vermutlich nicht ohne Absicht geschehen ist. In diesem Zusammenhang kann auch nochmals darauf hingewiesen werden, daß sich der in Myslenice tätige Schulinspektor unter den Anhängern der eingangs erwähnten Terrorgruppe befand. Ich habe die Schulinspektoren unter Hinweis auf diesen Fall ernstlich verwarnen lassen und werde bei der Wiederholung solcher Vorkommnisse die Entlassung der Betroffenen verfügen.

Die zahlreichen Lehrerbildungsanstalten im ehemaligen Polen haben jährlich ungefähr 3000 Lehrer ausgebildet, wovon höchstens 500 angestellt wurden. Unter dieser großen Auswahl wurde politisch stark gesiebt. Es melden sich nun Kandidaten, die viele Jahre nach Beendigung ihrer Ausbildung ihren Beruf noch immer nicht ausüben konnten. Ich lege auf die Wiedereinstellung dieser Lehrkräfte besonderen Wert, da sie ihre Einstellung als Gerechtigkeitsakt der deutschen Verwaltung empfinden und eher eine Gewähr für loyale Mitarbeit bieten.

Die von den polnischen Schulinspektoren angestellten Lehrkräfte, die bisher das geforderte politische Führungszeugnis noch nicht vorlegen konnten, werde ich entlassen, sobald sie bis zum 1. August die Vorlage nicht erbringen können.

Kommunalverwaltung

Die Haushaltspläne sämtlicher Gemeinden sind nunmehr festgestellt und festgesetzt. Die in den Voranschlägen der Gemeinden angegebenen Fehlbeträge wurden insbesondere durch die Übertragung der Verwaltung des Ortsgemeindevermögens an die Sammelgemeinden und die Erhöhung der Ausgleichssteuern gedeckt. Außerdem beabsichtige ich nach Genehmigung durch den Distrikt in den Stadtgemeinden eine Bürgersteuer einzuführen. Die Gemeinden haben durch die vom Amt des Generalgouverneurs getroffenen Neuerungen eine Besserstellung erfahren und sind auf Zuschüsse der Kreishauptmannschaft zurzeit nicht mehr angewiesen. Zu den Fürsorgelasten brauchten den Gemeinden im Monat Juni keine Zuschüsse gewährt werden.

Der Eingang der Steuern ist außerordentlich günstig. Eine wesentliche Erleichterung der Finanzlage der Gemeinden wurde durch die auf September 1939 rückwirkend erfolgte Überweisung der Steueranteile an Gemeinden und Gemeindeverbände aus dem Aufkommen der Körperschaftsteuern erzielt.

Die Einnahmen der Straßensteuern, die schon bisher weit über den Einnahmen in den gleichen Vorjahrsmonaten, also während der polnischen Verwaltung, lagen, haben sich in den Monaten Mai und Juni noch bedeutend erhöht. Vorwiegend sind die günstigen Steuereinnahmen auf 2 Umstände zurückzuführen; einmal auf die prozentuale Beteiligung der Steuereinnahmer an den Einzahlungen der Rückstände, und andererseits auf die intensive Durchführung der in der polnischen Zeit vollkommen vernachlässigten Zwangseintreibung. Im Rahmen des Ausbaus der Kreiskommunalverbände konnte auch die Finanzgebarung der Landkreise Bochnia und Myslenice straffer zusammengefaßt werden. Die Erfolge haben sich in dem Steuereingang der letzten Monate gezeigt. So betrug im Monat Mai 1940 das Mehraufkommen an Straßensteuern gegenüber dem Aufkommen im Mai 1939 1577 (!) % und im Landkreis Myslenice 1481 (!) %. Im Durchschnitt ergibt sich in den Monaten Mai und Juni für alle 3 Kommunalverbände ein Steuereinkommen, das 10 (!!) mal so hoch ist als das Steueraufkommen der gleichen Vorjahrsmonate.

Gesundheitswesen

Der allgemeine Gesundheitszustand ist befriedigend. Die Zahl der gemeldeten Infektionskrankheiten ist verhältnismäßig gering. Einige

Bauchtyphus-, Flecktyphus- und Malariafälle sind aufgetreten. Die Verschüttung von einigen Tümpeln, die als Malariaherde in Betracht kamen, habe ich veranlaßt. Der Überwachung der Hebammen wird besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Bisher wurden gegen 2 Personen wegen unrechtmäßiger Hebammenberufsausübung Anzeigen erstattet.

In der Berichtszeit wurde in 10 Fällen Tollwut festgestellt. Der Vollzug der polizeilichen Anordnungen (Tüten frei herumlaufender Hunde) scheitert oftmals an dem Mangel an Schrotflinten. Es ist beabsichtigt, die Abdocker am Hundefang zu interessieren, da andernfalls eine durchgreifende Bekämpfung der Tollwut nicht gewährleistet ist.

Die Einrichtung von Tierkadaververwertungsanlagen ist im Gange.

Bisher mußten 600 Strafen wegen Nichterscheinen zur Pflichtpockenimpfung ausgesprochen werden.

Die durch das Hochwasser in der letzten Zeit verursachten Schäden konnten noch nicht zur Gänze behoben werden. Nach den polnischen Gesetzen bestand die Möglichkeit, den Geschädigten Steuernachlässe zu gewähren. Ich habe dies auch für die bei den Hochwasserkatastrophen des heurigen Frühjahrs geschädigten Bauern in Aussicht genommen.

Die Gemeinden habe ich angewiesen, umgehend alles zur Behebung der Schäden Erforderliche zu veranlassen und jene Fälle, in denen eine Behebung mit eigenen Mitteln nicht möglich ist, zu melden. Insbesondere sind erhebliche Schäden an Brücken und Dämmen eingetreten, die von den Gemeinden nicht aus Eigenem getragen werden können. Vielfach ist in solchen Fällen eine Flußregulierung unbedingt erforderlich, da andernfalls die geleisteten Ausbesserungsarbeiten durch ein neues Hochwasser abermals vernichtet werden. Ich habe mich deshalb bereits mit der Straßenbaudienststelle und dem Wasserwirtschaftsamt ins Einvernehmen gesetzt, um solche größere Schäden durch ein Zusammenwirken aller in Frage kommenden Dienststellen zu beseitigen, vor allem das nahezu periodische Auftreten dieser Schäden an denselben Stellen zu vermeiden. Außerdem habe ich den bedürftigen Gemeinden für die Ausbesserungsarbeiten Kredite der Kreissparkasse in Aussicht gestellt.

Die Kosten für den Ausbau der Straßen und den Wiederaufbau von Brücken werden die im Haushaltesplan vorgesehene Summe übersteigen. Angesichts der erwähnten außerordentlich günstigen Steuereingänge, insbe-

Der Kreishauptmann

Chelm, den 11. Juni 1940.

An

den Herrn Chef des Distrikts
in L u b l i n

INNERE VERWALTUNG

Abteilung Innere Verwaltung

im Amt des Generalgouverneurs
für die besetzten polnischen Gebiete

Eingeg.: 16. JULI 1940

Hilfsm.: Bearb.:

Zu

1) Wierzbica, Gemeinde Rakolupy

wurden in der Nacht vom 25. zum 26. Mai 1940 bei einer Sicherungsaktion durch die SS 12 Personen erschossen und eine Anzahl gefangen genommen. Es handelte sich um Landarbeiter für das Altreich, die sich vor den Werbem im Walde versteckt hielten, mit Waffen ausgerüstet waren und den Angreifern Widerstand leisteten. Durch die Gendarmerie erfolgten 100 Festnahmen wegen Waffenbesitzes, Diebstahl und sonstigen Delikten. 4 Mann wurden den Stand- und Sondergerichten zugeführt.

Der Schleichhandel hält noch unvermindert an.

Am 9. Mai 1940 war der Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei H i m m l e r in Chelm anwesend.

Zu 2) Der ins unermessliche steigende Preiswucher mit allen Artikeln hemmt auf allen Gebieten des Handels und der Wirtschaft die normale Entwicklung. Die bestehenden Verordnungen und Richtlinien bieten keine Handhabe, um wirksam durchgreifen zu können. Die Handwerker lehnen ihre Forderungen an die Wucherpreise der Wirtschaft an.

Das Steueraufkommen in den Gemeinden bewegt sich zwischen 60 und 100 % des Steuersolls.

Zu 3) Die Lagerbestände an Getreide in den Genossenschaften entsprechen den Anforderungen der Bevölkerung des Kreises. Mangelhaft ist der Viehtrieb zu den Kreisviehmärkten. Das Sollkontingent wird auf keinem Markte erreicht. Die Lieferung nach Warschau wird trotz der geringen Beschickung durchgeführt.

Zu 4) Das deutsche Schulwesen konnte noch mehr verstärkt werden. Durch Neubeschaffung von 2 Lehrerstellen beträgt jetzt die Zahl der volksdeutschen Lehrkräfte auf dem Lande 68. Es sind noch einige Lehrkräfte notwendig.

Das ukrainische Schulwesen wurde völlig neu organisiert. Im November und Detember 1939 hatte das Ukrainische Komitee, als die kulturelle Autonomie den Ukrainern verliehen war, recht willkürlich Schulen errichtet, z.B. waren Schulen für 20 - 30 Schulkinder gegründet, während Orte mit 90 Schulkindern keine Schulen hatten. Aus diesem Grunde musste ich mehrerer Schulen schliessen, andere Schulen dagegen wurden neu errichtet. Durch Zusammenfassung von mehreren Orten zu einer Schulgemeinde ist erreicht worden, dass jedes Kind schulisch erfasst wird. Insgesamt wurden 41 Versetzungen ausgesprochen, 9 Lehrkräfte wurden entlassen, so dass jetzt statt der bisherigen Zahl von 178 urkainischen Lehrkräften für die 11.538 ukrainischen Schüler 169 Lehrer zur Verfügung stehen, d.h. 68,3 Kinder für eine Lehrkraft (vorgeschriebene Durchschnittszahl beträgt 70 Kinder für 1 Lehrer). Damit ist die Stollenzahl endgültig festgelegt.

Am 24. Mai 1940 wurden in S y c z j o 6 Gehörte und am 6. Juni 1940 in H o r o d d y s z o z e 25 Gehörte durch Grossfeuer eingeäschert. Die notwendigen Sofortmassnahmen habe ich eingeleitet und Sonderbericht erstattet.

Die gemeldeten Flecktyphusfälle sind erloschen. Der Gesundheitszustand der Bevölkerung des Kreises ist gut.

Gegen die noch häufigen Fälle der Tollwut werden von meinem neuen Kreistierarzt schür ere Bekämpfungsmassnahmen durchgeführt.

Am 23. Mai 1940, 18,30 Uhr landete auf dem Exerzierplatz der ehemaligen polnischen Artillereikaserne in Wlodawa ein russisches Jagdflugzeug. Nach den Ausführungen des Fliegers habe er die Orientierung verloren.

gez. H a g e r.

Abschrift.

Generalgouvernement
für die besetzten polnischen Gebiete.
Distrikt Krakau.
(Der Kreishauptmann in Rzeszow.
K(I)

BIIa 154
Rzeszow, den 31. Mai 40.

87

An den
Herrn Generalgouverneur für die
besetzten polnischen Gebiete

in K r a k a u.
=====

Betrifft: Lagebericht für den Monat Mai 1940.

Bezug: Verfügung des Amtes des Generalgouverneurs
-Abteilung Innere Verwaltung-
-Dr. S/P1. v. 22.2.40-J.2305/40-.

Anlagen: -2- (Doppel dieses Lageberichtes).

Für die Zeit vom 1. bis 31. Mai 1940 erstatte ich folgenden
Lagebericht:

I. Gegenwärtige Verwaltungstätigkeit.

Die in meinem letzten Bericht erwähnte zunehmende Arbeitsbelastung hielt auch im Monat Mai weiter an. Durch Hinzunahme neuer Kräfte, insbesondere durch die Einstellung eines neuen reichsdeutschen Leiters für meine Wirtschaftsabteilung, war es jedoch möglich, die gerade auf dem Gebiet der Wirtschaft ergehenden neuen Anordnungen über Planungen des gesamten wirtschaftlichen Lebens zu beginnen und teilweise bereits zu verwirklichen. Die den sonstigen Abteilungen zugewiesenen Aufgaben konnten mit dem vorhandenen Personal durchgeführt werden. Eine wesentliche Erleichterung des Arbeitsganges und der Bürotätigkeit konnte insbesondere für die mittleren Verwaltungsbeamten dadurch erreicht werden, daß es möglich war, drei reichsdeutsche Stenotypistinnen einzustellen, die neben den Schreibarbeiten auch zu Registraturarbeiten herangezogen werden können und nunmehr die Gewähr für ein einwandfreies Laufen des Bürobetriebes der Kreishauptmannschaft gegeben ist. Schließlich habe ich den mir zugewiesenen Standesbeamten, dessen standesamtliche Tätigkeit erst im Anlaufen ist, zu Arbeiten in der allgemeinen Verwaltungsabteilung heranziehen können.

Andererseits lag eine gewisse arbeitsmäßige Erschwerung darin, daß mein Vertreter sich fast ausschließlich der Arbeit in der Stadtverwaltung Rzeszow widmen mußte, da durch den Wegzug sämtlicher alten reichsdeutschen Beamten nach Deutsch-Przemysl die Gefahr bestand, daß in der städtischen Verwaltung Schäden, die den deutschen Interessen zuwiderliefen, entstanden.

Wie im April, so habe ich auch im Monat Mai Gelegenheit genommen, die Wojts und Schultheiße auf dem Lande aufzusuchen, um so der polnischen Bevölkerung gegenüber zum Ausdruck zu bringen, daß der Wojt und Schultheiß Vollstrecker des Willens

der deutschen Verwaltung ist. Damit konnte auch die von mir schon im April begonnene unmittelbare Fühlungnahme mit der Landbevölkerung fortgesetzt werden. Einige Anträge auf Beseitigung von Ungerechtigkeiten, die der Verletzte den früheren polnischen Verhältnissen zuschrieb, habe ich an Ort und Stelle erledigt und hier erreicht, daß, wenn auch in einem beschränkten Umkreise, der einfache Mann Vertrauen zur gerechten Handhabung der Verwaltung durch die Deutschen gewinnt. Ich denke dabei beispielsweise an die Erledigung einer Notwegangelegenheit, die zwischen einer armen polnischen Bäuerin und dem katholischen Ortpfarrer seit Jahren ausgetragen wurde. Es war mir nach Rücksprache mit dem polnischen Pfarrer ohne Anwendung jeglichen Zwanges möglich, eine für alle Teile befriedigende Lösung, die Geltung bis zur Erledigung des schwebenden Prozesses hat, zu finden. In einem andern Falle konnte einem armen polnischen Maurer eine ihm seit 8 Jahren gegen die jüdische Kultusgemeinde stehende und ausgeklagte Forderung durch einige Hinweise an den Vorsitzenden des Judenrats innerhalb weniger Tage realisiert werden.

Die Fahrten auf das flache Land halte ich für die Zukunft für das wirksamste Mittel, um die Kraft und den Aufbauwillen der deutschen Verwaltung zu beweisen. Ich hoffe, daß diese Aufgaben nicht durch die notwendig gewordenen Besparungsmaßnahmen eingestellt zu werden brauchen. Da ich die sämtlichen Ortschaften in meiner Kreishauptmannschaft nur im Auto erreichen kann, würde ich ein Aufgebenmüssen der Fahrtätigkeit aus Benzinmangel als sehr schädlich ansehen.

II. Arbeitsvorhaben der nächsten Zeit.

Besondere Arbeitsvorhaben bestehen nicht. Für die nächste Zeit wird, wie ich bereits in meinem letzten Monatsbericht erwähnte, die Arbeit auf dem kommunalen Sektor, der weitere Ausbau des wirtschaftlichen Lebens, daneben die Besserung der Arbeitsverhältnisse im Vordergrund stehen. Nachdem sämtliche Gemeinden über die Bezirksausschüsse die Haushaltspläne eingereicht haben, ist es erforderlich, an Ort und Stelle allgemeine Prüfungen der Verwaltungstätigkeit der polnischen Unterbehörden und Kassenrevision vorzunehmen. Bei der Ausdehnung der Kreishauptmannschaft wird diese Tätigkeit, die in Verbindung mit den im vorigen Absatz angeführten Aufgaben durchgeführt werden soll, eine ganz erhebliche zusätzliche, jedoch notwendige Arbeitsbelastung mit sich bringen.

III. Politische Lage.

Ich wies bereits in meinem letzten Monatsbericht darauf hin, daß sich die Anzeichen mehrten, daß die an sich früher politisch gleichgültige Landbevölkerung aktiviert wird. Die Flusterpropaganda breitet sich immer mehr aus und zeitigt hier und da gewisse Ansätze von Erfolgen, die die Verwaltungstätigkeit außerordentlich erschweren. Bei der Vielzahl der Aufgaben, die die Kreishauptmannschaft den Amtsbürgermeistern und Wajts zur Durchführung zu übertragen haben, steigert sich der Haß der Landbevölkerung gegen die angeblich im Solde der deutschen Verwaltung stehenden polnischen Unterbehörden.

Diese Tatsache machte sich besonders bemerkbar bei der jetzt notwendig gewordenen Durchführung der Lendarbeiteraktion.

Das Arbeitsamt erlegte den einzelnen Gemeinden Zwangskontingente auf. Freiwillig kamen 30% der Verpflichteten. Da mir nicht die Möglichkeit gegeben war, genügend Polizeikräfte zu erhalten, hat mein Vertreter persönlich die erste dieser Aktionen geleitet. Es war möglich, unter Anwendung des geringsten Zwanges weitere 20 - 30% zur freiwilligen Mitfahrt in das Sammelager zu veranlassen. Ich stellte dabei immer wieder fest, daß der Landbevölkerung eingebläutert war, in Deutschland erwarte sie schlechte Behandlung, Prügelstrafe, die Männer müßten an die Westfront und seien auch im Inlande gefährlichsten Bombenabwürfen ausgesetzt, die Frauen würden in öffentlichen Häuser gesteckt und dergl. mehr. Durch teilweise bis an den einzelnen Polen herangehende Aufklärung konnte die Erfüllung des Kontingents auf zirka 60 - 70% erreicht werden. Ich halte es aber für dringend erforderlich, daß die letzten 30/40% nunmehr unter Anwendung aller Zwangsmassnahmen aufgegriffen werden, da dies ein Beweis dafür wäre, daß die Deutsche Verwaltung ihre Anordnungen 100%ig durchsetzt. Dies kann aber nur dann geschehen, wenn ich genügend Polizeikräfte und genügend Fahrzeuge zur Verfügung habe. >

Ein weiteres Beispiel, welche unsinnige Gerüchte ausgestreut werden, ist folgendes:

Mein Beauftragter für die Stadt Rzeszow hatte die jährlich übliche Pockenschutzimpfung für ungefähr 1200 Kinder angeordnet. In den ersten Tagen, an denen täglich ungefähr 100 Kinder zu erscheknen hatten, sind nur 3-4 Kinder freiwillig gekommen. Den polnischen Ärzten, die die Impfung durchführen, kommt zu Ohren, daß das Gerücht ausgestreut ist, es würde den Kindern Bazillen und ansteckende Krankheiten eingepfropft werden. Ich habe nunmehr veranlaßt, daß die polnischen Ärzte, die sich bereitwillig in den Dienst der Aufklärungspropaganda gestellt haben, aufklärende Worte an die Bevölkerung richten.

Allgemein halte ich die Durchführung von Zwangsmassnahmen nur in den schlimmsten Fällen für ratsam. Ich bin der Auffassung, daß es in erhöhtem Maße einer eingehenden und intensiven Aufklärung der durch gewisse Kreise verhetzten polnischen Bevölkerung bedarf. Die Mittel, die mir für eine derartige Aufklärung zur Verfügung stehen, sind allerdings unzulänglich, so daß der Erfolg erst langsam ausreifen kann. Ich halte es für eine dringende Notwendigkeit, daß baldmöglichst jedem Kreishauptmann ein Lautsprecherwagen zur Verfügung gestellt wird, der täglich durch die Kreishauptmannschaft fahren muß und immer und immer wieder die Bevölkerung auf das Unsinnige der Flüsterpropaganda hinweisen hat. Bei richtigem Ansetzen dieses Propagandamittels und in Kenntnis der Mentalität der Landbevölkerung bin ich der festen Überzeugung, daß die deutsche Verwaltung eher durch dieses Mittel als durch polizeiliche Massnahmen bei der einfachen Bevölkerung, die ja die Masse der Einwohnerschaft ausmacht, zum Ziele kommt. Sofern die Versprechungen, die den jetzt nach Deutschland reisenden Landarbeitern gemacht werden (gute Behandlung, gutes Essen, Rückkehr zum Herbst) sich tatsächlich bewahrheiten wollten, würde ich darin die weitere Möglichkeit einer weitgehendsten Aufklärung der gesamten ländlichen Bevölkerung sehen, die für die Zukunft der Aufbauarbeit der deutschen Behörden im Generalgouvernement nur nützlich sein könnte.

Ich bin daher der Auffassung, daß der deutschen Bauernschaft vo

Augen geführt werden muß, unter welcher Überwindung oft unsagbarer Schwierigkeiten die polnischen Arbeitskräfte ins Altreich gebracht werden können. Ich habe den Eindruck, daß man sich im Altreich darüber nicht die richtige Vorstellung macht und möglicherweise nicht wiedergutmachende psychologische Fehler begeht.

IV. Wirtschaftliche Lage.

a.) Ernährungslage.

(Die Ernährungslage in der Kreishauptmannschaft ist weiterhin angespannt. Ich bin jedoch der Überzeugung, daß die größten Schwierigkeiten bald überwunden sein werden. Obwohl das auf-
(erlegte Getreidekontingent nur bis zu 30 und 40% erfüllt worden ist, ist die Versorgung mit Brotgetreide, soweit ich es über-
sehen kann, bereits bis Ende Juni gesichert, nachdem aus Kra-
kau zusätzlich Brotgetreide angeliefert worden ist. Die Er-
füllung des Kontingents erscheint ausgeschlossen. Ich habe
jetzt bereits angeordnet, daß sämtliche für den Bauern wich-
tigen Waren, beispielsweise Eisen, nur mit Lebensmitteln (Brot-
getreide und Kartoffeln) ausgetauscht werden sollen. Durch
diese Tauschgeschäfte kommen kleinere Mengen an Lebensmitteln
herein. Um die Versorgung mit Brotgetreide ein für allemal
bis zur neuen Ernte sicherzustellen, war außerdem von mir eine
Großaktion zum Austausch von Brotgetreide gegen Seife einge-
leitet worden. Obwohl Seife ein sehr begehrter Artikel ist,
habe ich die Feststellung machen müssen, daß in den verschie-
densten Gemeinden die Seife nicht eingetauscht werden konnte,
da tatsächlich kein Getreide mehr vorhanden ist und teilweise
sogar den kleinen Bauern mit Saatgetreide ausgeholfen werden
mußte, um die Bestellung sicherzustellen. Die großen Güter
sind schon seit langem, soweit landwirtschaftliche Erzeugnisse
in Frage kommen, vollständig ausgeräumt.

Eine heute noch nicht fühlbare, aber immerhin eine gewisse Er-
leichterung in der Ernährungsfrage bereitet die Tatsache, daß
nunmehr Frischgemüse wie Spinat, Spargel, Radieschen zu haben
sind. Ferner fällt Rhabarber in großen Mengen an. Wenn hier
die Preise auch noch außerordentlich hoch sind, so war immer-
hin auch für die Bevölkerung eine Bereicherung des Speise-
zettels gegeben. Die Ernährungslage wird von Tag zu Tag leicht-
er werden, sobald Mohrrüben, grüne Bohnen, Schoten usw. ange-
liefert werden. Eine weitere Entspannung tritt auch dadurch
ein, daß die hiesige Division abgerückt ist und für die Zu-
kunft nicht mit einer derart starken Belegung mit Militär zu
rechnen ist. Ich hoffe, daß unter Berücksichtigung der berech-
tigten Krakauer Wünsche auch der Stadtbevölkerung endlich die
ihnen bisher nur grüßenteils nur auf dem Papier stehenden
Fleischmengen zur Verfügung gestellt werden können.

Die Eieranfuhr hat sich nicht ungünstig entwickelt. Es sind
bereits jetzt schon über 500 000 Eier als Winterreserve ein-
gelegt worden, so daß zum mindesten für die Ernährung der Deut-
schen über den Winter gesorgt ist. Hier muß ich jedoch darauf
hinweisen, daß durch die von Krakau aus bestimmte Austausch-
aktion 1 kg. Eier gegen 1 kg. Zucker eine starke Erhöhung des
Zuckerpreises eingetreten ist. Da der Stadtbevölkerung seit
langem kein Zucker zugeteilt werden konnte, war die notwendige
Folge ein Aufblühen des Schleichhandels für Zucker. So zahlt

man heute in Rzeszow für 1 kg. Zucker bis 15 Zloty. Es wäre m. E. angebracht gewesen, nicht diese große Zuckermenge gegen 1 kg. Eier zu geben, sondern höchstens 1/4 bis 1/2 kg. zur Verfügung zu stellen. Ich bin der Auffassung, daß selbst mit diesen verminderten Rationen die Möglichkeit gegeben wäre die Eier zu erhalten und, sofern der ersparte Zucker der Stadtbevölkerung auf legalen Wege zugeführt wäre, der Zuckerschleichhandel von vornherein hätte unterbunden oder zum mindesten teilweise verhindert werden können.

Die Milch- und Fettversorgung ist weiterhin unbefriedigend. Trotz der Festlegung der Milcheinschußgebiete und Eröffnung von Molkereien hat der Bauer bisher noch nicht veranlaßt werden können, Milch in ausreichendem Maße bei den Molkereien abzuliefern.

Da der polnischen Bevölkerung kein Bier zugeteilt wird, kontrolliere ich im Augenblick sämtliche im Kreise bestehenden Sodawasserfabriken, bringe, soweit möglich, die herronlosen Betriebe wieder in Gang und bemühe mich, für diese geeignete und zuverlässige Personen einzusetzen. Da die Wasserverhältnisse in Rzeszow außerordentlich schlechte sind, ist durch die Eröffnung einer genügenden Anzahl von Sodawasserfabriken einem dringenden Bedürfnis zu steuern.

b.) Die wirtschaftlichen Verhältnisse haben sich weiter konsolidiert. Im Sinne der Krakauer Richtlinien sind Textil-, Galanterie- und Lederwarengeschäfte eröffnet worden. Auf Grund der Planungsmaßnahmen ist der überwiegend in jüdischen Händen liegende Textilhandel ausgeschlossen. Im Laufe des Monats Juni wird die Versorgung der Bevölkerung mit Textilien und Lederwaren auf Grund der Bezugscheine in den von mir an den Hauptplätzen eröffneten Textil- und Lederwarengeschäften möglich sein.

Neben den allgemeinen wirtschaftlichen Arbeiten stand der Monat Mai im Zeichen der Schrott- und Metallsammelaktion. Es sind insgesamt in der Kreishauptmannschaft unter Berücksichtigung aller Vorkommnisse zirka 530 to Schrott aufgebracht worden. Diese Menge wird sich durch eine neue erweiterte Sammelaktion noch bestimmt um zirka 100 to erhöhen. Die Metallsammelaktion zeitigt als erstes Ergebnis eine Menge von 3500 kg. Es wird zur Zeit die Maßnahme 2 - Erfassung von Metall aus Haushaltungen - begonnen. Für diese Aktion kommen zirka 40 000 Haushaltungen in Frage, so daß hier mit einem Aufbringen ganz erheblicher Mengen zu rechnen ist.

Ich habe verschiedentlich Juden zu Zwangsarbeiten eingesetzt, so z. B. auf großen landwirtschaftlichen Gütern, ferner zu Straßenarbeiten und außerdem für die von der Stadt Rzeszow angeordnete Generalreinigungssaktion der Stadt. Die Juden erhalten eine gewisse Entlohnung, die sich jedoch nach dem Arbeitsergebnis richtet, da ich immer wieder die Feststellung machen muß, daß die arbeitspflichtigen Juden von einer nicht zu übertreffenden Faulheit sind. Diese Maßnahme hat sich als durchaus wirksam herausgestellt.

V. Notwendige polizeiliche Maßnahmen.

Gendarmerie und polnische Polizei widmeten sich auch im Monat

Mal eindringlich der Preisüberwachung. Bei der Landarbeiteraktion wurden alle Sparten der Polizei außer Sicherheitspolizei eingesetzt. Ich habe insbesondere mit der polnischen Polizei in der Einberufung der Landarbeiter recht gute Erfahrungen gemacht. Kommandos der Schutzpolizei unterstützten auch die zuständigen Finanzinspektionen mit Erfolg bei der Beitreibung von Steuern.

VI. Wichtige Vorkommnisse.

Vor einigen Tagen ist die in Rzeszow liegende 231. Infanterie-Division abgezogen. Es ist dadurch, wie schon oben erwähnt, eine gewisse Veränderung auf dem ernährungswirtschaftlichen Sektor zu erwarten. Ich bedaure den Fortgang des Divisionskommandeurs, Generalmajor Schönhärl, besonders, da seine Persönlichkeit die Gewähr für ein reibungsloses und geradezu vorbildliches Zusammenarbeiten zwischen den Militär- und Zivilbehörden gegeben hat.

VII. Gemeindliche Verwaltung.

Nachdem, wie ich schon oben bemerkte, die Gemeindehaushaltspläne über die Bezirksausschüsse eingereicht sind, kann nunmehr an eine Kontrolle der einzelnen Amtsgemeinden und Dörfer herangegangen werden.

Die Schwierigkeiten, die durch die Übernahme der Verwaltung der Stadt Rzeszow in die Hände meines Stellvertreters durch den Abzug sämtlicher alten Beamten nach Przemyśl entstanden waren, dürften nunmehr überwunden sein. Durch eine straffe Organisation und den richtigen Einsatz der noch vorhandenen reichsdeutschen Kräfte, ist die stete Entwicklung der gemeindlichen Verwaltung der Stadt Rzeszow gesichert. Es war jedoch erforderlich, auf allen Verwaltungsgebieten Ordnung zu schaffen. Insbesondere ist die finanzielle Seite bisher stark vernachlässigt worden. Die Einnahmequellen sind offensichtlich nicht voll ausgenutzt worden, so ist es besonders unterlassen worden, ein Beitreibungsamt einzurichten, das intensiv und systematisch die Steuerrückstände und Rückstände an Strom- und Wassergebühren beiträgt. Ich bin der Auffassung, daß es dann möglich sein wird, gewisse zusätzliche Beträge hereinzubekommen und den Überschuss für das laufende Haushaltsjahr in gewisser Weise zu vermindern. Große Schwierigkeiten dürfte außerdem die Deckung des Defizits für die Zeit bis zum 31. März 1940 machen. Die frühere deutsche Verwaltung hat nicht feststellen können, ob ein Überschuss oder ein Defizit vorhanden war. Nach den Berechnungen meines Vertreters werden hier einige weitere 100 000,- Zl. Überschuss vorhanden sein, die möglicherweise durch eine Vereinbarung mit der Treuhandaussenstelle Krakau, deren hiesige Treuhandkonten von der früheren hiesigen Stadtverwaltung größtenteils verbraucht sind, ausgeglichen werden kann. Auf fast allen Gebieten der Gemeindeverwaltung waren Umorganisationen (Sparmaßnahmen) notwendig. Insbesondere wird das Wirtschaftsamt aufgelöst und zum Teil in die Kreishauptmannschaft und in die Kreisgenossenschaft überführt werden. Die einzelnen Ämter werden im Augenblick durchorganisiert, um auch hier Einsparungen vornehmen zu können und die Anzahl der polnischen Angestellten in richtiger Weise einzusetzen. Es ist auch damit begonnen worden, einige

der Straßen auszubessern und so die geradezu katastrophalen Wegeverhältnisse zu verbessern.

Schließlich wurde als Sonderaufgabe die Generalreinigung der Stadt durchgeführt. Sämtliche Müll- und Schuttabladeplätze sind beseitigt und die Ladeninhaber und Hauseigentümer veranlaßt worden, peinlichste Sauberkeit zu halten. Die Auswirkungen der "Kleinarbeit" des stellv. Stadtkommissars werden bereits sichtbar. Es zeigen sich die ersten Ansätze für das gesteckte Ziel, die sehr schmutzige Stadt Rzeszow allmählich so sauber und ordentlich herzurichten, daß der deutsche Einfluß deutlich spürbar wird. Mit der Zeit soll versucht werden, die kleineren Landstädte meiner Kreishauptmannschaft ähnlich auszurichten.

VIII. Schulwesen.

Die Eröffnung der Molkereischule in Rzeszow (Staromiescie) fand am 1. Mai 1940 statt. Nachdem das Gebäude der Landwirtschaftsschule in Milocin jetzt von der Wehrmacht geräumt wurde, wird die Schule demnächst mit 33 Schülern eröffnet. Es schweben Verhandlungen auf Eröffnung der vierjährigen Handelsschule für Knaben und Mädchen in Rzeszow. Der Kreisschulrat besichtigte im Mai eine Reihe von Stadt- und Landschulen.

Mitte Mai wurde der volksdeutsche Kindergarten unter Leitung einer Volksdeutschen, die ehrenamtlich tätig ist, eröffnet. 12 Kinder sind angemeldet worden, die täglich genau wie die deutschen Schulkinder warme Milch und Marmeladenbrote erhalten.

Gleichfalls wurde die deutsche Turn- und Sportgemeinschaft für die Angehörigen der deutschen Behörde gegründet.

IX. Fürsorgewesen. Propaganda.

Die Fürsorge erstreckte sich hauptsächlich im laufenden Monat auf die Rückkehrer aus Rußland. Es sind hier 239 Personen registriert worden. Nach der Sowjet-Union wurden insgesamt 190 Personen, davon 118 Juden, umgesiedelt.

Das polnische Hilfskomitee führte eine Straßensammlung und eine Sammlung bei den Ladengeschäften durch, die ein Ergebnis von rund 2000 Zloty zeitigte.

Außerdem wurde das Hilfswerk "Mutter und Kind" gegründet.

Die Fürsorge für die deutschen Volkszugehörigen wurde dadurch sichergestellt, daß beim Ortsverband Rzeszow ein aus vier Personen bestehender Fürsorgebeirat gebildet wurde, der meiner Abteilung Fürsorge und Bevölkerungswesen beratend zur Seite steht.

Im Monat Mai wurden 33 Kennkarten ausgestellt. Es hat sich hierbei herausgestellt, daß zum Teil Volksdeutsche, denen bisher noch nicht die Kennkarte zugestanden war, bzw. deren Kennkarte zurückgehalten wurde, unmittelbar in Litzmannstadt

den Antrag auf Einbürgerung gestellt haben und auch eingebürgert wurden. Diesem Mißstand wurde inzwischen abgeholfen.

Im Monat Mai wurde mit der regelmäßigen Durchgabe von Meldungen, Aufklärungen und Verordnungen durch die Lautsprecheranlage auf dem Marktplatz in Rzeszow begonnen. Die Durchsagen erfolgten zweimal wöchentlich und sollen in Zukunft täglich durchgeführt werden.

gez. Dr. Ehaus.

Büa 155
Jaslo, den 2. Juni 1940

I/vH.

23

AV 104 A.

L a g e b e r i c h t

über die Zeit von Mitte Mai 1940 bis Ende Mai 1940.

Ich habe unterm 20. Mai einen Lagebericht vorgelegt, der die Zeit bis zu diesem Tage umfasst. Der heutige Lagebericht kann, da er sich lediglich auf die Ereignisse von 11 Tagen beschränkt, nur als Ergänzung des umfassenderen Berichtes vom 20. Mai 1940, auf den ich Bezug nehme, gewertet werden.

1.) Politische Lage.

Wenn auch keine Ereignisse eingetreten sind, die auf eine gesteigerte politische Aktivität der polnischen Bevölkerung schließen ließen, so muß doch beobachtet werden, daß die Bereitschaft zur Mitarbeit innerhalb der polnischen Bevölkerung merklich nachläßt. Dieser Entwicklung liegen mehrere Ursachen zugrunde. Die Ernährungslage verschlechtert sich täglich. Auch die robustere Formen, unter denen sich jetzt die Beordnung und Verschickung von Landarbeitern ins Reich vollziehen, tragen zu einer fühlbaren Zurückhaltung und Unlust bei. Durch nächtliche Polizeiaktionen kann übrigens jeweils nur ein ganz geringer Teil der beordneten Arbeitskräfte erfaßt werden. Die in Betracht kommenden Personen sind auch in der Nacht nicht zu Hause anzutreffen, sondern nächtigen in Wäldern oder bei Bekannten und Verwandten in anderen Ortschaften. Die Furcht, ins Reich zu fahren, hat einmal ihren Grund in den unsinnigsten Gerüchten, nach denen die polnischen Landarbeiter zum Teil auf dem Kriegsschauplatz oder in Gefahrenzonen eingesetzt werden sollen, zum anderen aber auch - abgesehen von der Abneigung des Polen vor Arbeit - in Berichten, die an die Angehörigen von ins Reich verschickten Landarbeitern gelangen. Über einige Vorfälle, die sich in Thüringen ereignet haben sollen, ist die Bevölkerung unterrichtet. Es scheint festzustehen, daß 3 Polen wegen geschlechtlicher Beziehungen zu Deutschen aufgehängt worden sind. Beschränkungen des Kirchenbesuches durch polnische

Landarbeiter sind im Reich angeordnet worden. Die offizielle Behandlung dieser Leute zielt ganz allgemein auf eine Diffamierung ab. Von der zugesagten Überweisungsmöglichkeit eines Teiles ihres Verdienstes konnte vielerorts nicht Gebrauch gemacht werden, da die Postämter nicht entsprechend verständigt waren. Daß unsere Aktion hier durch solche Ereignisse und Fehlgriffe in einem unerhörten Maße erschwert wird, ist klar. Unter solchen Umständen büßt auch die Glaubwürdigkeit unserer Werbeargumente stark ein. Eine Unterweisung der Kreisbauernführer erscheint angebracht. Was die Gerüchte anlangt, mit denen eine Gegenpropaganda gegen die hiesige Aktion unternommen wird, so dürften ihre Urheber, zumindest teilweise, in der Judenschaft zu finden sein. Die Juden brüsten sich damit, daß sie hier ihrer Arbeit nachgehen können, sie bräuchten nicht ins Reich, das unter den Wirren des Krieges zu leiden hätte. Trotzdem durch die geschilderten Umstände der polizeiliche Zwang bei der Landarbeiterverschickung wenig ausgerichtet, würde ich es für unangebracht halten, nunmehr von ihm abzulassen. Dies würde zweifellos als ein Zurückweichen und Nachgeben der deutschen Verwaltung von den Polen gewertet werden.

Nachdem ich in den letzten Wochen die Beobachtung machen mußte, daß die hiesige Judenschaft in ihrem Auftreten herausfordernder wurde und insbesondere der Judenrat die für die Pflichtarbeit bestimmte Anzahl jüdischer Arbeitskräfte nicht vollzählig mehr stellte, habe ich am 25. Mai 1940 in einer raschen Polizeiaktion 150 Juden verhaften lassen. Diese Juden wurden 2 Tage ohne Verpflegung in einem größeren Raum untergebracht, am 3. Tag mußten sie 12 Stunden lang arbeiten. Am gleichen Tag wurde folgende Bekanntmachung in Jaslo veröffentlicht:

" Die Judenschaft in Jaslo hat sich an meine Anordnungen nicht gehalten und sich vor allem von der Arbeit gedrückt.

Außer den von mir erlassenen besonderen Maßnahmen ordne ich daher an, daß ab heute, Samstag, den 25. Mai 1940, kein Jude, keine Jüdin und kein jüdisches Kind in Jaslo die Straße betreten darf. Auch das Hinausschauen aus den Fenstern ist untersagt.

Gegen die Juden, die sich an diese Anordnung nicht halten, wird mit den schärfsten Mitteln vorgegangen.

Jaslo, den 25. Mai 1940.

Der Kreishauptmann in Jaslo

gez. Dr. Losacker."

Die Einhaltung des Hausarrestes wurde scharf überwacht. Die Judentum hat sich strikt an die Anordnung gehalten, die in der polnischen Bevölkerung freudigen Widerhall ausgelöst hat. Die Juden bemühen sich seit dieser Zeit, sich genau an die Anweisungen zu halten.

Die jüdische Arbeitspflicht wird hier dergestalt durchgeführt werden, daß turnusmäßig jede. Jude, der arbeitsfähig ist, ohne Rücksicht darauf, ob er Geschäftsinhaber oder Angestellter ist, zur Pflichtarbeit herangezogen wird. Beim Judenrat wird ein jüdisches Arbeitsamt eingerichtet, das unter Aufsicht des Arbeitsamtes Jaslo steht und nach meinen Weisungen arbeitet. Anforderungen von jüdischen Arbeitskräften haben beim Arbeitsamt Jaslo zu geschehen, Pflichtarbeit im öffentlichen Interesse wird nicht bezahlt; Judenarbeit, die dagegen einer Dienststelle, einem Unternehmen oder einer Formation zugute kommt, wie Auto- waschen, Gartenarbeiten, Reinigen von Räumen, die nicht dem öffentlichen Verkehr gewidmet sind, muß bezahlt werden. Zahlungsverpflichtet ist der betreffende Träger der Arbeit.

Eine Nachprüfung der Verhältnisse in Dukla an Ort und Stelle hat Anhaltspunkte dafür ergeben, daß die Beilegung der Spannung zwischen Ukrainern und Ruthenen, von der ich auf Seite 4 des letzten Lageberichtes schrieb, doch mancherorts nicht anhält, wenn irgendwelche Belastungsproben auftreten. Die in dem südlichen, von Ukrainern besiedelten Raum der Kreishauptmannschaft Jaslo von ukrainischen Wojts und Soltys geleiteten Gemeinden heben sich günstig von denen ab, an deren Spitze Ruthenen stehen. Die Neuberufung von ukrainischen Gemeindevorständen an Stelle von ruthenischen hat in Krempna ein überaus günstiges Ergebnis gezeitigt. In den nächsten Tagen wird auch in der Gemeinde Tylawa ein solcher Wechsel eintreten.

Nach den Kriegsergebnissen der letzten Zeit sollte es in

2. Landwirtschaft und Ernährung.

Wie bereits eingangs betont, verschlechtert sich die Ernährungslage mehr und mehr. Fett, Zucker und Brot sind äußerst knapp. Fleisch kann der polnischen Bevölkerung so gut wie überhaupt nicht zugeleitet werden. Das auferlegte Viehkontingent (Viehlieferung nur für Wehrmacht, Krakau, heereswichtige Betriebe) wird zwar voll erfüllt, dies aber unter schwierigsten Mühen und unter beträchtlichen Eingriffen in die Substanz. Mehr und mehr muß dazu übergegangen werden, den Bauern die Milchkuh aus dem Stall zu holen. Ich beabsichtige, durch Verhandlung mit den in Betracht kommenden Wehrmachtsstellen eine Herabsetzung des für sie vorgesehenen Kontingentes zu erreichen. Unter den augenblicklichen überaus schwierigen Verhältnissen bleibt es wirklich zu bedenken, ob es weiterhin verantwortet werden kann, dem Soldaten hier wöchentlich 1830 gr Fleisch und Wurst zuzuteilen, wenn der Schwerarbeiter im Reich nur 1000 gr bekommt. Was den Zuckermangel in den Städten angeht, so darf ich auf Seite 6 meines Berichtes vom 20. Mai 1940 verweisen. Die schädliche Auswirkung der Zucker- Eier-Umtausch-Anordnung dauert an. Sie liegt darin, daß dem Bauern nicht so viel Zucker geliefert wird, wie er braucht sondern wie er Eier abliefert. Ich zweifle nicht, daß der gute Eieranfall auch erzielt worden wären, wenn dem Erzeuger nur so viel Zucker zur Verfügung gestellt worden wäre, wie er für sich selbst benötigt hätte.

Zur einigermaßen ausreichenden Versorgung der Kreishauptmannschaft Jaslo mit Brot, insbesondere der Gefolgschaftsmitglieder in den lebenswichtigen Betrieben, sowie der Reichs- und Volksdeutschen sehe ich mich veranlaßt, den schon längere Zeit gehegten Plan, der für die Kreishauptmannschaft Neumarkt auch schon verwirklicht worden ist, in die Tat umzusetzen und ein Abkommen mit der Slowakei zu treffen, das vorsieht, daß gegen Lieferung gewisser Erzeugnisse und Waren vor allem Mehl aus der Slowakei hierher eingeführt wird. Seitens der hiesigen Forstinspektion ist bereits in Krakau der Antrag gestellt, daß zu diesem Zweck 5000 Festmeter Holz freigestellt werden. Auch Bitumen, Naßdampföle und begrenzte Mengen Paraffin sollten nach der Slowakei ausgeführt werden dürfen. Nach den Kriegsergebnissen der letzten Zeit sollte es im

Hinblick auf die nordischen Staaten weit eher möglich sein, gewisse Mengen von Holz nach der Slowakei zu liefern als weiterhin aus Beständen des Reiches Getreide hierher abzugeben. Zu berücksichtigen ist auch die günstige Fracht. Ich wäre daher dankbar, wenn das Projekt von den Krakauer Stellen gefördert werden könnte. Die entsprechenden Anträge werden schon in Kürze eingereicht werden.

3. Wirtschaft.

Die in der Kreishauptmannschaft Jaslo eingesetzte deutsche Exportfirma M. Aengeneynd, Berlin, beginnt in diesen Tagen ihre Tätigkeit zu entfalten. Ein Gebäude in guter Lage wurde der Firma zur Verfügung gestellt. Wenn erst einmal der Geschäftsbetrieb dieser Firma richtig läuft, so wird sich hiermit, wie angenommen werden darf, ein beachtlicher weiterer Schritt in unserem Bestreben vollziehen, möglichst alle Bedarfsgüter selbst in die Hand zu bekommen und deren Verteilung nach Billigkeit, vor allem aber nach der tatsächlichen Leistung vorzunehmen. Wichtige Bedarfsgüter werden grundsätzlich nur an die Leiter wichtiger Betriebe und an solche Bauern geliefert werden, die der ihnen auferlegten Ablieferungspflicht von landwirtschaftlichen Erzeugnissen in vollem Umfange entsprechen.

Mit der Begründung, daß die Weitergabe ihrer Produktionszahlen auf Weisungen des Amtes für Wirtschaft auf das unbedingt notwendige Maß und zwar nur auf die sie berührenden behördlichen Stellen beschränkt bleiben soll, hat die Beskiden-Erdöl-Gewinnungsgesellschaft m.b.H., Jaslo, gewünscht, die Mitteilung dieser Daten an mich künftig unterlassen zu dürfen. Ich habe mich hierauf nicht eingelassen. Die Firma hat darauf zugesagt, mich, wie seither, mit den hier unbedingt benötigten Daten zu versehen. Ich erwähne diesen Fall deshalb, da eine Durchbrechung des Grundsatzes, daß sich der Kreishauptmann in alle wichtigen Vorgänge des Wirtschaftslebens seines Kreises einzuschalten hat, nicht stattfinden darf.

4. Gemeindliche Verwaltung.

Bei der überaus starken arbeitsmäßigen Belastung und der ausgeprägten Verantwortlichkeit der Soltys und Wojts geht es nicht an,

daß diese Männer weiterhin so schlecht bezahlt werden, wie dies z.Zt. geschieht. Die Vergütungen für die Soltys betragen zum Teil im Monat 5 Zloty, diejenigen für Wojts teilweise nur 40 Zloty. Es wird hier z.Zt. eine Regelung ausgearbeitet, die je nach der Höhe der Einwohnerzahl und der Struktur der Gemeinde (Landwirtschaft, Industrie oder gemischt) vor allem aber der individuellen Tüchtigkeit des Leiters folgende Gehälter vorsieht:

- a) für Wojts 100 - 300 Zloty pro Monat,
- b) für Soltys 35 - 100 Zloty pro Monat.

5. Kultur und Unterricht.

Infolge einer schweren Erkrankung des deutschen Lehrers mußte die geplante Eröffnung der deutschen Schulklasse unterbleiben. In der nächsten Woche wird jedoch der Unterricht beginnen können, wenn auch infolge des Raumbedarfs der Truppe nicht in einem Schulgebäude sondern zunächst in einem provisorischen Schulraum. Die Klasse wird 26 volksdeutsche Kinder haben, von denen jedoch nur ein kleiner Teil die deutsche Sprache beherrscht.

Die polnische Schule stand im Zeichen des Lehrerabbaus. Unnötige Härten wurden dabei vermieden.

Der Schulbesuch ist schlechter geworden. Dies ist darauf zurückzuführen, daß die Schulaufsicht wegen Mangel an Beförderungsmitteln nur spärlich ausgeführt wird und daß der Mangel an Arbeitskräften die Eltern auf die Kinder als Hilfskräfte zurückgreifen läßt.

Einige ukrainische Lehrer haben ihren Dienst aufgegeben und sich zur Arbeit ins Reich gemeldet. Die niedrigste Besoldungsgruppe für diese Lehrkräfte (130 Zloty) reichen zum Lebensunterhalt nicht aus. Es empfiehlt sich, gerade den ukrainischen Lehrkräften gegenüber die niedrigste Besoldungsgruppe nicht anzuwenden.

6. Bevölkerungswesen und Fürsorge.

Die Flüchtlingsaustauschaktion ist beendet. Der erwartete große Zustrom aus der Sowjet-Union ist ausgeblieben.

Allwöchentlich finden Sprechabende für die Volksdeutschen statt. An diesen Abenden wird jeweils auch ein Schulungsvortrag gehalten,

wobei Themen aus dem Buch des Führers behandelt werden. Ein
der Stadtvolksdeutscher Selbstschutz ist gebildet. Der Selbstschutz wird
am Sonntage Vormittags exerziermäßig unterwiesen.

Die gemeindliche Fürsorge tritt kaum in Erscheinung, da Mittel
fast gänzlich fehlen. Die polnischen Hilfskommittees hingegen
arbeiten besser, wenn auch da vieles noch Stückwerk ist.

7. Personalstand.

Durch die Abberufung der mir vor einiger Zeit zugewiesenen
beiden Ordensjunker ist in dem im Hinblick auf die Aufgabenfülle
schon sowieso recht geringen Personalstand, insbesondere an
Reichsdeutschen, eine starke Lücke entstanden, die bei der arbeits-
mäßigen Überbelastung aller hier tätigen Kräfte nicht geschlossen
werden kann. Es wäre im höchsten Maße erwünscht, wenn - gegebenen-
falls durch Zuweisung auch nur einer tüchtigen Kraft - wenigstens
teilweise Ersatz für die beiden abberufenen Ordensjunker sofort
geschaffen werden könnte.

M. Smackus.

Generalgouvernement
Distrikt Warschau
Der Kreishauptmann des
Kreises Lowicz.

Lowicz, den 15. März 1941.

An den
Herrn Generalgouverneur
- Chef des Amtes -
in Krakau.

Betrifft: Lagebericht.

Die polnische Bevölkerung, die sich bisher wenigstens teilweise Mühe gab, mit den deutschen Behörden im erträglichen Einvernehmen zu leben, ist durch ein Ereignis und dessen Folgen schwer erschüttert worden. Am 2. März ds. Js. wurde ein deutscher Soldat, als er abends um 21 Uhr 30 von einem Spaziergang nach Hause ging, von drei unbekannten Polen überfallen, zu Boden geschlagen und durch Abschneiden der Ohren schwer misshandelt. - - - - -

Ich habe diesen Vorfall mit folgenden Massnahmen geahndet;

1. Festnahme von 25 Geiseln, darunter Pfarrer, Lehrer, Ärzte, Apotheker, Richter, Kaufleute.
2. Anordnung, dass die Bewohner der Kreishauptmannschaft ihre Wohnungen in der Zeit von 20 Uhr bis 5 Uhr nicht verlassen dürfen
3. Aufforderung an die Bevölkerung durch Lautsprecherwagen, zur Vermeidung weiterer Massnahmen die Täter namhaft zu machen.

Die von mir wegen Untersuchung der Angelegenheit benachrichtigte Gestapo aus Warschau nahm im Verlaufe der Verhandlungen noch eine Anzahl Personen fest und verhaftete bei dieser Gelegenheit auch einige Angehörige einer polnischen Widerstandsbewegung. Die Untersuchungen der Gestapo werden z.Zt. noch fortgeführt. Über den weiteren Verlauf werde ich in meinem nächsten Bericht ausführen. - - Bei der gesamten polnischen Bevölkerung hat das schnelle, sichere und entschlossene Zugreifen der Deutschen Behörden ängstliches Erstaunen ausgelöst. Offenbar zum ersten Male wird den gewiss in

revolutionären Dingen erfahrenen Polen klar, dass Übergriffe gegen die Deutsche Staatsgewalt ganz anders geahndet werden, als die in der Zeit der Russenherrschaft ausgeführten Anschläge. - - - - - Die J u d e n haben im Zuge der Umsiedlung nach Warschau zum grössten Teil das Kreisgebiet verlassen. Nur noch "Restkommandos" sind jeweils in den einzelnen Ghettos zurückgeblieben zur Abwicklung von Aufräumarbeiten und dergleichen. Über ihre Wohnungen wird, soweit sie für menschliche Begriffe noch bewohnbar sind, nach gründlicher Reinigung und Desinfektion verfügt. Sie kommen der übrigen Bevölkerung bei dem derzeit herrschenden Raummangel sehr zugute. Wenn auch nicht feststeht, ob die an Stelle der fortgezogenen Juden aufzunehmenden evakuierten Polen ein wertvoller Zuwachs für die Kreisbevölkerung bedeuten & ich denke hierbei insbesondere an den Ersatz für die teilweise geschickten jüdischen Handwerker - so muss doch erwartet werden, dass den Behörden durch die Abwesenheit der Juden manche Erleichterung zuteil wurde. - - - - -

c/ Wirtschaft und Sonstiges.

Auf ernährungspolitischen Gebiet konnte bis jetzt allen auftretenden Schwierigkeiten begegnet werden. Es gilt jedoch, alle Kräfte anzuspannen. Die Bauern müssen oft unter unmittelbarer Anwendung von Polizeigewalt zur Ablieferung des Pflichtkontingents gezwungen werden. Sie setzten ihrer Ablieferungspflicht m.E. auch deshalb Widerstand entgegen, weil sie im Schleichhandel für ihre Produkte ein Vielfaches von dem Normalerlös erzielen. - - - - - Die unverändert starke Truppenbelegung soll dem Vornehmen nach noch eine Verstärkung erhalten. Das wird eine noch engere Belegung der polnischen Bevölkerung zur Folge haben. Die damit verbundenen Einengungen und Einschränkungen müssen im Hinblick auf die grossen Ziele in Kauf genommen werden. Das Einvernehmen und die Zusammenarbeit mit den Truppen ist nach wie vor gut. - - - - -

Z oryginalnem zasady

/-/ Podpis nieczytelny

Oryginał znajduje się w posiadaniu Instytutu Zachodniego /J.Z.

Dok.I - 151 teczka 27 1 stanowi karty 5 - 10/. - - - - -

Generalgouvernement
Der Chef des Distrikts Radom

Petrikau, den 7. März 1941.

Kreishauptmann von Petrikau.

An die Regierung des Generalgouvernements
- Chef des Amtes -

K r a k a u.

Betr.: Lagebericht für den Monat Februar 1941.

Ich habe bereits in meinem Bericht für den Monat Dezember 1940 darauf hingewiesen, dass trotz des im Frühjahr und Sommer 1940 erfolgten Zugreifens der Sicherheitspolizei gegen solche Personen, die mit der Zellenbildung innerhalb der polnischen Widerstandsbewegung zu einer illegalen polnischen Jugendorganisation begonnen hatten, wiederum Anzeichen dafür vorhanden waren, dass aus den Kreisen der polnischen Intelligenz immer wieder versucht wurde, den organischen Aufbau einer national-polnischen Bewegung zu schaffen. Die Beobachtungen und Ermittlungen, die sich über eine Reihe von Monaten erstreckten, haben nun zur Festnahme von etwa 80 Personen aus den Städten Petrikau und Sulejow geführt, ohne dass diese Aktion schon als abgeschlossen betrachtet werden kann. Besonders in der kleinen Stadt Sulejow von etwas über 7000 Einwohner, war die Zahl der Verhafteten mit ungefähr 70 sehr gross. Es war schon seit längerer Zeit bekannt, dass eine derartige Zellenbildung in dieser Stadt vorhanden war, und es wurde mit dem Zupacken nur gewartet, bis durch umfangreiche vertrauliche Ermittlungen der Personenkreis nahezu vollständig erfasst werden konnte. - - - - -

Es hat sich ergeben, dass sich immer Leute finden, welche die hauptsächlich in Warschau, zum Teil auch in Krakau hergestellten polnischen Geheim- und Hetzschriften einführen und an Gleichgesinnte verteilen, wie auch trotz aller Überwachungsmaßnahmen nicht verhindert werden kann, dass die Schwindelmeldungen englischer Sender abgehört und verbreitet werden. - - - - -

III. Ernährung und Landwirtschaft.

Die Gesamtablieferung an Brotgetreide erhöhte sich bis zum 28.2. 1941 auf 6023 to, was einer Lieferung von 41.8% des Gesamtsolls entspricht. Die im Monat Februar abgelieferte Menge von 256 to ist wesentlich höher als die Ablieferung im gleichen Zeitraum des Vorjahres, was einmal auf die Verbesserungen im Umtauschverfahren und zum anderen auf den ständig auf die Erzeuger ausgeübten Druck seitens der Polizei zurückzuführen ist. - - - - -

IV. Verschiedenes.

Bemerkenswert ist die ständige Zunahme der Tuberkulose-Erkrankungen und die hohe Zahl der dabei verzeichneten Todesfälle. Es liegt dieses zum Teil daran, dass von der polnischen Regierung fast nichts für die Bekämpfung dieser weit verbreiteten Krankheit getan wurde, sodass sie sich ungehemmt ausbreiten konnte und dass der schlechte Ernährungszustand eines grossen Teils der Bevölkerung den tödlichen Verlauf der Krankheit noch förderte. - - - - -

/-/- Podpis nieczytelny

Z oryginałem zgody



Apelacyjny Sędziy
Jan Schar

Oryginał znajduje się w posiadaniu Instytutu Zachodniego /J.Z.

Dok.I - 151 teczka 28 i stanowi karty 19 - 24/. - - - - -

Chef der Zivilverwaltung

Breslau, am 4. 9. 1939.

Maßnahmen Nr. 11. Abgrenzung des Armeegebietes:

Die nördliche Grenze des Gebietes der Armee erstreckt sich etwa von Luben über Posen (Poscian), Kolow (ausschließlich), Putno (ausschließlich) auf Warschau. Die südliche Grenze erstreckt sich von Lauban über Jauer, Leppn (Leppo), Lask, Skiernowice auf Warschau.

2. In Armeegebiet übt der Oberbefehlshaber der Armee die Vollziehende Gewalt aus; ihm unmittelbar unterstellt führt sie in seinem Auftrag im Bereiche der Zivilverwaltung der Chef der Zivilverwaltung (C.d.Z.) Regierungsvizepräsident Hr. v. Graushaar. Sein Stellvertreter ist Ministerialrat Hr. Wittasch; Sonderbeauftragter für Wirtschaft im Stabe des Chefs der Zivilverwaltung ist Ministerialrat Hlodek. Wegen der Gliederung der Dienststelle des C.d.Z. im übrigen siehe Anlage 1.3. Der Chef der Zivilverwaltung übt die dem Oberbefehlshaber der Armee gegenüber der Zivilverwaltung und Zivilbevölkerung zustehenden Befugnisse in dessen Auftrag aus. Er kann für die gesamte Zivilverwaltung im Armeegebiet unbeschadet der Unabhängigkeit der gerichtlichen Urteile erteilen. Alle Zivilbehörden des Armeegebietes sind ihm dienstbezugsweise unterstellt. Ausgenommen sind die Behörden des Transportwesens (Reichsbahn, Wasserstraßen), sowie die Dienststellen der Deutschen Reichspost, die ihre Leistungen von den entsprechenden militärischen Dienststellen erhalten. Für Mastungsbetriebe ist der Verbindungsoffizier des Wehrwirtschaftsstabes beim Armeekommando zuständig.

Der C.d.Z. hat insbesondere dafür zu sorgen, daß die Verwaltung und das Wirtschaftsleben in Ruhe bleiben und rechtlich geordnete Zustände im Armeegebiet herrschen.haltung und Stimmung der Bevölkerung sind wichtig. Ihren wirtschaftlichen Belangen ist nach Möglichkeit Rechnung zu tragen. Hierzu gehören Maßnahmen für Ernährung und Gesundheit, für Regelung der Postverwal-

nr. 49

3

tung, der Rechtspflege, des Finanz- und Schulwesens, der Seelsorge, des zivilen Luftschutzes usw. Vgl. H.Dv.90 Ziff.26,30.

4. Die polnische Verwaltung und Wirtschaft mit ihrem Apparat bleibt weiter in Tätigkeit, soweit die Verwaltung nicht von der Militärverwaltung der Armee übernommen wird, nichts anderes befohlen wird oder Bedenken gegen die Verwendung einzelner Persönlichkeiten bestehen. Die Aufrechterhaltung eines geordneten Wirtschaftslebens ist wichtig. Dem deutschen Landrat wird die Aufsicht über die gesamte Verwaltung (im weiteren Sinne) seines Bezirks übertragen.
5. Die Führung der Landkreise (Starosteien) erfolgt durch deutsche - soweit zur Verfügung gestellt reichsdeutsche - Landräte, die Führung der Gesamtgemeinden (= Vogteien; der polnische Leiter der Vogtei hieß Weit) soweit möglich durch Volksdeutsche. Die Führung der Ortsgemeinden wird in der Regel - schon aus Mangel an geeigneten Volksdeutschen - durch polnische Bürgermeister erfolgen müssen. Sie sind im Benehmen mit den örtlichen Stellen der Einsatzgruppe (Gestapo) auf etwaige politische Gefährlichkeit zu überprüfen; soweit möglich ist ihnen ein deutscher Beigeordneter zur Seite zu stellen, der gegen Maßnahmen des Bürgermeisters Einspruchsrecht erhält. Beschlußfassungsrecht von Vertretungen in Kreis, Gesamtgemeinde und Ortsgemeinde tritt außer Kraft. Ein Verzeichnis der im Bezirk vorhandenen Volksdeutschen ist in Anlage 2 beigelegt.
6. Landräte: Der Landrat übt im Auftrag des Chefs der Zivilverwaltung die Verwaltung im vollen Umfange der Ziff. 3 aus oder beaufsichtigt sie. Er trifft die nach den gegebenen Verhältnissen notwendigen Maßnahmen und Entscheidungen weitgehend selbständig; Anfragen sind auf das notwendigste Maß zu beschränken. Mit den örtlichen Vertretern des deutschen Volkstums ist Einvernehmen herzustellen. Enge Verbindung ist mit den militärischen Orts- oder Feldkommandanten im Bezirk zu halten, die ihrerseits entsprechende Anweisung von Kommandanten des rückwärtigen Armeegebiets erhalten haben.

Neben den deutschen Minderheiten leben in Polen auch andere Volksgruppen mit nichtdeutscher Sprache, die mit den Deutschen sympathisieren (vgl. Anlage 3).

- 4
7. Wogate die Polen (Vogteien) stellen nach polnischem Recht eine Zusammenfassung mehrerer Ortsgemeinden dar, die, soviel hier bekannt, nicht nur staatliche Verwaltung führen, sondern auch einen Selbstverwaltungskörper darstellen. Abweichende Beobachtungen sind zu berichten.
 8. Ortsgemeinden sind die Selbstverwaltungskörper niederster Ordnung. Die Steuern werden mit geringfügigen Ausnahmen von den staatlichen polnischen Finanzämtern (von denen sich je eins am Sitz jedes Starosten befinden soll) erhoben und in Höhe der Gemeindeanteile an die Gemeinden abgeführt.
 9. Polizei: Die Landräte sorgen für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in ihrem Bezirk, soweit diese Aufgabe nicht die fechtende Truppe oder die Feld- und Ortskommandanturen mit eigenen Kräften erfüllen. Polizeibeamte können zunächst nicht zur Verfügung gestellt werden; die Heranziehung solcher ist beantragt. Wo erforderlich, ist aus deutschstämmigen Einwohnern eine Hilfspolizei zu bilden, die mit Ausweisen und abgestempelten weißen Armbinden (hier vorrätig) zu versehen ist. Die polnische staatliche Polizei ist im allgemeinen nicht zu verwenden; eine Ausnahme kann nur dort gemacht werden, wo die politische Zuverlässigkeit im Einzelfalle (z.B. früherer deutscher Unteroffizier) nachgewiesen ist.
 10. Die Ernährung der Bevölkerung aus dem Lande selbst wird bei den dort anscheinend noch reichlich vorhandenen Vorräten für die erste Zeit kaum Schwierigkeiten machen. Wo erforderlich, kann Einsatz der NSV beantragt werden, die einen Beauftragten beim Stabe des Chefs der Zivilverwaltung hat (Cauamtsleiter Büttner, Cauamtsleitung der NSV Breslau, Gartenstraße, Tel. 22031). Wo die NSV einen Amtsleiter in den Kreis entsendet, ist er möglichst im Landratsamt unterzubringen (Dienstraum und verschließbarer Raum für Lebensmittel sind bereitzustellen; Quartier für 4 Personen ist möglichst sicherzustellen). Der Antransport der Lebensmittel an den Sitz des Landratsamtes ist sichergestellt; für die Verteilung der Lebensmittel innerhalb des Kreises ist durch Beitreibung geeigneter Fahrzeuge Sorge zu tragen.
- Barunterstützungen sind zunächst nicht zu leisten. Über die spätere Zahlung von Renten usw. ergoht besonderer Befehl.
- Die vorhandenen landwirtschaftlichen Vorräte, Getreideteilungen

usw. sind privilegiert zu behandeln und gegen Sabotageakte möglichst zu schützen. 5

11. Die Herstellung und Verbreitung polnischer Zeitungen im besetzten Gebiet ist bis auf weiteres untersagt. Die Versorgung der Bevölkerung mit Zeitungen wird im AOK vorbereitet.
12. Schusswaffen (auch Jagdwaffen) mit der dazugehörigen Munition sowie Sprengstoffvorräte sind an die nächste deutsche Wehrmacht- oder Verwaltungsdienststelle gegen Empfangsbescheinigung abzugeben. Die Entwaffnung wird auf Grund der Bekanntmachung des Oberbefehlshabers bereits weitgehend durch die Truppe durchgeführt sein. Aus den beschlagnahmten Waffen kann die Hilfspolizei bewaffnet werden.
13. Rundfunktongeräte und die Röhren aller Rundfunkapparate sind gegen Empfangsbescheinigung an die nächste deutsche militärische oder Verwaltungsdienststelle abzugeben, desgleichen etwa vorhandene Reserveröhren. Wo nach der Abgabe ein Rundfunkapparat noch mit Röhren betroffen wird, ist der Besitzer vorläufig festzunehmen und der Einsatzgruppe der Sicherheitspolizei (Gestapo) zu überstellen.
14. Sofort beim Einmarsch müssen
 - a) die Versorgungsbetriebe (Gas-, Wasser-, Elektrizitätswerke)
 - b) Goldbestände (Banken, Kreditinstitute, behördliche Kassen)
 - c) Post
 - d) Eisenbahn- und Verkehrseinrichtungen
 - e) größere Lebensmittelvorrätegesichert werden. Das wird in der Regel bereits durch die Truppe erfolgt sein. Wo das nicht der Fall ist, ist es sofort nachzuholen.
15. Es ist damit zu rechnen, daß Sabotageakte und andere feindliche Maßnahmen seitens der Bevölkerung vorgenommen werden. Nach den eingegangenen Nachrichten kann sogar mit einem organisierten Freischarlertum zu rechnen sein (Näheres vgl. Anlage 4).

Jeder Versuch eines aktiven oder passiven Widerstandes ist rücksichtslos zu brechen. Wer Sabotage verübt oder Attentate gegen deutsche Soldaten oder Beamte begeht, hat sein Leben verwirkt. Die gleiche Strafe trifft jeden, der die deutschen Bewohner des Landes an ihrem Leben oder Eigentum zu schädigen

versucht. Auf handhafter Tat (d.h.: bei feindlichen Handlungen) betreffende Freischärler sind sofort zu erschießen. In allen anderen Fällen sind sie der nächsten Militärbehörde oder der Einsatzgruppe der Sicherheitspolizei zu übergeben.

16. Sind Angriffe der Bevölkerung auf die Truppe, deren rückwärtige Verbindungen oder auf die deutschen Zivilbeamten zu befürchten, so sind die Landräte befugt, Geiseln festzunehmen. Bei ihrer Unterbringung und Verpflegung ist trotz strenger Bewachung zu berücksichtigen, daß es sich nicht um Strafgefangene handelt. Den Festgenommenen sowie der Zivilbevölkerung ist durch ortsübliche Bekanntmachung zu eröffnen, daß die Festgenommenen bei feindlichen Handlungen der Bevölkerung erschossen werden. Die Bewachung ist zweckmäßigerweise, die Erschießung immer der Truppe zu überlassen. Erschießungen können nur Militärbefehlshaber im Range eines Divisionskommandeurs und darüber anordnen.

Bußen (Kontributionen) dürfen einzelnen Gemeinden nur mit Zustimmung des Chefs der Zivilverwaltung auferlegt werden.

Über alle Vorkommnisse in dieser Beziehung ist sofort zu berichten. Bei aller Strenge, vor allem in den ersten Sicherungsmaßnahmen, ist zu berücksichtigen, daß die polnische Bevölkerung im ganzen, jedenfalls in den einfacheren Volksschichten, sich voraussichtlich der Besetzung und den ergehenden Weisungen fügen wird. Unnötige Schikanen gegen die Bevölkerung sind zu unterlassen, Gerüchte über das Auftreten von Freischärlern u.ä. vor ihrer Weitergabe zu prüfen. Paniksenarien in dieser Beziehung, die nur zur Beruhigung der Bevölkerung und der deutschen Besetzung führen, ist energisch entgegenzutreten. Das Niederbrennen von Gehöften und Getreidevorräten entzieht der deutschen Wehrmacht nur Quartiere und Nahrungsmittel, die in der Heimat dringend gebraucht werden.

17. Der Oberbefehlshaber hat bis auf weiteres völlige Grenzsperr nach dem Altrecht angeordnet. Hiervon sind ausgenommen

- a) Militärpersonen, Zoll- und Polizeibeamte in Uniform mit entsprechenden Dienstausweis,
- b) Personen, die einen vom AOK ausgestellten Durchlaßschein besitzen,
- c) Personen im kleinen Grenzverkehr mit dem Grenzausweis nach den bisherigen Bestimmungen.

Der kleine Grenzverkehr ist im Armeegebiet bisher nur auf der Strecke von Barmen (Rodenau) nordwestlich Neumittelwalde bis zur südlichen Armee Grenze an der Straße Krousburg - Kompen zugelassen. Er wird auch im nördlichen Teile des Armeegebietes geöffnet werden, sobald die Grenzwehr vorrückt und die Bewachung der Reichsgrenze allein dem verstärkten Grenzaufsichtsdienst (VCAD) überläßt. Im besetzten Gebiet ist zuständig für die Ausstellung von Ausweisen im kleinen Grenzverkehr der Landrat, der diese Aufgabe im Bezirk eingesetzten Teilen der Einsatzgruppe der Sicherheitspolizei im Besonderen mit ihr übertragen kann, bis er über das erforderliche Personal verfügt. Im Altreichsgebiet stellen die Ausweise im kleinen Grenzverkehr die bisher zuständigen Behörden aus.

Die Altreichsgrenze bleibt wie bisher zoll- und devisenrechtlich und, wie aus Vorstehendem ersichtlich, für den Grenzübertritt als Grenze bestehen.

18. Dem AOK ist eine Propaganda-Kompanie zugewiesen (Führer: Hauptmann Salzmann). Wünsche in propagandistischer Hinsicht werden diesem vom Chef der Zivilverwaltung übermittelt.
19. Der amtliche Gesundheits- und Veterinärdienst erfolgt zunächst durch die Militärärzte und Militärtierärzte. Die zivilen Ärzte und Tierärzte sind, wo nicht geflohen oder staatsgefährlich, zur ärztlichen und tierärztlichen Versorgung der Bevölkerung heranzuziehen. Sollten geeignete volksdeutsche Ärzte oder Tierärzte verfügbar sein, so sind sie als Kreisärzte und Kreistierärzte zu verwenden.
20. Gehörte und Häuser, in denen folgende Viehseuchen herrschen:
 - Kotz,
 - Räude,
 - Maul- und Klauenseuche,
 - ansteckende Blutarmut,
 - Tollwut,
 - Milzbrand,
 sind von ihren Besitzern außen deutlich sichtbar zu kennzeichnen.

21. Für Trinkwasser ist die bakteriologische Untersuchung auf einwandfreie Beschaffenheit laufend durchzuführen. In Betracht kommt die Inanspruchnahme des Kreisarztes oder des nächstgelegenen Laboratoriums mit entsprechenden Einrichtungen.
22. Die Juden sind in großen Teilen Polens wesentlich in die Wirtschaft eingeschaltet. Im Interesse der für Deutschland wichtigen Aufrechterhaltung der Wirtschaft in Polen werden die Juden daher bis zu ihrer Ersetzung durch geeignete deutsche Kräfte vorläufig in den Gewerbebetrieben zu belassen sein, soweit nicht wegen der Staatsgefährlichkeit einzelner Juden eine Entfernung im Benehmen mit der Einsatzgruppe der Sicherheitspolizei (Gestapo) notwendig ist. Im übrigen werden in der Judenfrage noch Weisungen ergehen.
23. Die Aufgaben der Geheimen Staatspolizei nehmen im besetzten Gebiet wahr:
 - im Gebiet der fechtenden Truppe die Geheime Feldpolizei
 - im rückwärtigen Armeegebiet die Einsatzgruppe der Sicherheitspolizei.
 Organisation im einzelnen siehe Anlage 5.

Die Grenze zwischen dem Gebiet der fechtenden Truppe und dem rückwärtigen Armeegebiet verschiebt sich mit dem Fortschreiten der Operationen. Das rückwärtige Armeegebiet und die sogenannten "Rückwärtigen Dienste" des Heeres unterstehen militärisch einerseits dem AOK unterstellten Kommandanten des rückwärtigen Armeegebietes (Generalmajor von Flotho, sein Quartiermeister Oberstleutnant von Bogen), zur Zeit Breslau-Carlowitz, Telefon Breslau 42231, (Apparat 305).
24. Die Sicherstellung der für die Fortführung der Wirtschaft unbedingt notwendigen Wirtschaftstransporte ist vordringlich. Die in dieser Richtung auftretenden Schwierigkeiten sind mir sofort einzuberichten. Ich bitte aber, die Berichte ausschließlich auf die Fälle zu beschränken, in denen die Wiederinbetriebnahme oder Inbetriebhaltung nur noch an der Durchführbarkeit der notwendigen Wirtschaftstransporte scheitert.
25. Hamsterkäufe der Zivilbevölkerung sind streng untersagt. Als Hamsterkäufe sind alle Käufe anzusehen, die über den augenblicklichen persönlichen Bedarf des Käufers und seiner Familie hinausgehen.

für gewöhnliche Unternehmungen jeder Art liegen Hamsterkäufe dann vor, wenn die Käufe den Bedarf übersteigen, der für die ordentliche Fortführung des einzelnen Betriebes nötig ist.

Diese Anordnung wird durch Bekanntmachung von hier aus der Bevölkerung mitgeteilt. Der für die ordentliche Fortführung der Betriebe nötige Bedarf wird in der Regel nach dem bisherigen Bedarf des einzelnen Betriebes zu bemessen sein, soweit nicht Einkäufe von Truppenteilen und Truppenangehörigen eine besondere Berücksichtigung rechtfertigen.

Den Truppenangehörigen ist die Vornahme von Hamsterkäufen durch Armeebefehl ausdrücklich untersagt worden.

26. Auf die Beibehaltung des bisherigen Lohn- und Preisstandes ist mit allen Mitteln hinzuwirken. Zur Durchführung dieser Maßnahme sind sofort Feststellungen über die zurzeit gültigen Preise auf den wichtigsten Warengebieten, insbesondere auch für Nahrungsmittel, zu treffen. Das Ergebnis dieser Feststellungen ist unverzüglich einzuberichten. Ich würde es begrüßen, wenn dabei Vorschläge für die Festsetzung von Höchstpreisen durch mich gemacht würden, soweit dies erforderlich erscheint.

Bei Gefahr im Verzug ist der Landrat zur vorläufigen Festsetzung solcher Höchstpreise auf einzelnen Gebieten ermächtigt. Die Festsetzung ist mir zu melden.

27. Für die Wiederingangsetzung und die Fortführung der lebenswichtigen, insbesondere der Versorgungsbetriebe, werden die erforderlichen Arbeitskräfte nach Möglichkeit aus der anständigen, insbesondere der volksdeutschen Bevölkerung gestellt werden müssen. Sofern sich örtlich Schwierigkeiten ergeben und diese auch nicht durch zwangsweisen Arbeitseinsatz der Zivilbevölkerung und u.U. auch durch den Einsatz von Mannschaften des Heeres im Einvernehmen mit der zuständigen Kommandostelle behoben werden können, ist mir sofort Mitteilung zu machen.

Zu den Versorgungsbetrieben gehören sämtliche Anlagen, die zur Erzeugung und Fortleitung von Strom, Gas, Wasser oder mechanischer Energie dienen, und zwar auch dann, wenn sie eigene Erzeugungsanlagen einzelner gewerblicher oder industrieller Betriebe sind.

Die Versorgung der lebenswichtigen Betriebe mit Betriebsstoffen wie Kohle, Öl, Benzol oder Benzin ist vordringlich.

10

Für die polizeiliche Bewachung der lebenswichtigen Betriebe muß Sorge getragen werden.

28. Die Bestellung von kommissarischen Betriebsleitern soll nur in Ausnahmefällen erfolgen. Etwa erfolgte Bestellungen sind mir unter Darlegung der Gründe sofort zu berichten.
29. Der Abtransport und auch der Verkauf von landwirtschaftlichen Erzeugnissen aller Art sowie von Vieh, und zwar Nutzvieh wie Schlachtvieh nach dem Altreich ist zur Vermeidung von Notständen in den neu besetzten Gebieten bis auf weiteres verboten.
30. In den landwirtschaftlichen Betrieben ist eine Bestandsaufnahme für lebendes Inventar durchzuführen. Sie hat sich zu erstrecken auf Pferde, Hornvieh (getrennt nach Bullen, Milchkühen, Jungvieh und Kälbern), Schweine, Schafe, Ziegen und Geflügel.
Das Ergebnis dieser Bestandsaufnahmen ist schnellstens zu berichten.
31. Zur Sicherstellung der Ernährung ist sofort eine Bestandsaufnahme für landwirtschaftliche Erzeugnisse und zwar an Erzeuger-, Be- und Verarbeitungsbetrieben durchzuführen. Das Ergebnis dieser Erhebungen ist einheitlich in Doppelcentnern festzulegen, und zwar in erster Linie für Roggen, Weizen, Gerste, Hafer, Kartoffeln, Zuckerrüben, sowie Roggenmehl, Weizenmehl, und Zucker.
32. Der Wechselkurs für deutsche und polnische Währung ist
1 Reichsmark = 2 Zloty.

Für beide Währungen besteht Ankaufszwang für jedermann. Die Ausgabe von Notgeld über die bisher ausgetauschten Beträge hinaus ist verboten. Eine besondere Bekanntmachung darüber erfolgt gleichzeitig.

Bei dem derzeitigen Mangel an Kleingeld im besetzten Gebiet habe ich bis auf weiteres keine Bedenken, das bisher ausgegebene Notgeld weiter in Umlauf zu belassen. Eine Haftung deutscher Stellen für dieses Notgeld wird damit nicht übernommen.

Die zurzeit geltenden deutschen und polnischen Zahlungsmittel sind die aus den Anlagen zu entnehmen.

33. Zur Durchführung ihrer Aufgabensätze werden den Landruten Kraftfahrzeuge mit Kraftfahrern zur Verfügung gestellt. Die Kraftfahrzeuge sind mit den erforderlichen Sicherheitszeichen kenntlich zu machen. Zur Ausstattung der Dienstfahrzeuge werden Bilder des Führers, Stempel und Flaggen den Landruten zur Verfügung gestellt.

- 10 -

Die Verbindung des Landrats mit den Landgemeinden wird bis auf weiteres durch Rad oder Pferd bewerkstelligt werden müssen, da eine ausreichende Zahl von Krafträdern nicht zur Verfügung steht, auch die Wegeverhältnisse die Benutzung von Kraftfahrzeugen verbieten werden.

34. Die Landräte geben täglich dem C.d.Z. ^{in 4 Briefen} (schriftliche Meldung über
- a) die Lage in ihrem Bezirk
 - b) besondere Vorfälle
 - c) etwaige Wünsche.

Für die fortlaufende Unterrichtung des dem Stabe des C.d.Z. zugewiesenen Sonderbeauftragten für die Wirtschaft haben die Landräte in ihren Meldungen auch über die Arbeit und die Wiederingangsetzung der Wirtschaftsbetriebe ihres Bezirks zu berichten.

(gez.) Dr.v.Craushaar.

/ 7 Anlagen.

F.d.R.

Auden

Die in Bochnia vorgenommenen umfangreichen Verhaftungen wegen Zugehörigkeit zu Terrorgruppen haben dort das Gerücht ausgelöst, es werden alle Angehörigen ehemaliger national-polnischer Vereinigungen in Haft genommen. Dadurch ist auch in die bei der deutschen Verwaltung arbeitenden Polen Unruhe gekommen, da sie teilweise solchen Organisationen angehört haben. Vielfach sollen die Beitritte zu solchen Organisationen allerdings unter dem Druck der ehemaligen polnischen Regierung erfolgt sein.

Besonders ungünstig für die Stimmung wirkt sich die Judenausiedlungsaktion aus. Da den Juden die Wahl des Wohnortes freigestellt war, war vorauszusehen, daß sie sich zum großen Teil am Stadtrand ansiedelten. Dadurch ist die Bevölkerung in diesen ohnedies schon sehr dicht besiedelten Gebieten noch stärker zusammengedrängt worden. Ich werde mich veranlaßt sehen, aus gesundheitspolizeilichen Gründen einzuschreiten. Auch versorgungsmäßig ist die ohnedies schwierige Lage noch verschlimmert worden. Die Mietpreise kamen völlig in Unordnung. Die Juden zahlen angeblich außerordentlich hohe Mietpreise und sofort für ein Jahr im vornherein. Es ist schwierig, dies tatsächlich nachzuweisen, da sich sowohl Mieter als auch Vermieter hüten, wahre Angaben zu machen. Wenn mit der Ansiedlung der Juden auch der Zweck erreicht werden sollte, sie aus dem Handel herauszuziehen, kann jetzt schon überschauen werden, daß er in Anbetracht der freien Wahl des Wohnortes nicht erreicht werden kann. Die Ansiedlung am Stadtrand bringt die Juden näher an die Produzenten heran und erleichtert ihnen dadurch die Verbindung zwischen diesen und den Konsumenten. Ich habe mich daher veranlaßt gesehen, den Juden eine Aufenthaltsbeschränkung aufzuerlegen. Von besonderen Fällen, wie z.B. Arbeitszwangspflicht, abgesehen, dürfen Juden ihren neugewählten Wohnort grundsätzlich nicht verlassen. Die Gendarmerie und polnische Polizei sind angewiesen, während der Ernteerfassungsaktion (einschließlich der Kartoffelernte) bis Mitte Oktober 1940 auf die Einhaltung dieser Anordnung genau zu achten. Vermutlich werden die Juden diese Anordnung dadurch zu umgehen versuchen, daß sie ihre Armbinden ablegen. Ich rege daher in diesem Zusammenhang an, einheitlich für die gesamte polnische Bevölkerung vom 14. oder 16. Lebensjahr beginnend mit Lichtbild versehene Ausweispapiere zwingend vorzuschreiben. Zweckmäßigerweise sollten durch die Farbe des Ausweises die Juden von den anderen Bevölkerung unterschieden werden. Diese Ausweispapiere würden der Gendarmerie und der Polizei ihre Arbeit auf dem Lande wesentlich erleichtern. Die Feststellung der Identität, die derzeit häufig umfang-

reiche Nachprüfungen erfordert und damit eine große Belastung der Sicherheitsorgane bedeutet, würde dadurch auf einfachstem Wege gewährleistet sein.

Von polnischen Offizieren sind bisher 813 ihrer Meldepflicht nachgekommen.

2. Sicherheitswesen.

Die Neuorganisation der Gendarmerie ist nunmehr vollzogen. Gendarmerieposten sind in Krakau, Bochnia, Myslenice, Wieliczka und Kalwaria. Ich erwarte mir von dieser Lockerung der bisherigen Konzentration eine erhebliche Besserung der Sicherheitsverhältnisse. Um die Sprengel der Gendarmerieposten mit der politischen Verwaltungseinteilung völlig in Einklang zu bringen, habe ich mit Genehmigung des Distrikthofs eine Umorganisation vorgenommen. Das zur Kreishauptmannschaft gekommene Gebiet des ehemaligen polnischen Landkreises Wadowitz, das bisher von der Außenstelle Myslenice verwaltet wurde, habe ich von dort losgelöst und in unmittelbare Verwaltung von Krakau aus genommen. Dadurch decken sich nunmehr die Verwaltungsgebiete der Landkommissare völlig mit den Gendarmerieposten ihres Sitzes.

Ein schwerer Mangel liegt noch darin, daß die Gendarmerieposten nicht über Kraftfahrzeuge verfügen. Die Stadt- und Landkommissare habe ich angewiesen, ihre Dienstwagen den Gendarmerieposten, soweit es der eigene Bedarf zuläßt, zur Verfügung zu stellen. Eine dauernde Lösung kann dies aber nicht sein. Mindestens über einen Kraftwagen muß jeder Gendarmerieposten dauernd verfügen, um den noch immer großen Sprengel genügend bewachen zu können.

Am 28.8.1940 ereignete sich ein Überfall, der besonders hervorgehoben werden muß. Um ca 1 Uhr nachts mieteten 2 Männer in Krakau eine Taxe zur Fahrt in der Richtung Tarnow. Unterwegs zwangen sie den Fahrer zur Übergabe seines Wagen und Ausfolgung von Zl250.-, die er mit sich führte. Sie fesselten ihn und nahmen ihn im Wagen mit. Vor Bochnia geriet der Wagen in den Straßengraben. Ein deutscher Wächter eines zufällig dort stehenden Tankwagens half ihnen bei der Flottmachung des Wagens. Im Verlaufe eines Wortwechsels wurde der Wächter durch mehrere Pistolenschüsse schwer verletzt. Der eine Verbrecher sagte zum anderen: "So schießt man die Deutschen zusammen!" Der Gendarmerieposten Bochnia erhielt von dem Anschlag Meldung. Der Hilfspolizist Bogusch konnte die Verbrecher in dem bezeichneten Kraftwagen stellen, wurde

aber durch einen Pistolenschuß schwer verletzt. Einer der Täter ist am folgenden Tage festgenommen worden. Auffallend ist besonders in Zusammenhang mit der erwähnten Äußerung, daß beide Verbrecher als Angehörige der Intelligenzkreise geschildert werden.

In einer Gastwirtschaft in Prokocin wurde am 21.7.1940 ein reichsdeutscher Eisenbahner erschossen und ein anderer schwer verletzt. Dem Gastwirt war wegen Schleichhandels durch den Stadtkommissar für Borek-Palecki die Konzession entzogen worden. Die Untersuchung führt die GESTAPO. Nähere Mitteilungen von der GESTAPO habe ich darüber nicht erhalten.

In diesem Zusammenhange möchte ich die Notwendigkeit einer engeren Zusammenarbeit zwischen GESTAPO und Kreishauptmannschaft betonen. So ist beispielsweise ein Gemeindevorsteher verhaftet worden, ohne daß ich verständigt worden wäre und für seine Vertretung im Schlachthaus hätte sorgen können. Ein Bürgermeister wurde wegen der Anschuldigung vernommen, er habe seine Amtspflichten als Bürgermeister vernachlässigt. Dies erfuhr ich erst von dem Bürgermeister selbst. Für mich war dies unangenehmer, als ich niemals Veranlassung hatte, gerade über diesen Bürgermeister zu klagen. Vor einer Vernehmung oder Verhaftung eines Bürgermeisters müßte sich die GESTAPO mit dem Kreishauptmann in Verbindung setzen. Die Verhaftung einer anderen mit öffentlichen Aufträgen betrauten Person (Tierarzt) müßte nachträglich dem Kreishauptmann bekanntgegeben werden.

Die polnische Polizei ist derzeit auch im Rahmen der Ernteerfassungsaktion eingesetzt. Wie ich schon ausgeführt habe, wird die Bekämpfung des Schleichhandels und der Preistreiberei von der polnischen Polizei in wünschenswertem Maße nur dann zu erreichen sein, wenn man ihr einen besonderen Anreiz gibt. Eine Prämienzahlung für besondere Erfolge auf diesem Gebiet kann nur aus dem Wert der sichergestellten Waren entnommen werden. Da diese Waren oder ihr Gegenwert nunmehr abgeliefert werden müssen, kann von hier aus eine Auszahlung der Prämie nicht erfolgen. Ich halte dies aber für unerläßlich und habe daher angeregt, aus dem Wert der beschlagnahmten Waren ungefähr 10 v.H. als Belohnung für die polnische Polizei freizugeben.

Der Sonderdienst, der gerade jetzt mit besonderem Erfolg hätte eingesetzt werden können (Ernteerfassung, Judenumsiedlung u.s.w.) ist bisher noch immer nicht eingetroffen.

3. Wirtschaftliche Lage.

Das Hauptaugenmerk lag in der Berichtszeit auf der Ernteerfassungsaktion.

Die Getreideernte ist noch nicht überall beendet. Besonders in den höheren Lagen steht das Brotgetreide noch am Felde. Nach den vorliegenden Druschergebnissen ist mit einer ausgesprochenen Mißernte zu rechnen. Es werden nur etwas 50 v.H. des auferlegten Brotgetreidesolls aufgebracht werden können. Schwierigkeiten bereitet auch die plötzlich durchgeführte Zentralisation. Gemäß der Struktur des Kreises ist ein großer Teil der Bevölkerung als Teilselbstversorger zu bezeichnen. Diese Gruppe ist in den Anweisungen nicht vorgesehen. Würde man sie nun den Erzeugern zuzählen, käme ihnen je Kopf und Jahr $1 \frac{1}{2}$ dz Getreide zu. Das würde ihren eigenen Bedarf übersteigen und eine Verbrauchssteigerung bedeuten, die unbedingt verhindert werden muß. Zählt man sie jedoch zu den Teilselbstversorgern, müßte man ihnen nach dem vorgesehenen System zunächst ihr selbstgeerntetes Getreide abnehmen und dann Brot zuteilen. Die Abnahme der geringen Mengen des selbstgeernteten Getreides ist praktisch unmöglich. Um Störungen zu vermeiden wird daher die Gruppe der Teilselbstversorger von hier aus anerkannt. Ihnen wird lediglich die Brotmenge für Normalverbrauch zugestanden und der von Ablieferantenkontingent nicht erfaßte Teil als Teilselbstversorger buchmäßig verrechnet. Dies hat den Nachteil, daß die Gemeinden keine Prämienscheine hierfür erhalten.

Die den Bauern versprochenen Textilien zur Einlösung des Prämienscheines A sind bis heute noch nicht da. Die hier zugewiesene Hamburger Großhandelsfirma hat sich erst vor wenigen Tagen gemeldet. Die von ihr beantragte Einfuhr von Waren reicht bei weitem nicht aus, um eine Einlösung der Prämienscheine zu ermöglichen. Auf die Kreishauptmannschaft sollen Textilwaren im Wert von Zl 250.000 entfallen; das bedeutet je Kopf der Bevölkerung nicht einmal Gr 50 (!). Es müßte meines Erachtens mit allen Mitteln getrachtet werden, eine Einlösung der Prämienscheine zu ermöglichen, da andernfalls das Vertrauen der Bevölkerung zu den Wirtschaftsmaßnahmen, soweit es bisher noch besteht, aufs schwerste zerstört wird und in kommenden Jahren jede Maßnahme der Planwirtschaft auf heftige Sabotage der polnischen Bevölkerung stoßen wird.

Als besondere Härte muß von kleinen Bauern auch der Zwang empfunden werden, selbst die kleinste Menge selbstgeernteten Getreides in einer Mühle mahlen zu lassen und 20 v.H. der Anlieferung abzugeben.

Die Frage der Deputate ist bisher überhaupt noch nicht geregelt und bedarf dringend einer endgültigen klaren Lösung.

Die Kartoffelernte könnte sich bei Einsetzen trockenen Wetters noch mittelmäßig entwickeln.

Bei den bauerlichen Betrieben ist vielfach schon ein Futtermangel festzustellen.

Das Viehkontingent, das vorübergehend wegen der Einführung der festen Viehmärkte nicht eingehalten werden konnte, ist nunmehr erreicht und sogar überschritten, so daß die Fehlbeträge der vergangenen zwei Monate nachgeholt werden können.

4. Schulwesen.

Neben den im vergangenen Schuljahr gegründeten 4 deutschen Schulen sollen noch 2 weitere im Monat September hinzukommen. In Borek-Palecki sind die Vorbereitungen so weit gediehen, daß der Unterricht am 2. September beginnen konnte. In Wieliczka wird der Unterricht in der zweiten Hälfte des September aufgenommen werden können. Eine weitere deutsche Volksschule soll in Pradnik-Gierwony eröffnet werden. Störend wirkt sich noch der Mangel an deutschen Lehrkräften aus. So kann für die deutsche Schule in Wola-Duchacka und Prokocim kein zweiter Lehrer gefunden werden, obwohl dies der Kinderanzahl entsprechend unbedingt notwendig wäre.

Die Ferien wurden dazu benützt, um die Personalien der Lehrerschaft an den polnischen Schulen einer gründlichen Untersuchung zu unterziehen. Es wurden zahlreiche Entlassungen und Versetzungen ausgesprochen. Entlassungen wurden insbesondere verfügt gegen Lehrkräfte, die aus den an das Reich angegliederten Gebieten ausgewiesen wurden und politische Führungszeugnisse bisher nicht vorlegen konnten, ferner Lehrkräften die vor Kriegsausbruch in dem sogenannten Kuratorium der ehemals höchsten polnischen Schulbehörden tätig waren und daher der Lehrertätigkeit völlig entfremdet sind, und Lehrkräfte, deren materielle Lage eine Anstellung nicht erfordert.

5. Kommunalverwaltung.

Die Zwangsbeitreibungen für die Steuerrückstände sind in sämtlichen Gemeinden eingeleitet. Im Monat Juli wurden 6.032 Pfändungsanträge den Vollziehern übergeben. Die eingezogene Forderung betrug über Zł 100.000. Für die Einziehung der Einwohnerabgaben wurden in sämtlichen Gemeinden einheitliche Geschäftseinrichtungen getroffen.

In Landskron konnte nunmehr das zweite Erholungsheim, von dessen Bau ich bereits früher berichtet habe, in Betrieb genommen werden. Beide

Häuser erfreuen sich eines regen Zuspruchs.

Das Wohnhaus neben dem Verwaltungsgebäude, Außenring 18, ist nunmehr für den Dienstgebrauch der Kreishauptmannschaft beschlagnahmt worden. Anfangs September wurde mit den Umbauarbeiten begonnen. Die Erweiterung des Verwaltungsgebäudes ist zufolge der ständig anwachsenden Arbeitsbelastung und der damit verbundenen Erhöhung des Personalstandes unbedingt erforderlich.

Der polnische BauDienst hat seine Tätigkeit begonnen. Als erstes Projekt ist ein Straßenbau in Krzeszowice von Bahnhof zum Schloß des Generalgouverneurs vorgesehen. Außerdem ist der BauDienst beim Bau einer Hafenanlage an der Rabamündung und bei zwei Brückenbauten eingesetzt. Die Werbungen für den BauDienst haben besonders zufolge der Unterstützung durch die Stadtkommissare, die ich dazu herangezogen habe, gute Erfolge. >

Die Gesundheitelage hat sich nicht wesentlich geändert. In einigen Fällen ist Ruhr aufgetreten.

Die Mundetollwut ist etwas zurückgegangen.

Hier

Generalgouvernement
Der Kreishauptmann
des Kreises Jasło.

29. August 1940.

AZ: A.V.104 A/Kl.

L a g e b e r i c h t
für den Monat A u g u s t 1940.

1. Politische Lage.

Soweit ein Einblick in die politische Haltung der polnischen Bevölkerung möglich ist, kann man sagen dass die Rede des Generalgouverneurs teils beruhigend, teils aber auch beunruhigend gewirkt hat. Die Tätigkeit der deutschen Verwaltung wird in der Hauptsache wohl danach beurteilt, wie sich die wirtschaftliche Lage unter der Führung der Deutschen entwickelt. Insofern haben die Ausführungen in der Rede gewisse Hoffnungen auf eine bessere Zukunft gemacht. Dagegen fühlen sich viele durch die Behandlung des Judenproblems beunruhigt. Die Polen können durchaus nicht verstehen, warum Krakau judenrein gemacht werden soll, während doch diese Elemente in der grösseren Stadt besser kontrolliert werden könnten und auch weniger in Erscheinung treten würden, als das auf dem Lande und in den kleinere Städten der Fall ist. Die Aussicht auf eine spätere generelle Regelung des Judenproblems kann der hiesigen Bevölkerung keine Entschädigung dafür sein, dass sie die jetzige Invasion der Krakauer Juden auf sich nehmen muss. Die Polen bringen sogar zum Ausdruck, warum den deutschen Beamten und Angestellten in den Kreisstädten noch mehr Schwierigkeiten bei dem nun einmal unvermeidlichen Umgang mit Juden zugemutet werden und glauben nicht recht an eine spätere gänzliche Evakuierung der Juden, weil ja sonst die Krakauer Aktion nicht nötig gewesen wäre. - - - - -

Eine weitere Beunruhigung ist durch eine Aktion der Sicherheitspolizei entstanden, die Auftrag hat, eine zahlenmässig begrenzte Anzahl von Personen festzunehmen, mit denen später das Konzentrationslager gefüllt werden soll. Gewiss muss mit aller Schärfe gegen

irgendwie politisch verdächtige Personen vorgegangen und dafür gesorgt werden, dass Personen, die sich gegen die deutsche Herrschaft auflehnen, unnachsichtlich verhaftet werden, das summarische Verfahren der letzten Aktion aber bringt unnötige Unruhe auch in die Kreise der polnischen Bevölkerung, die sich nun einmal mit den gegebenen Verhältnissen abgefunden haben und zu einer loyalen Zusammenarbeit mit den deutschen Dienststellen bereit sind. Die Zahl dieser Personen ist nicht gering. Es sind dieses vor allem die Teile, die, sei es selbst, ~~maxi~~ sei es durch ihre Eltern beeinflusst, sich gern der österreichischen Verwaltung erinnern. Es sind dies aber auch viele Bauern, die eine Besserung ihrer Lebenslage durch die deutsche Verwaltung erhoffen. - - - - -
Bei der Arbeiterschaft ist vielfach dieselbe Beobachtung zu machen, allerdings stört dort den Willen zum Mitgeben die gewaltsame Erfassung der Landarbeiter zur Arbeit im Reich, die noch immer nicht abgeschlossen ist. - - - - -

2. Landwirtschaft und Ernährung.

Die Ablieferung der Milch muss vielfach mit schärfsten Massnahmen wie Geldstrafen und Wegnahme von Kühen, erzwungen werden. Diese Massnahmen werden bei der erwähnten Einstellung der polnischen Bevölkerung weiter nötig sein. Die Schwierigkeiten in der Milchablieferung werden weiter dadurch verschärft, dass die versprochene Lieferung der Milchkannen noch nicht erfolgen konnte. - - - - -

3. Wirtschaft.

Im übrigen wurde die Räumung des Ringplatzes in Jaslo von Juden planmässig durchgeführt. Dabei wurden 26 Judengeschäfte vom Ringplatz verlegt und 20 Judenwohnungen frei gemacht. Der Ringplatz wird in Zukunft nur noch von Arieern bewohnt werden. - - - - -

8. Bevölkerungswesen und Fürsorge.

Am 15./August 1940 traf in Krosno ein Flüchtlingstransport mit 996 Personen ein, Da sich Schwierigkeiten bei der Unterbringung wegen der starken Belegung Krosnos mit Militär /ausser dem dort liegenden

Knf.Reg. noch Fliegerhorst/ergaben, musste eine Weiterverteilung des Transportes nach Jaslo und Gorlice erfolgen. Ich habe schon wiederholt /auch in mündlichen Verhandlungen mit Herrn Dr. Arlt/ erklärt, dass eine Aufnahme von Flüchtlingstransporten in die Kreishauptmannschaft Jaslo unmöglich ist. Abgesehen von der starken Belegung mit Wehrmacht ist von der Unterbringung die Südzone der Kreishauptmannschaft ausgeschlossen, weil es sich hierum ukrainisches Siedlungsgebiet handelt. Der Mittelstreifen, der sich um die Städte Jaslo, Gorlice und Rosno gruppiert, wird von der Erdölindustrie eingenommen. Die leitenden Herren der Erdölgesellschaften haben an mich dringende Appelle gerichtet, das Erdölgebiet von der Belegung mit landfremden Flüchtlingen zu verschonen. Es bleibt bei der Belegung mit Flüchtlingen nur der Nordteil des Kreises vorbehalten. Die Aufnahmefähigkeit der dortigen Gemeinen ist nun erschöpft. Aus diesen angeführten Gründen bitte ich dringend, in Zukunft Transporte nach Jaslo nicht mehr zuzweisen. - - - - -

/-/ podpis nieczytelny.



Z oryginału zgodny

Sędzia palacowy Sądowy

Jan Schin

Oryginał znajduje się w posiadaniu Instytutu Zachodniego /J.Z.

Dok.I - 151 teczka 5 i stanowi karty 42 - 52/. - - - - -

Generalgouvernement
für die besetzten Polnischen
Gebiete
Der Kreishauptmann des Kreises
D e b i c a.

Dębica, den 31. August 1940.

L A G E B E R I C H T.

2.) Wirtschaftliche Lage

a) Landwirtschaft:

Die Ablieferungssolls für Brot- und Futtergetreide sind mit einem Durchschnittsertrage vom 11 dz je Hektar für alle vier Fruchtarten berechnet, da der Stand des Getreides im Juni und Anfang Juli einen besseren Ertrag versprach. Das umgelegte Ablieferungssoll kann daher allerhöchstens nur zu 40-45% erfüllt werden. Bis zum 15.9. 40 sollen nach Möglichkeit 40% des Solls abgeliefert sein. Das Brotgetreide reicht bei äussersten Sparmassnahmen kaum für die Versorgung des eigenen Kriesgebietes. - - - - -

Die Viehaufbringung ist bis auf die Ablieferung von schlachtreifen Schweinen in Ordnung. Das Aufkommen an Schweinen wird aber von Woche zu Woche sich bessern, worausgesetzt, dass die Schlachtviehpreise in kürzester Zeit wie vorgesehen ausgeglichen werden. - - - - - Die Milchablieferung im August ist gegen Juli durch die anhaltende Kühle und nasse Witterung etwas zurückgegangen. - - - - -

Bis Ende August sind 13 1/2 Millionen Eier durch die Eierkennzeichenstelle Debida von den Landwirten abgenommen worden, wovon rund 8 Millionen eingekalkt wurden. - - - - -

Die Ablieferung von Gänsen, Hühnern und Häschen ist zufriedenstellend, das auferlegte Kontingent wird auch hier erfüllt bzw. überschritten. - - - - -

3. Polizeiliche Massnahmen.

Es werden in den nächsten Tagen 2 grössere Aktionen durchgeführt eine in der Ortschaft Zassow, Gemeinde Straszecin, bei der ein Polizeibataillon eingesetzt wird, eine weitere im Gebiet um Tarnobrzeg, wo sich die Wehrmacht bereit erklärt hat, eine Grössaktion

in Benehmen mit der Polizei durchzuführen. - - - - -

gez. Oswald



Z oryginałem zgodny

Sędzia Słuchający Sędzi

Jan Seln

Oryginał znajduje się w posiadaniu Instytutu Zachodniego /J.Z.

Dok.I - 151 teczka 5 i stanowi karty 27 - 34/. - - - - -

1940.

B IIa 162

143

9. Mai

40

Abteilung Innere Verwaltung

im Amt des Generalgouverneurs
für die besetzten polnischen Gebiete

Eingeg.: 21. MAI 1940

Mittag: _____ Bearb. _____

Unterabteilung: _____

An den

Generalgouverneur für die besetzten
polnischen Gebiete - Chef des Amtes -K r a k a uKrieg (Original) per
Gg. in 2. Hk. Dr.
Anhang.
K. 5. 5. 40
HautBericht des Distrikts Warschau für die Zeit vom 11.4. bis 10.5.1940.A. Allgemeines

Die allgemeine Wirtschaftslage hat sich in der Berichtszeit anhaltend gebessert. Hierzu haben vor allem zwei Faktoren beigetragen: Die ersten wirklich praktischen Massnahmen auf dem Gebiete der Preispolitik und die fortschreitende Regelung der Geldverhältnisse in Verbindung mit dem Tätigkeitsbeginn der Emissionsbank.

Die neu errichtete Abteilung Preisüberwachung hat mit ihrer Tätigkeit begonnen. Sie hat die ihr eingeräumten Befugnisse der Preisbildung und Preisüberwachung weitgehend delegiert, um allen örtlichen Behörden die notwendigen Mittel zur Durchführung der Preismassnahmen in die Hand zu geben. In Zukunft werden auch die staatlichen Machtmittel, vor allem die deutsche und polnische Polizei, aktiv zur Preisüberwachung eingesetzt werden. Der Erfolg hängt allerdings wesentlich von der allgemeinen Versorgungslage ab. Sofern nicht der Mindestwarenbedarf, vor allem auf dem Gebiete der Ernährungswirtschaft, sichergestellt ist, werden alle Preismassnahmen in der Luft hängen bleiben. Infolgedessen ist das Preisproblem nicht allein von seiten der Preisüberwachung, sondern nur Hand in Hand mit einer erfolgreichen Ernährungs- und Verbrauchsgüterwirtschaft zu lösen.

Unabhängig von den neuen preispolitischen Massnahmen ist ein weiteres Absinken der allgemeinen Lebenshaltungskosten zu verzeichnen. Während der Index im Monat März gegenüber der Vorkriegszeit noch 391% betrug, wurde er für den Monat April mit 328% errechnet.

Das Vertrauen in die Stabilität der Geldverhältnisse hat sich verstärkt. Es kommt vor allem in der weiteren recht erheblichen Zunahme

des
10 der
lichehmo
des
III.

VI

der Spareinlagen und des Kreditgeschäfts zum Ausdruck. Die Entwicklung der Neuguthaben veranschaulicht folgende Uebersicht:

Nov. 1939	Zł. 9.734.000
Dez. "	Zł. 17.603.000
Jan. 1940	Zł. 25.742.000
Febr. "	Zł. 34.556.000
März "	Zł. 46.525.000
April "	Zł. 79.110.000.

Das besonders starke Ansteigen der Guthaben im April ist zum Teil auf erhebliche Gutschriften für die s.Zt. hinterlegten Złoty-Noten, sowie auf den Zustrom von Geldern im Zusammenhang mit der gegenwärtigen Notenumtauschaktion zurückzuführen. Der Umtausch der alten Umlaufnoten geht in der Millionenstadt Warschau verhältnismässig glatt vor sich, dann hierbei die anlässlich der früheren Aktion zur Einziehung der hohen Złotynoten gemachten Erfahrungen weitgehend berücksichtigt hat.

Auf dem Gebiete des Kreditwesens hat sich das Genehmigungsverfahren bewährt. Denn es ermöglicht eine Lockerung der Kredite nach lebenswichtigen Interessen /Lebensmittelversorgung, Wehrwirtschaft/. Alle Kredite wurden für Rechnung des Neugeschäftes gegeben und zwar stets in gesicherter Form. Die Summe der Kreditgenehmigungen beträgt:

seit Oktober 1939	Zł. 15.500.000
Dazu Bürgschaftskredite	Zł. 8.200.000.

Die Nachwirkungen des Krieges in der allgemeinen Beschäftigungslage der Industrie sind noch lange nicht überwunden. Im Durchschnitt sind s.Zt. 27,4% der vor dem Kriege beschäftigten Gefolgschaftsmitglieder tätig. Am stärksten eingespannt sind die Lederindustrie mit 68%, die Papierindustrie mit 45% und die chemische Industrie mit 41%. Dagegen liegen die Mineral- und Holzindustrie mit 12% bzw. 14% und die Textilindustrie mit 18% am weitesten zurück, was in erster Linie auf die sich gerade in diesem Zweig auswirkende Rohstoffverknappung zurückzuführen ist.

Die Ernährungslage hat sich allgemein etwas gebessert. In der Versorgung der Stadt Warschau sind jedoch neue Schwierigkeiten dadurch eingetreten, dass die Bauern während der Frühjahrsbestellung keine Transporte übernehmen können. Daraufhin sind von Warschau 6 Lastkraft-

wagen nach Lublin abgeordnet worden, um für die Dauer von zwei Wochen Kartoffel von den einzelnen Bauernhöfen abzuholen und zur Bahn zu bringen. Ueberhaupt müssen auf vielen Gebieten der Lebensmittelversorgung immer wieder Sondermassnahmen getroffen werden. Zur Ablieferung von Eiern waren die Bauern nur dadurch zu bewegen, dass man Zucker ausschliesslich und allein im Tauschwege gegen Eier abgab. Auf diesem Wege hofft man zu erreichen, dass der Ablieferungssoll von 30.000.000 ungefähr erreicht wird. Da sich der Bauer auch weigert, seine Milch an die zugelassenen Molkereien zu liefern, und es vorzieht, sie zu den bekannten Wucherpreisen in der Stadt zu verkaufen, werden in der Zeit vom 5. - 11. Mai sämtliche Zufuhrstrassen und Bahnhöfe im Gebiet der Stadt Warschau mit Polizeibeamten besetzt, die alle Milch- und Milcherzeugnisse am Ort und Stelle sicherstellen. Die Erzeugnisse werden alsdann an die vorgesehenen Molkereien gebracht. Die Bauern erhalten eine Bescheinigung, auf die sie Geld und Gefässe bei der zuständigen Molkerei wieder in Empfang nehmen können. Sollte diese in erster Linie auf Erziehung der Bauern abgestellte Aktion nicht den gewünschten Erfolg haben, werden in Zukunft die Milcherzeugnisse entschädigungslos beschlagnahmt werden.

Die Fleischversorgung ist nach wie vor schwierig. Die den Kreisen auferlegten Lieferungsverpflichtungen können nicht eingehalten werden. Dagegen haben die Nachbardistrikte ihre Zusagen erfüllt. Von Lublin werden laufend Schweine angeliefert, während der Distrikt Krakau die zugesagten 100 Rinder in jeder Woche restlos liefert. Die ausserordentlich schwierigen Ernährungsprobleme im hiesigen Distrikt werden auch in Zukunft nur dann gelöst werden können, wenn die Unterstützung durch die übrigen Distrikte anhält.

(In der politischen Lage sind keine Veränderungen eingetreten. Besondere Ereignisse sind nicht zu melden.

Auch in den Kreisen ist die Lage unverändert. Die Arbeit konzentriert sich hier auf die Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung, auf Bekämpfung des Wuchers und des Schleichhandels, damit verbunden ist die Schaffung eines geordneten Warenaustauschs und die Förderung der Sonderaufgaben für das Reich. Die Zusammenarbeit zwischen allen deutschen Dienststellen ist gut. Auch das Verhältnis zu den Wehrmachtsdienststellen lässt nichts mehr zu wünschen übrig, nachdem sich im Kreis Siedlce durch einen Wechsel des militärischen Kommandos aus dem gespannten Verhältnis nunmehr eine kameradschaftliche Zusammenarbeit entwickelt hat.

B. Besonderer Teil

1. Wirtschaftsleben

Ueber die allgemeine Wirtschaftslage wurde bereits oben berichtet. Ergänzend ist noch folgendes zu erwähnen:

Die Bestandserfassungsaktion für Metall ist durchgeführt. Das Schwerkraft der Arbeiten lag bei der Industrie- und Handelskammer. Sie veranlasste die Registrierung der Vorräte und begutachtete die Anträge auf Zuteilung von Metallen. Aus dem Ergebnis der bisherigen Erhebungen muss geschlossen werden, dass auch hier ein Teil der Vorräte nicht angemeldet wurde und versteckt gehalten wird.

Auf dem Gebiete des Handels ist über das Schicksal der beschlagnahmten Textilwarenbestände durch die nunmehr eingeführte Zwangswirtschaft entschieden worden. Bei der praktischen Durchführung der Zwangsbewirtschaftungsmaßnahmen tauchten jedoch zahlreiche Probleme auf. Von der Bewirtschaftungsstelle für Spinnstoffe und Spinnstoffwaren wurden dem Distrikt Warschau für die Zeit vom 6.5. bis 30.6.1940 nur 90.000 Bedarfsscheine zur Verfügung gestellt, bei deren Verteilung folgende Gruppen rangmässig zu unterscheiden sind:

1. Reichsdeutsche,
2. die im deutschen Interesse arbeitende Bevölkerung,
3. Volksdeutsche,
4. die sonstige Bevölkerung.

Schon jetzt muss gesagt werden, dass die Zahl der bisherigen Bedarfsscheine viel zu gering ist. Der Distrikt Warschau hat 3.411.000 Einwohner. Selbst wenn bei der Zuteilung die Juden von vorne herein ausscheiden, würde bei gleichmässiger Verteilung an die gesamte Bevölkerung nur jeder 33. Einwohner einen Bedarfsschein für eine Textilware /ein Hemd oder ein Paar Strümpfe oder ein Kleid/ erhalten. Da jedoch eine gleichmässige Verteilung nicht vorgesehen ist und die oben erwähnten Gruppen bevorzugt sind, entfällt tatsächlich auf jeden 200. Polen ein Bedarfsschein. Auch für den Umsatz der Warschauer Textilgeschäfte ist die Zahl von 90.000 Bedarfsscheine ein Tropfen auf den heissen Stein. Von den registrierten 3.500 Einzelhandelsgeschäften sollen rund 1.200 zum Verkauf zugelassen werden. Wenn die Hälfte aller Bedarfsscheine in diesen Warschauer Geschäften abgegeben wird, so kann jedes Geschäft in den 7 Wochen durchschnittlich nur 37 Verkäufe gegen Bedarfsscheine tätigen, d.h. eine Textilware im Tagesdurchschnitt. Es besteht hier die Gefahr, dass die polnischen Kaufleute nicht

zuletzt aus Gründen der Selbsterhaltung die gesetzlichen Bestimmungen umgehen und dem Schleichhandel auch auf diesem Gebiete Tür und Tor geöffnet wird. Die inzwischen festgesetzten Textilpreise werden gutgeheissen. Sie legen einen Aufschlag von 30% auf den Friedenspreis zu Grunde und gestatten eine Handelsspanne von 25% bis 60%. Die Gefahr des Schleichhandels zu erhöhten Preisen wird ~~im~~ durch diese Regelung natürlich nicht beseitigt.

Auf dem Gebiete des Lederhandels sind die Schuhgeschäfte immer noch geschlossen. Der Verkauf von Schuhwaren soll erst dann wieder einsetzen, wenn auch auf diesem Gebiet eine Preisordnung ergangen ist. Die in Aussicht genommenen Preise sollen sich nach informatorischen Mitteilungen zwischen 12.-- bis 35.-- Zł. bewegen, je nach dem es sich um reine Lederschuhe oder um Schuhe mit Gummi- bzw. Holzsohlen handelt. Es muss darauf hingewiesen werden, dass diese Preise unter denen der Vorkriegszeit liegen würden, ein Ergebnis, das aus den bekannten Gründen vermieden werden muss. Es ist vorgesehen, bei der Lederzuteilung in erster Linie die handwerksmässig arbeitenden Schuhmacher zu berücksichtigen. Denn bei ihnen lagen früher 85% der Schuherzeugung gegenüber nur 15% der Industrie.

Die Kohlenezufuhren haben im April ihren bisherigen Höchststand erreicht. Der Umschlag in Warschau betrug:

Koks 11.389 to.

Kohlen 199.121 to.

Diese Mengen ermöglichten eine rasche Fortsetzung der schon begonnenen Vorratswirtschaft. Zahlreiche Behörden haben bereits ihren gesamten Winterbedarf eingelagert, während sich die lebenswichtigen Bäckereibetriebe schon mit Vorräten für 2 Wintermonate versorgen konnten.

Am 2. April wurde die Weichaschiffahrt wieder aufgenommen, nachdem die Weichsel bis dahin infolge Vereisung nicht schiffbar war. Die Grenzziehung in Norden hat allerdings zu einem starken Rückgang des Verkehrs geführt, der sich besonders bei der Personenschiffahrt auswirkt. Der Güterverkehr mit Städten wie Plock und Leslau ist in beschränktem Umfang wieder angelaufen.

Auf dem Gebiet des Bankwesens ist noch zu erwähnen, dass an der Einstellung einer Verzinsung sowohl für Alt- als auch für Neuguthaben mit Rücksicht auf die Kapitalverluste und die noch unzureichenden Anlage-

möglichkeiten der neuen Gelder festgehalten worden ist. Zum Ausgleich hierfür werden keine Verwaltungsgebühren für die Kontoführung erhoben. Im Rahmen der allgemeinen Kostensenkung bei den Kreditinstituten wurden die Tarifordnung für die Aktienbanken abgeändert und das Höchstgehalt auf Zł. 1.000 festgesetzt. Der Wertpapierhandel wird in beschränktem Umfang fortgesetzt. Er umfasst nur einige polnische Staatspapiere, Hypothekenpfandbriefe, die Aktien der Bank Polski und einige Industriewerte.

Die Abteilung Treuhaudaussenstelle hat Anfang Mai Gelegenheit gehabt, alle schwebenden Probleme mit dem Leiter der Treuhandstelle in Krakau, Min. Rat Plodeck, zu besprechen. Die schon seit längerer Zeit in Angriff genommene Ueberprüfung der treuhänderischen Verwaltungen wird in Zukunft erweitert werden, sobald die hierzu benötigten Revisoren eingetroffen sind. Grundsätzlich sollen keine neuen Treuhandschaften mehr eingerichtet werden. Z.Zt. stehen 207 Unternehmungen des gewerblichen Lebens und 40 Häuser unter treuhänderischer Verwaltung.

Das Ergebnis des bisher angemeldeten jüdischen Vermögens ist nicht befriedigend. Es lässt erkennen, dass erhebliche Vermögenswerte zweifellos nicht angemeldet worden sind und dass auch die angegebenen Vermögenspositionen zu erheblichen Zweifeln Anlass geben.

2. Verkehr und lebenswichtige Betriebe

Die Zahl der in Warschau verkehrenden Strassenbahnlinien konnte weiterhin vergrößert werden. Z.Zt. sind wieder 26 Linien in Betrieb mit einem Gesamtstreckennetz von 128 km. Besonderer Wert wurde darauf gelegt, dass auch die Vororte von Warschau wieder an das Strassenbahnnetz angeschlossen sind. Im Tagesdurchschnitt werden jetzt 590.000 Personen befördert, gegenüber nur 570.000 im Vorjahr. Die Rentabilität der Warschauer Strassenbahn ist zufriedenstellend. Die Einnahmen übersteigen erheblich die Betriebsunkosten.

Die Stromerzeugung des Elektrizitätswerkes hat weiterhin zugenommen. Sie beträgt gegenwärtig etwa 60% der Vorkriegsproduktion. Hervorzuheben ist die Inbetriebnahme der elektrischen Vorortbahnen, die von den Werken Warschau und Pruszkow mit Strom beliefert werden.

3. Arbeitslage

Die Ergebnisse in der Anwerbung landwirtschaftlicher Arbeiter für das Reich sind noch mehr zurückgegangen. Der innere Widerstand der Polen gegen II

die Verschickung ins Reich hielt in der Berichtszeit unvermindert an. Nachdem die Aktion nunmehr auf eine neue Grundlage gestellt worden ist und in Zukunft auch Polizei und Wehrmacht eingeschaltet werden, um den Erfassungsmassnahmen den ^{en}erforderlich/Nachdruck zu geben, ist wieder mit einer Zunahme der Transporte zu rechnen. Die auf Grund eingehender Besprechungen mit den Kraishauptleuten, den Leitern der Arbeitsämter und mit den SS- und Polizeiführern zur Anwendung gelangenden neuen Erfassungsmethoden haben auch bereits das erfreuliche Ergebnis gezeitigt, dass in den letzten Tagen die planmässig vorgesehenen Transporte in voller Besetzung und völlig programmgemäss zur Ausführung kommen konnten. Als besonders nachteilig hatten sich die Schwierigkeiten erwiesen, die polnischen Landarbeitern in Deutschland bei der Ueberweisung ihrer Lohnersparnisse gemacht wurden. So berichten zahlreiche Polen, dass sich deutsche Postanstalten weigerten, die Ueberweisung von Beträgen in das Generalgouvernement anzunehmen. Die geringe Zahl der bisherigen Einzahlungen - 3.744 von 200.000 Landarbeitern - scheint die Richtigkeit der Angaben zu bestätigen. Die Abteilung Arbeit hat das zur Beseitigung der Ueberweisungsschwierigkeiten Erforderliche veranlasst.

Bei den Arbeitsämtern liegen weiterhin Aufträge auf Stellung von 10.000 gewerblichen Arbeitern vor. Davon konnten bisher 2.583 Anträge positiv erledigt werden, wobei es sich um 2.000 Bauarbeiter und 583 Metallarbeiter handelt. Auch die Vermittlung von Arbeitsplätzen im hiesigen Distrikt hat Fortschritte gemacht. Insgesamt konnten 15.000 Stellen neu besetzt werden.

Die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen beträgt 47.600. Tatsächlich sind jedoch bedeutend mehr Arbeitslose vorhanden. Viele unterlassen die Meldung aus Furcht vor einer Verschickung ins Reich, andere wieder, weil sie beim Schleichhandel oder bei anderen dunklen Beschäftigungen z.Zt. mehr verdienen. In diesem Zusammenhang sei erwähnt, dass die einheimische Landwirtschaft auffallend hohe Löhne an Landarbeiter bezahlt. Der Tageslohn erreicht bisweilen Zł. 15.--. Die Kreise Siedlce und Sochaczew meldeten, dass diese Erscheinung zahlreiche Landarbeiter veranlasst habe, nicht ins Reich zu gehen.

Die Versuche, Juden als Landarbeiter im Distrikt unterzubringen, haben einen ~~Ab~~erasschend guten Erfolg gezeitigt. Die Mehrzahl der Betriebsführer ist mit den Juden recht zufrieden. Teilweise werden sogar jüdische Gesindekräfte polnischen Arbeitern vorgezogen. Auf diese Weise wird es vielleicht möglich sein, polnische Landarbeiter in verstärktem Umfang für das Reich freizumachen.

Grössere Schwierigkeiten bereitet nach wie vor das Lohnproblem. Um einen gerechten Ausgleich zwischen dem Einkommen und den hohen Lebenshaltungskosten zu schaffen, hat man versucht, für die Gefolgschaftsmit-

glieder der R-Betriebe Lebensmittel bereitzustellen. Die Notlage der Familien dieser Arbeiter ist in vielen Fällen sehr gross. Vereinzelt sind bereits Arbeiter infolge Hunger an ihrem Arbeitsplatz zusammengebrochen. Da aus dem hiesigen Distrikt der Lebensmittelbedarf für eine derartige Gefolgschaftsversorgung nicht gedeckt werden kann, wäre es ~~Ä~~Wünschenswert, wenn die Lebensmittel für diese wichtigen Betriebe aus dem Reich bezogen werden könnten.

Die Lage der Sozialversicherungskasse ist weiterhin befriedigend. Die Zahl der Versicherten ist weiterhin gestiegen und beträgt gegenwärtig 172.000. Die effektiven Beitragseinnahmen liegen zwischen 70% und 90% des Beitragssolls.

4. Ernährungslage

Zur Sicherstellung der Mehl- und Brotgetreideversorgung wurde den Lohn- und Umtauschmühlen eine Andienungspflicht von 20% des anfallenden Mehls auferlegt. Diese Massnahme musste getroffen werden, weil auf andere Weise die erforderlichen Mengen nicht beschafft werden konnten. Die festgesetzte tägliche Ration für die Versorgungsberechtigten beträgt:

für die arbeitende Bevölkerung	200 Gramm
für die nicht arbeitende arische Bevölkerung	150 Gramm
für die nicht arische Bevölkerung	100 Gramm.

Die Kartoffelversorgung leidet, wie schon erwähnt, unter den Transportschwierigkeiten. Der allgemeine Bedarf ist vorläufig noch nicht zu befriedigen. Auch musste die Versorgung mit Speisekartoffeln hinter die Sicherstellung des Bedarfs an Saatkartoffeln zurücktreten. Sehr gefördert wurde die Marmeladenerzeugung. Hier ist es gelungen, sogar die Versorgung der Stadt Warschau sicherzustellen: In allen Geschäften kann Marmelade zu den festgesetzten Preisen gekauft werden. Um in den Sommermonaten die anfallenden Obstmengen restlos verarbeiten zu können, wird vorgeschlagen, dass zwecks Herstellung von Marmelade vom Generalgouverneur eine Zuckerreserve gekauft wird, die von den Distrikten bei Bedarf abgerufen werden kann. Diese Massnahme wird zur Steigerung der Marmeladenproduktion und damit zur Ueberbrückung des zu erwartenden Fettmangels in den Wintermonaten beitragen.

In der Brauwirtschaft ist der Stammwürzegehalt des Bieres von 9%

auf 6% herabgesetzt worden. Die Gerste ist in den Brauereien sehr knapp, sodass der Bierverkauf an polnische Gastwirte untersagt werden musste. Zum Ausgleich ist die Erzeugung von Limonaden durch besondere Zuteilung von Industriezucker und Süsstoff gesteigert worden.

Die Frühjahrsbestellung ist im hiesigen Distrikt abgeschlossen. Der Bauer hat fast ausnahmslos sein Feld bestellt. Dies gilt auch für den Anbau von Hackfrüchten. Nur machen sich allerdings Bestrebungen bemerkbar, statt der geforderten Zuckerrüben Kartoffeln anzubauen. Offenbar versprachen sich die Bauern hiervon einen grösseren Nutzen. Unter Androhung von Strafmassnahmen ist es aber auch in diesen Fällen gelungen, das gewünschte Verhältnis im Anbau der Hackfrüchte durchzusetzen. Der Viehbestand ist bei Rindern auf 30% des Vorkriegsstandes zurückgegangen. Nachdem Zuchtrindvieh und Schweine aus dem Reichsgebiet eingeführt werden konnte, ist wieder mit einer langsamen Zunahme der Bestände zu rechnen.

Die hiesige Liegenschaftsverwaltung führt z.Zt. 32 Betriebe mit einer Gesamtfläche von 13.743 ha. Hierbei handelt es sich um 9 Staatsdomänen, 13 beschlagnahmte Privatbesitzungen, 9 Judenbetriebe und einen herrenlosen Betrieb. Ausserdem unterstehen der Liegenschaftsverwaltung noch weitere 18 Betriebe, die verpachtet worden sind. Z.Zt. finden eingehende Erhebungen über die Wirtschaftslage der einzelnen landwirtschaftlichen Besitzungen statt. Fast durchweg wird mit erheblichen Fehlbeträgen zu rechnen sein. Bei der Bewirtschaftung bereitete die grössten Schwierigkeiten die Frage der Saatgutbeschaffung. Gleichwohl ist es gelungen, den grössten Teil der Felder zu bestellen. In den übernommenen landwirtschaftlichen Besitzungen sind vier deutsche Betriebsleiter tätig. Die übrigen Betriebe werden von polnischen Betriebsleitern verwaltet.

5. Forstwirtschaft

Der Holzeinschlag konnte energisch gefördert werden. Die Abfuhr ist allerdings durch die Frühjahrsbestellung und die dadurch bedingte Inanspruchnahme der Pferde ins Stocken geraten und wird erst in einiger Zeit wieder völlig aufgenommen werden. Im Gebiet der Forstinspektion Ostrow und Wengrow kann der Holzeinschlag von den vorhandenen Sägewerken nicht bewältigt werden. Es ist geplant, den restlichen Teil zum Einschnitt im Reich auf dem Bug zu verflössen.

Die für die Betriebsübernahme von Sägewerken zugewiesenen deutschen

Firmen sind sämtlich wieder abgesprungen. Eine von hier aus vorgeschlagene Firma wurde von Krakau abgelehnt. Unter diesen ungeklärten Verhältnissen muss der Einschnitt für den Export naturgemäss leiden.

Die Waldarbeiten sind in vollem Gange, auch die Harz^{aus}nutzung geht vorwärts. In dieser Hinsicht werden allerdings Diebstähle von Harzgeräten, besonders von Töpfen, zu befürchten sein. Nach wie vor ist die Verpflegung und Bekleidung der polnischen Beamten und Waldarbeiter denkbar schlecht. Es müsste hier wenigstens ein kleiner Ausgleich durch eine Verbesserung in der Besoldung geschaffen werden.

Das für den hiesigen Distrikt bestimmte Forstschutzkommando ist mit zwei Zügen in Warschau und je einem Zug in Skierniewice und Sokolow eingetroffen und hat die vorbereiteten Quartiere bezogen. Zu einer ausreichenden Bewaffnung der polnischen Beamten werden noch 200 ^{oder} 300 Gewehre benötigt.

6. Verwaltung

Auf dem Gebiete der Justiz ist die feierliche Eröffnung der deutschen Gerichte am 11.4.1940 im Burgericht in Warschau hervorzuheben. Die Feierstunde erhielt durch die Anwesenheit und die Ansprache von Reichsminister Dr. Seyss-Inquart und Staatssekretär Dr. Freisler ihr besonderes Gepräge. Sie war zugleich ein Exignis von geschichtlicher Bedeutung, da seit 1807 nunmehr in Warschau zum erstenmal wieder deutsche Gerichte tätig sind.

Der Geschäftsgang der deutschen Gerichte hat während der Berichtszeit weiterhin zugenommen. Es gingen u.a. 42 Klagen, 15 Mahnsachen, 48 Rechts~~be~~hilfsersuchen und 12 Strafsachen ein. Bei dem deutschen Gericht Warschau fanden 8 Sitzungen, beim deutschen Obergericht 1 Sitzung statt.

Das polnische Gerichtswesen ist schon seit dem Vormonat in vollem Gange. Inzwischen wurde von den Beamten und Angestellten der polnischen Gerichte und der Staatsanwaltschaften die Abgabe einer Treue- und Gehorsamserklärung verlangt. Drei Beamte, nämlich ein Assessor, 1 Referendar und ein mittlerer Beamter haben die Erklärung verweigert. Gegen sie ist das Erforderliche veranlasst worden.

Die Reorganisation der Anwaltschaft fand ihren Abschluss in einer Anordnung des Distriktchefs, wonach ab 1.5.1940 nur noch diejenigen polnischen Advokaten ihren Anwaltsberuf ausüben dürfen, die sich im Besitz

einer vom Leiter der Abteilung Justiz unterzeichneten Bestätigungsurkunde befinden. Nach Abschluss aller Massnahmen ergibt sich nunmehr folgendes Bild:

Die frühere Zahl der Anwälte in der Stadt Warschau betrug	1.485
neu bestätigt wurden	500
als Juden wurden gestrichen	591
Antijüdisch versippte Anwälte <i>grundlos gestrichen</i>	74
den Zulassungsantrag haben nicht gestellt	267
wegen politischer Bedenken wurden nicht bestätigt	44
inzwischen verstorben sind	2
	<u>1.485.</u>

Nue zugelassen wurden 170 Anwälte, die vorwiegend aus den Kreisen der Richter, Staatsanwälte und Universitätsprofessoren kommen. Mit Einschluss der in den Kreisen bestätigten 48 Anwälte sind somit heute im hiesigen Distrikt insgesamt 718 Anwälte tätig.

Die ständige Beobachtung der Anwaltschaft ist aus politischen Gründen ausserordentlich wichtig. Es hat sich erneut gezeigt, wie stark gerade in den Warschauer Anwaltskreisen die politisierenden Elemente vertreten sind. Die Sicherheitspolizei hat eine Reihe von Anwälten verhaften lassen müssen, die sich an verbotenen Zusammenkünften und an Flugzettelpropaganda deutschfeindlichen Inhaltes beteiligt hatten.

Auf der anderen Seite konnte festgestellt werden, dass die Stimmung der polnischen Advokaten ausgesprochen antisemitisch ist. Bei einer durchaus objektiven Befragung sprachen sich von 718 Anwälten aus:

1. für den uneingeschränkten Ausschluss der Juden	579
2. gegen den Ausschluss der Juden	10
3. für prozentuale Beteiligung der Juden	89
4. Stimmenthaltungen	11
5. nicht befragt wurden	29.

Das Warschauer Sondergericht führte gegen 21 Personen 13 Hauptverhandlungen durch. Ein Angeklagter wurde zum Tode verurteilt. Ausserdem hat das Sondergericht 84 Strafbefehle erlassen.

◀ Aus der Arbeit der Abteilung Innere Verwaltung ist folgendes zu berichten.

Ein Ereignis von besonders hervorstechender Bedeutung war die Eröffnung der volksdeutschen Gemeinschaft am Vorabend des 20. April in

Krakau. Damit ist den deutschen Volkszugehörigen in Zukunft die Möglichkeit eines organisatorischen Zusammenschlusses gegeben, was zugleich für den Fall einer Umsiedlung der Volksdeutschen eine wesentliche Erleichterung der Arbeit der deutschen Dienststellen mit sich bringt. Zugleich wird sich hieraus die Notwendigkeit ergeben, einen Teil der bisherigen Arbeit des Referats " Deutsche Volksgruppe " auf die Bezirksverbandsleitung der volksdeutschen Gemeinschaft zu übertragen.

Die Kennkartenerfassung der Volksdeutschen ist im östlichen Teil des Distrikts nahezu abgeschlossen. Es wurde Wert darauf gelegt, die Kennkarten in feierlicher Form unter Beteiligung der Kreishauptmannschaften zu überreichen. Auch in der Berichtszeit fanden in den Landbezirken wieder zahlreiche Kundgebungen der Volksdeutschen statt, die dazu bestimmt waren, den politischen und volkstumsmässigen Zusammenhalt zu fördern.

An sozialen Massnahmen ist die feierliche Einweihung eines volksdeutschen Heimes in Warschau zu erwähnen, das den Namen " Albert Breyerhaus " trägt. Sehr schnell ist es bereits der Mittelpunkt des geselligen Lebens der Volksdeutschen geworden und hat zugleich auch auf die Reichsdeutschen eine starke Anziehungskraft ausgeübt. Die Versorgung der Volksdeutschen mit Lebensmittelkarten ist abgeschlossen. Im April konnten nicht weniger als 3.000 Karten ausgegeben werden. Ueber die Lage der fremden Volksgruppen unterrichtet eingehend der Abteilungsbericht.

Der Aufbau des deutschen Personenstandswesens ist im Distrikt Warschau abgeschlossen. Vom Amt des Generalgouverneurs wurden 3 hauptamtliche reichsdeutsche Standesbeamte zur Verfügung gestellt, die für die Stadt Warschau, den Kreis Warschau - Land und den Kreis Sochaczew eingesetzt wurden. Die Standesämter bei den übrigen Kreishauptleuten werden vorläufig von Beamten der deutschen Kreisverwaltungen geleitet und von den hauptamtlichen Standesbeamten betreut.

Von besonderer Bedeutung waren die Besprechungen zur Regelung der Grenze und des Grenzverkehrs gegenüber Ostpreussen. Gauleiter und Oberpräsident Koch machten den Vorschlag, den Kreis Ostrów an Ostpreussen anzugliedern und dafür den Weichselstreifen nördlich von Warschau und Sochaczew dem Generalgouvernement zu überlassen. Die Abteilung Innere Verwaltung nahm in einem ausführlichen Gutachten nach Anhören sämtlicher beteiligten Stellen dazu eingehend Stellung. Die Entscheidung über diesen Vorschlag liegt bei dem Generalgouverneur.

Auf dem Gebiete der Kommunalverwaltung sind sämtliche Dienststellen wieder in Gang. Der Haushaltsvoranschlag der Stadt Warschau sieht bei einer Gesamtsumme von 90.000.000 Zł. allein Fürsorgeausgaben und Ausgaben für Krankenhäuser in Höhe von Zł. 46.000.000 vor. Er ist zur Genehmigung eingereicht worden. Erwünscht wäre die alsbaldige Klärung der Frage, inwieweit die Schulden der früheren polnischen Selbstverwaltungskörperschaften auf die neu gebildeten Kreishauptmannschaften übergegangen sind und ob die Abteilung Innere Verwaltung oder die Abteilung Wirtschaft für die Bearbeitung der kommunalen Sparkassenangelegenheiten zuständig ist. Von der Abteilung Innere Verwaltung wird die Auffassung vertreten, dass sie nur als Aufsichtsorgan in Betracht komme.

Die vom Höheren SS- und Polizeiführer in Krakau angeordnete karteimässige Erfassung der jüdischen Bevölkerung zur Vorbereitung des geplanten Grosseinsatzes jüdischer Zwangsarbeiter ist nahezu zum Abschluss gebracht. Insgesamt wurden dabei 250.000 männliche Juden im arbeitspflichtigen Alter, getrennt nach einzelnen Berufen, karteimässig erfasst. Auch die Zulässigkeit der Befehlsgabe deutscher Dienststellen an die Judenräte fand eine Regelung. Danach sind sämtliche Anforderungen von jüdischen Zwangsarbeitern an die Kreis- bzw. Stadthauptleute zu richten. Besonders zahlreich waren die Anträge der Juden auf Benutzung der Eisenbahn. Derartige Bescheinigungen wurden jedoch nur in sehr geringem Umfang ausgestellt. Zur Bekämpfung der verschiedenen Seuchen, deren Herde fastausschliesslich im Judengetto liegen, ist inzwischen die Errichtung einer 2,20 m hohen Seuchenmauer zur Absperrung des Judengettos errichtet worden. Bei der Behandlung aller Judenangelegenheiten macht sich immer wieder der Mangel einer einheitlichen und klaren Bestimmung des Begriffs "Jude" fühlbar bemerkbar. Es wäre sehr erwünscht, wenn hierüber alsbald eine gesetzliche Regelung ergehen würde.

Die Passstelle hat in der Berichtszeit 2.000 Passierscheine und 300 Einreisegenehmigungen erteilt. Die Gebühreneinnahme beläuft sich auf Zł. 64.180. Von den Auswanderern sind 80 % Juden. Der Rest setzt sich aus polnischen Frauen und Kindern sowie nicht wehrdienstfähigen Männern zusammen.

Auf dem Gebiete des Schulwesens ist der weitere Ausbau des deutschen

Schulwesens hervorzuheben. In der Berichtszeit wurden wiederum mehrere deutsche Schulen eingeweiht, sodass die Gesamtzahl der deutschen Volksschulen die Zahl 38 erreicht hat. Damit dürfte der Distrikt Warschau an der Spitze aller Distrikte stehen. Zugleich wurden die ersten Vorarbeiten für die Errichtung einer deutschen Oberschule in Warschau in Angriff genommen. Mangel herrscht nach wie vor an deutschen Lehrkräften. Auch die Posten der Schulräte sind noch nicht vollzählig besetzt. Von 11 Kreisen sind noch die Stellen in 7 Kreisen offen.

Auf dem Gebiete des polnischen Schulwesens sind keine besonderen Ereignisse zu verzeichnen. Immer wieder wird der Versuch gemacht, das polnische Schulwesen in Gang zu bringen. Alle diesbezüglichen Anträge wurden jedoch abgelehnt. In diesem Zusammenhang muss auf die Gefahr aufmerksam gemacht werden, die von Seiten der arbeitslosen Lehrer und Lehrerinnen der früheren polnischen Oberschulen hier droht. Ihre Zahl ist besonders in Warschau sehr gross. Um eine unerwünschte Betätigung dieser Kreise der polnischen Intelligenz zu vermeiden, dürfte sich der Versuch einer Umschulung in andere Berufe empfehlen.

7. Umsiedlung

Die Abteilung Umsiedlung hat die Vorbereitung einer kommenden Aus-siedlung der deutschen Volkszugehörigen energisch fortgesetzt und die erforderlichen Erhebungen nach Wert und Zusammensetzung der deutschen Siedlergruppen angestellt. Die Volksdeutschen äusserten allgemein den Wunsch, aus der polnischen Umgebung möglichst bald herauszukommen. Dies empfiehlt sich nicht nur aus wirtschaftlichen, sondern auch aus biologischen Gründen. Denn in zahlreichen Siedlungsgruppen wurden starke Degenerationerscheinungen beobachtet, die auf allzu starke Inzucht zurückzuführen sind und eine Blutauffrischung empfehlen.

Die Rückführung der zu Unrecht Evakuierten hat allmählich begonnen. In dem Auffanglager befinden sich jedoch immer noch 1.500 angeblich zu Unrecht Evakuierte.

Die Abteilung Umsiedlung stellte ferner eingehende Nachforschungen darüber an, inwieweit der Distrikt in der Lage ist, weitere Polen und Juden aus den neuen Reichsgebieten aufzunehmen. Die Ergebnisse waren wenig günstig. Zahlreiche Orte sind derartig zerstört, dass eine Aufnahme von Menschen überhaupt nicht mehr möglich ist. Häufig leben 40, 50 und mehr Personen in Kellerräumen und unterirdischen Gängen. Bei diesen Erhebungen

hat sich erneut die Feststellung bestätigt, dass der Distrikt Warschau im Verhältnis zu allen übrigen Distrikten am meisten unter den Kriegseignissen gelitten hat und deswegen für die Aufnahme von weiteren Evakuierten-Transporten erst an letzter Stelle in Betracht kommen kann.

Auch die deutsch-russische Flüchtlingsaustauschaktion hat erhebliche Fortschritte gemacht. Die Besprechung und Verhandlungen mit der sowjet-russischen Hauptkommission unter Führung des Generalbevollmächtigten Jegnarow verliefen im besten Einvernehmen. Die ersten Flüchtlinge sind bereits aus dem sowjet-russischen Gebiet eingetroffen und konnten in ihre Heimatsorte entlassen werden. Zur Rückkehr in das russische Gebiet haben sich im hiesigen Distrikt etwa 1.000 Personen gemeldet. Auch aus Rumänien und Ungarn trafen mehrere Flüchtlingstransporte ein, die über Wien nach Warschau geleitet wurden. Die Sicherheitspolizei hat diese Flüchtlinge eingehend geprüft.

Immer wieder kommen volksdeutsche Rückwanderer einzeln oder in kleinen Gruppen aus dem sowjet-russischen Interessengebiet. Ihre Schilderungen geben ein erschütterndes Bild von den Verhältnissen in Sowjet-Rusland. Zahlreiche Familien werden nach Sibirien verschleppt. An der Grenze wollen die Familien starke Truppenzusammenziehungen beobachtet haben. Im Rahmen der deutsch-russischen Flüchtlingsaustauschaktion sind noch manche volksdeutschen Rückwanderer zu erfassen.

8. Sonstiges

Vom Herrn Generalgouverneur wurde die Herausgabe von 3 polnischen Zeitschriften und ihre Drucklegung in Warschau genehmigt. Es handelt sich um ein Wochenblatt, ein Magazin und eine Roman-Illustrierte. Ferner wurde die Planung eines Warschauer Theaters genehmigt, sowie die Einrichtung eines polnischen Operetten-Theaters, eines Revue-Theaters und mehrerer kleiner Luna-Parks.

Die Abteilung Volksaufklärung und Propaganda hat mit den Vorarbeiten für eine polnische Wochenschau begonnen. Es wurden hierbei auch Aufnahmen in Aussicht genommen, die für die Wochenschau im Reich in Frage kommen. Im letzten Bericht wurde auf den Vorteil von Lautsprecheranlagen hingewiesen. Es ist nunmehr gelungen, durch den Reichsautozug Deutschland das erforderliche Material freizubekommen. Die Arbeiten für die Aufstellung der Lautsprecher werden beschleunigt durchgeführt. Es sind für die Stadt Warschau 38 und für den Distrikt 14 Lautsprecher geplant, die an den verkehrs-

reichsten Stellen der Städte aufgebaut werden.

Erhebliche Schwierigkeiten bereitet immer noch die dauernde Ueberwachung des den Polen freigegebenen Musik- und Vortragswesens in den Kaffeehäusern und Vergnügungsstätten. Polizeikräfte können für diese Zwecke wegen anderweitiger Innanspruchnahme wenig herangezogen werden. Erst nach Eintreffen geeigneter Kräfte kann eine zuverlässige Ueberwachung auf diesem Gebiet gewährleistet werden.

Der 20. April und 1. Mai wurden im Distrikt der ersten Zeit entsprechend würdig und festlich gefeiert. Hervorzuheben ist eine Grosskundgebung der Volksdeutschen im Kino Roma in Warschau am Geburtstag des Führers, auf der gleichzeitig 1.000 Männer des volksdeutschen Selbstschutzes vereidigt wurden.

Die Lage auf dem Gebiete des Gesundheitswesens ist folgende. Die Fleckfiebererkrankungen haben bisher noch keinen deutlichen Rückgang verzeichnet. Die wöchentlichen Zugänge bewegten sich um etwa 100 Fälle. Die Zahl der Todesfälle beträgt 44. Der Typhus zeigte keine nennenswerte Ausbreitung. Neu zugeworren sind 106 Fälle, von denen 8 tödlich verliefen.

In Warschau konnte inzwischen das deutsche Krankenhaus eröffnet werden. Dagegen fehlt immer noch eine deutsche Apotheke. Es ist geplant, eine polnische Apotheke treuhänderisch zu übernehmen und für die deutschen Zwecke einzurichten.

Die Abteilung Bauwesen hat die Arbeiten zur Wiederherstellung der von deutschen Dienststellen benutzten Gebäude fortgesetzt. Das ehemalige Ministerratsgebäude konnte für Wohnzwecke der im Palais Brühl tätigen Beamten ausgebaut werden. Für die deutsche Sportgemeinschaft wird ein Wassersporthaus an der Weichsel hergerichtet.

Zur ergänzenden Information werden in der Anlage die Berichte folgender Abteilungen beigelegt:

- | | | |
|-----------------------|-------------------------------------|-----------------------------|
| ✓ 1. Preisüberwachung | ✓ 5. Innere Verwaltung | ✓ 9. Volksaufkl. u. Propag. |
| ✓ 2. Arbeit | ✓ 6. Schulwesen | ✓ 10. Gesundheitswesen |
| ✓ 3. Forsten | ✓ 7. Ernährung und Landwirtschaftl. | Bauwesen. |
| ✓ 4. Justiz | 8. Umsiedlung | |

14
Kausy

Der Chef des Distrikts Warschau
-Abteilung Justi-

Warschau, den 8. April 1940

Br. XVI. 2/8

G/H

An den
Herrn Chef des Amtes
in Hauuso.

Betrifft: Tätigkeitsbericht für MÄRZ 1940.

1. Aufbau der Abteilung.

In Aufbau der Abteilung ist während der Berichtszeit keine Änderung eingetreten.

II. Tätigkeit der Abteilung.

1/ Besichtigung.

An 13. und 14. März 1940 fand eine Besichtigung der Abteilung Justiz durch Herrn Min. Rat Wille und Herrn Oberstaatsanwalt Eber vom Amt des Generalgouverneurs für die besetzten polnischen Gebiete statt. Anlässlich dieses Besuches wurden alle schwebenden Angelegenheiten eingehend besprochen. Ebenso wurden die deutschen Gerichte, das Burggericht Warschau, die Warschauer Gefängnisse und das Strafregister besichtigt.

2./ Deutsche Gerichte.

- a/ Der Tätigkeitsbericht des Vorsitzenden des Sondergerichts liegt an.
- b/ Der Geschäftsgang der deutschen Gerichte hat im Monat März stark zugenommen. Bis zum Monatsende waren eingegangen:

- 29 Zivilklagen
- 1 Wechselklage
- 1 Aufgebotsache
- 1 2 Armenrechtsache
- 9 Strafsachen
- 2 Zwangsvollstreckungssachen
- 68 Rechtshilfeersuchen
- 4 Anträge auf Erlass eines Zahlungsbefehls.

Ferner wurden von den polnischen Gerichten 124 Strafsachen und Zivilsachen überwiesen, die vor der Bearbeitung noch übersetzt werden müssen.

Schliesslich wurden 2 Anträge auf Berichtigung des Standesamtsregisters entgegengenommen, eine Pflugesellschaft wurde eingeleitet und 1 Kirchenaustritt wurde zu Protokoll genommen.

Es haben auch bereits die ersten Sitzungen stattgefunden, und zwar 4 Sitzungen in Zivilsachen, 1 Sitzung in Strafsachen und 4 Verhandlungen in AR Sachen.

Mit Rücksicht auf diesen Geschäftsgang üben die im Monat Februar zur Abt. Wirtschaft und zur Personalabteilung abgeordneten Richter und Angestellten ihre Tätigkeit ausschliesslich bei den deutschen Gerichten aus.

3. Polnischen Gerichte.

Die Vorbereitungsarbeiten für die Neueröffnung des polnischen Appellationsgerichts sind bis Ende März beendet worden. Ich habe daher am 28.3.40 angeordnet, dass das Appellationsgericht seine Tätigkeit am 1.IV.40 aufnimmt. Als deutschen Aufsichtsrichter habe ich den Vorsitzenden des Deutschen Obergerichts Oberlandesgerichtsrat Kulohoff bestellt, als deutschen Aufsicht^{st.d.}anwalt den Leiter der Anklagebehörde bei Sondergericht Warschau, Herrn Staatsanwalt Dr. Peter.

Mit Aufnahme der Tätigkeit des Appellationsgerichtes üben nunmehr sämtliche polnischen Gerichte -- mit Ausnahme des früheren Obersten Gerichtshofs -- ihre Tätigkeit wieder aus.

4. Patentamt.

Am 16.III.1940 ist Senatspräsident Kühnast als Sonderbeauftragter des Herrn Generalgouverneurs für das Patentamt Warschau eingetroffen.

Damit ist der bisher der Abt. Justiz erteilt gewesene Auftrag, die Aufsicht über das Patentamt Warschau auszuüben, beendet.

Die Uebergabe der Akten an den Herrn Sonderbeauftragten ist ordnungsgemäss erfolgt.

5. Notare.

Die Reorganisation der in Warschau anlässlich gewesenen Notare ist beendet. Die Notariatskanzleien der nichtbeamteten Notare sind geschlossen worden.

Die Nachprüfung der 15 Notare, die ausserhalb der Stadt Warschau im Distrikt ihre Tätigkeit ausüben, hat ergeben, dass sämtliche Notare politisch zu keinem Bedenken Anlass geben. Dagegen hat sich bei 2 Notaren herausgestellt, dass sie keine abschliessende juristische Vorbildung besitzen, was in Ausnahmefällen nach polnischem Recht möglich war. Hinsichtlich dieser beiden Notare haben sich aber die zuständigen Stellen derartig günstig geäussert, dass gegen die weitere Ausübung von hier aus einstweilen nichts veranlasst werden soll.

Dagegen wird bei künftigen Notarernennungen ausnahmslos ein abgeschlossenes juristisches Studium als unerlässliche Voraussetzung verlangt werden.

6. Rechtsanwälte.

Bei der Nachprüfung der polnischen Rechtsanwälte hat sich erneut gezeigt, dass in den Kreisen der polnischen Advokatur sich die schärfsten Gegner des Deutschtums befinden.

Der bisherige Anwaltsbeirat hat einen Antrag der jüdischen Kultusgemeinde um Zulassung von jüdischen Rechtsanwälten dazu benutzt in einem längeren "Gutachten" auszuführen, dass der seitens der deutschen Behörde erfolgte Ausschluss der jüdischen Anwälte rechtlich unzulässig sei.

Wegen dieses Angriffs auf die Massnahmen der deutschen Behörden ist sofort das Erforderliche veranlasst worden.

Bei der kürzlich vom SD vorgenommenen Verhaftung von polnischen Intelligenzkreisen, sind auch zahlreiche Anwälte verhaftet worden.

gez. Brühm

B 5 a 164

Der Regierungspräsident

Hohensalza, den 8. Juli 1941

L a g e b e r i c h t

I. Allgemeine Lage.

A.) Politische Gesamtbeurteilung.

1.) Stimmung der Bevölkerung:

Der Gegenschlag des Führers am 22. Juni 1941 hat offensichtlich eine Beruhigung unter der deutschen Bevölkerung hervorgerufen. Eine Unruhe über erhöhte Luftgefährdung durch russische Flugzeuge ist nicht entstanden. Die Tatsache, daß fast sämtliche europäischen Staaten sich zu dem Gemeinschaftskampf gegen Sowjetrußland zusammengeschlossen haben, wird mir besonderer Genugtuung festgestellt. Der Krieg gegen Rußland beherrscht das gesamte politische Geschehen der Öffentlichkeit.

Die ukrainische Volksgruppe hofft aus Anlaß des russischen Krieges auf die baldige Wiederherstellung eines selbstständigen ukrainischen Staates und hat u.a. auch mir gegenüber am 23. Juni 1941 eine Ergebniserklärung abgegeben, in der sich beide Organisationen der Volksgruppe der Uno und auch die Promada, zu jedem Opfer und jeder Mitarbeit bei der Niederringung des Bolschewismus bereit erklären.

Während über den Fall Heß im allgemeinen nicht mehr gesprochen wird, taucht jedoch verschiedentlich die Frage auf, ob die Bilder und die Schriften des Stellvertreters des Führers zu entfernen und ob die nach ihm benannten Straßen und Plätze umzubenennen sind.

Inverständlich erscheint es, daß Wehrmachtsangehörige bei Verstößen gegen die Kriegswirtschaftsverordnung straffrei ausgehen. Im Kreis Mogilno haben Wehrmachtsangehörige Schweine aufgekauft und angegeben, daß sie dieses Fleisch zu Wurst verarbeiten wollten, um es an die Soldaten ihrer Truppe als Marketenderware zu verkaufen. Sie hatten Ausweise, nach denen sie berechtigt waren, für die Truppe

Waren aufzukaufen, nicht der Schweine zur Schlachtung zu kaufen. Sie gaben an, vor ihrem Kommandeur mündlich beauftragt worden zu sein, Fleischwaren aufzukaufen. Die zuständige Heeresdienststelle hat dem Oberstaatsanwalt in Hohen- salza mitgeteilt, daß das Verfahren gegen die Soldaten ein- gestellt worden sei. Wenn auch die Truppe (Weidpost-Nr. 14777) inzwischen aus dem Kreise Mogilno fortgekommen ist, so ist doch die Einstellung der Wehrmacht von grundsätzlichen Interesse.

I.A.2.) Volkstumsangelegenheiten.

Die Fortführung der Statistik über die Zusammensetzung der Bevölkerung ergibt in der Zeit vom 1. 1. 41 bis 1.4.41 eine geringe Abnahme der Gesamtbevölkerung des Regierungs- bezirks von 1.155.243 auf 1.134.703 Einwohner. Die Zahl der Deutschen hat sich in diesem Zeitraum von 173.492 = 15,02 %, auf 179.227 = 15,79 % der Gesamtbevölkerung vermehrt, während die Zahl der Polen im gleichen Zeitraum sich von 940.028 = 81,37 % verringert hat. Auch die Zahl der Juden hat gegenüber 38.734 = 3,35 % der Gesamtbevölkerung sich auf 31.731 = 2,8 % der Be- völkerung verringert. Die größte Zahl der Deutschen weist der Landkreis Altburgund (Schubin) mit 11.162 = 25 % der Ge- samtbevölkerung von 44.648 Einwohnern auf (gegenüber 10.851 Deutschen = 24,4 % der Gesamteinwohnerzahl von 44.430 am 1.1. 41). Den geringsten Vorkundertsatz der Deutschen weist der Kreis Konin mit 22.236 = 11,98 % der Gesamteinwohnerzahl von 185.531 auf (gegenüber 21.917 Deutschen = 11,5 % der Gesamteinwohner- zahl von 190.698). In der kreisfreien Stadt Hohenalza beläuft sich die Einwohnerzahl der Deutschen auf 12,85 % der Gesamt- einwohnerzahl (gegenüber 17,1 % am 1.1.41), in Gnesen auf 18,6 % (gegenüber 17,1 % am 1.1.41) und in Leslau auf 14,87 % (gegenüber 14,2 % am 1.1.41).

Ein weiterer Zugang der deutschen Bevölkerung ist zahlen- mäßig durch die Überprüfung im Volkslistenverfahren zu erwar- ten. Unter den einwandfrei deutschen Teilen der Volksdeutschen ist eine gewisse Unruhe dadurch eingetreten, daß ihnen nicht

† auf 920.457 = 81,12 %

die Bedeutung der Eintragung in die Abteilung 3 und 4 der Deutschen Volksliste (DVL.) genügend bekannt ist. Man nimmt in zahlreichen Kreisen an, daß die Eintragung in Abteilung 3 und 4 die volle Anerkennung der eingetragenen Volksdeutschen in jeder Hinsicht bedeutet. Es ist daher notwendig, in dieser Richtung weiterhin eine allgemeine Aufklärung durchzuführen.

Aus dem gleichen Grunde erscheint es erforderlich, daß die Auswirkungen der Eintragung in die Abteilung 3 der DVL., durch den Herrn Reichsminister des Innern baldigst geklärt werden. Die Unsicherheit über die Lage der Angehörigen der Abteilung 3 in politischer, wirtschaftlicher, sozialrechtlicher und privatrechtlicher Hinsicht ist nicht geeignet, die völlige Rückführung der Angehörigen dieser Gruppe zum Deutschen zu fördern, sondern kann im Gegenteil dazu führen, daß diese Volksdeutschen in das Lager der Polen zurückgezwängt werden. Die Unsicherheit wird weiter dadurch vergrößert, daß über die Mischehen bisher keine klaren Vorschriften herausgekommen sind und daß auch über die Durchführung des Einbürgerungsverfahrens und die Voraussetzungen dieses Verfahrens hinsichtlich der Abteilung 3 und 4 noch nichts bekannt ist. Die Frage der Umsiedlung der in Abteilung 3 und 4 aufgenommenen Personen in das Altreich ist ebenfalls außerordentlich dringlich. Hierbei sind bereits in einigen Kreisen Meinungsverschiedenheiten zwischen Arbeitsamt und Zweigstelle der DVL. aufgetaucht, weil das Arbeitsamt die Überweisung in das Altreich ablehnt.

Ebenfalls ist es dringend erforderlich, daß durch den Herrn Reichsstatthalter eine Klärung der Frage erfolgt, ob in Zukunft nur die Angehörigen der Abt. 1 berechtigt sind, das Erinnerungsschildchen der DVL. (blaues Volkstumsabzeichen) zu tragen. Ich vertrete den Standpunkt, daß auf Grund des Erlasses des Herrn Reichsministers des Innern vom 13.5.41 - I e 5125/41 5000 Oct (betreffend Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch ehemals polnische und Danziger Staatsangehörige) ein Unterschied zwischen den Angehörigen der Abt. 1 und 2 auch hinsichtlich der Berechtigung zum

tragen des Volkstumsabzeichens keinesfalls gemacht werden darf. Auch ist jede Kennzeichnung der neuen blauen Ausweise unzulässig, die erkennen läßt, ob der Inhaber in der Abt. 1 oder 2 eingetragen ist. Ich habe hierzu bereits unter d. 19. Mai 1941 - I Volk - gesondert berichtet.

Die Art und Weise, wie die Frage der Namensänderung in den eingegliederten Ostgebieten behandelt wird, läßt in der Öffentlichkeit Zweifel an der einheitlichen Ausrichtung der deutschen Verwaltung aufkommen. Wie ich bereits in einem Sonderbericht an den Herrn Reichstatthalter vom 12.6.1941 - I Stand 141/26 - ausgeführt habe, ist durch Erlass des Herrn Reichstatthalters vom 18.7.1940 - I/6 113/5-5 - darauf hingewiesen worden, daß die durch Runderlaß des Herrn Reichministers des Innern vom 20.10.1939 - I/d 58/39 - 5501 gen. - veröffentlicht im RBlIV. Seite 2182 - verfügte Sperrung der Bearbeitung von Namensänderungsanträgen nach wie vor besteht. Ich habe daher auch sämtliche bei mir eingegangenen Namensänderungsanträge unter entsprechender Bescheidung der Antragsteller unbearbeitet gelassen. Ich habe in dem Bericht zum Ausdruck gebracht, daß der Regierungspräsident und der Oberbürgermeister in Bromberg gleichwohl Genehmigungen von Namensänderungen auch weiterhin erteilen. Der Regierungspräsident in Bromberg teilte mir auf ^{Antrag} mit, daß die Bearbeitung der Namensänderungsanträge im Reichsgau Danzig/Westpreußen auf Grund einer Verordnung des Militärbefehlshabers Danzig/Westpreußen vom 23.10.1939 und eines Erlasses des Reichstatthalters Danzig/Westpr. erfolgt. Der Erlass sei damit begründet, daß der Runderlaß des Herrn Reichministers des Innern vom 20.10.1939 für den Reichsgau Danzig/Westpr. keine Gültigkeit habe, da die beschleunigte Durchführung der Namensänderungen im Interesse der Bindeentscheidung des Gausgebietes liege. Ich habe den Herrn Reichstatthalter um Weisung gebeten, wie die Standesbeamten im Reg.-Bez. Hohensalze bei Ersuchen der Behörden des Reichsgaus Danzig/Westpr. auf Änderung der Namen in den Personenstandsregistern verfahren sollen.

Die unterschiedliche Behandlung der Namensänderungsanträge in den beiden benachbarten Gauen ist nicht länger vertret-

bar. Die Gründe, die der Reichsstatthalter Danzig/Westpr. für die Bearbeitung der Anträge anführt, gelten an sich auch für den Reichsgau Wartheland. Andererseits halte ich die Bearbeitung von Namensänderungsanträgen keineswegs für kriegswichtig und bei dem unzulänglichen Personalbestand, der schon zur Erledigung der bisherigen Aufgaben nicht ausreicht, für nicht vertretbar. Es muß darauf gedrungen werden, daß der Erlass der Ministers auch im Gau Danzig/Westpr. beachtet wird, damit dieser nicht gegebenenfalls einen nicht gerechtfertigten volkstumspolitischen Vorsprung vor dem Gau Wartheland erhält.

Leider muß immer wieder festgestellt werden, daß sich die Fälle, in denen Deutsche und Polen persönlich in nähere Verbindung treten, keineswegs vermindern; insbesondere kommen fortlaufend Fälle des Geschlechtsverkehrs zwischen Deutschen und Polen vor. Hierbei ist erwähnenswert, daß die auf diesem Gebiet festgenommenen Volks- und Reichsdeutschen sich darauf berufen, gegen Wehrmachtangehörige, die in gleicher Weise sich vergehen, werde nicht eingeschritten, während alle anderen Personen mit den schärfsten staatspolitischen Maßnahmen belangt werden. Diese ungleiche Behandlung wird allgemein volkspolitisch nicht verstanden und als ungerecht angesehen. Auch über einen allgemeinen persönlichen und engen Verkehr zwischen Volksdeutschen und insbesondere Umsiedlern einerseits und Polen andererseits wird immer wieder berichtet. Es bedarf ununterbrochener Aufklärung, daß die deutsche Bevölkerung unbedingt die erforderliche Zurückhaltung gegenüber dem Polentum beweist.

Demgegenüber beteiligt sich die deutsche Bevölkerung aller Volksgruppenrege an der Aufbauarbeit, insbesondere auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet. Die verschiedenen Kreise der Rückwanderer, der Volksdeutschen und der Reichsdeutschen wachsen immer mehr zusammen. Bei den Rückwanderern aus den russischen Gebieten ist jedoch noch wie vor intensive Aufklärung in politischer Hinsicht erforderlich. Wie primitiv diese Kreise zum Teil noch denken, beweisen Fälle aus meinem Bezirk, in denen Umsiedler nach Bekanntwerden des Falles

Heß zu ihren Blockleitern gelaufen kamen und weinend klagten, daß sie jetzt wieder flüchten müßten, weil die Regierung schon nach England gehe.

Besondere Unruhe hat seit einigen Wochen eine fliegende Kommission des SS-Arbeitsstabes Hohensalza hervorgerufen, die eine Untersuchung der volkdeutschen Bevölkerung auf völkische Wertung, d.h. in gesundheitlicher Hinsicht und zur Beurteilung des Lebenswertes, durchführte. Die Arbeit dieser Kommission beruht auf einem nicht veröffentlichten Grundbefehl Nr. 25 der SS-Ansiedlungsstelle Litzmannstadt und Posen an die Führer der SS-Arbeitsstäbe im Warthegebiet vom 29.1.41, betreffend Befriedigung des dringendsten Landbedarfes der altansässigen Deutschen. Mit Recht weist die Bevölkerung darauf hin, daß an die bürgerliche Bevölkerung des Altreiches sowie der rückgesiedelten Gebiete niemals dieser strenge Maßstab angelegt wurde wie gerade an die Volksdeutschen, die ihren völkischen Wert und ihre Widerstandskraft durch das Aushalten während der polnischen Herrschaft unter Beweis gestellt hat. Ein approbierter Arzt mit entsprechender Vorbildung nimmt an der Untersuchung nicht teil, sie wird nur von Medizinstudenten durchgeführt. Auch eine Mitwirkung des staatl. Gesundheitsamtes ist nicht vorgesehen, ebenso sind die beteiligten Dienststellen, wie Kreisleitung, Landratsamt, die Kreisbauernschaft und das Kulturred, nur flüchtig unterrichtet. - Auch im übrigen werden Klagen über die Arbeit des SS-Arbeitsstabes laut. Der Landrat des Kreises Hohensalza berichtet mir hierüber folgendes:

"Das Kulturred Hohensalza, das mit der Federführung bei den Maßnahmen zur Befriedigung des dringendsten Landbedarfes der alteingesessenen Volksdeutschen beauftragt wurde, hat bereits zahlreiche Termine abgehalten, bei denen außer dem SS-Arbeitsstab, der fast nie zugegen war, sämtliche in Frage kommenden Dienststellen vertreten waren. Die Angehörigen des SS-Arbeitsstabes entschuldigten sich stets mit ihrer Überlastung durch die Untersuchung der volkdeutschen Bevölkerung. Die Richtlinien (Grundbefehl Nr. 25) sehen unter Punkt 7 vor, daß nach der Untersuchung durch eine Kommission die

7

Hofzuweisung stattfinden soll, bei der Vertreter aller maßgebenden Dienststellen anwesend sein sollen. Hierbei soll die theoretische Hofzuweisung erfolgen. Bei Durchführung dieser Richtlinien würde also das Verfahren, welches das Kulturreich bereits durchgeführt hat, nochmals wieder aufgenommen werden und dieses Mal unter Leitung der Männer des SS-Arbeitsstabes, die nach meinen Feststellungen, wenigstens im Kreise Hohensalza, nicht über die notwendigen fachlichen Kenntnisse verfügen. Mir ist bekannt, daß seitens der Leiter einer anderen Behörde bereits der Antrag auf Ablösung des Leiters des SS-Arbeitsstabes gestellt ist. Ich selbst beabsichtige, in diesem Sinne mit dem Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums in Verbindung zu treten. Wie diese Dienststelle gegen unsere bisher verfügbaren Maßnahmen eingestellt ist, ergibt sich aus einem Schreiben des Reichsstatthalters, Beauftragter des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums, vom 6.6.1941 Tgb. Nr. I/L 8595-13487/41 - an den Herrn Oberbürgermeister in Hohensalza, in welchem eine Anfrage wegen Rechtszahlung des Umsiedlers Jakob Geislinger in Thieringen wie folgt beantwortet wird:

"In obiger Angelegenheit wird mir mitgeteilt, daß Geislinger seinerzeit nicht durch den Ansiedlungsstab des Reichsführers SS, Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums, angesiedelt worden ist, sondern von der Kreisbauernschaft Hohensalza. Er hat bei der Ansiedlung nach Ansicht des zuständigen Ansiedlungsstabes auch Kenntnis davon gehabt, daß es sich bei dem Hof teilweise um Pachtland handelte. Im übrigen sind die Verhältnisse in Hohensalza noch sehr unklar, da dort, wie bereits ausgeführt wurde, vor Erscheinen des Arbeitsstabes der Landrat und die Kreisbauernschaft selbst angesiedelt haben. Eine endgültige Bereinigung der Angelegenheit kann daher noch nicht erfolgen. Meines Erachtens erledigt sich die Angelegenheit dadurch auch zu Ihrer Zufriedenheit, daß der Umsiedler Geislinger gewillt ist, die Pacht zu zahlen.

Im Auftrage: ger. Berns"
(Rechtsanwalt Berns)

Abgesehen davon, daß weder von mir noch von der Kreisbauernschaft jemals ein Volldeutscher angesiedelt oder angesiedelt worden ist, habe ich festgestellt, daß der Umsiedler Jakob Geislinger durch den SS-Arbeitsstab für Radziejow eingesetzt wurde, der vor Einsatz des SS-Arbeits-

staben Iohensalza für meinen Kreis mit zuständig war. Mir ist nicht verständlich, wie von vorgesetzter Stelle mit derartigen offensichtlich unrichtigen Angaben gegen die einwandfreie und vorbildliche Arbeit der hiesigen Dienststellen Stellung genommen wird."

I. A. 3.) Verhalten der Polen und Juden:

Es ist auch weiterhin eine Versteifung des Polentums in seiner Einstellung gegenüber dem Deutschtum festzustellen, insbesondere ist eine anhaltende Arbeitsunlust der in den deutschen Betrieben beschäftigten Personen zu beobachten. Die Arbeitsleistung lässt nach fast allen Berichten überall merklich nach, obwohl die Arbeitsbedingungen heute besser sind als in polnischer Zeit. Es ist daher notwendig, in dieser Richtung den Arbeitslohn bei schlechter Arbeitsleistung zu beschneiden. Der Pole scheint genau zu wissen, dass seine Arbeit immer unentbehrlicher wird. Es ist ihm auch schon bekannt geworden, dass er, wenn er aus irgendeinem Grunde, sei es Faulheit oder Aufsässigkeit, aus seiner Stellung fristlos entlassen wird, im allgemeinen schnell eine neue Anstellung erhält.

Die Teilnahme an Beerdigungen nimmt stark zu, es scheint so, als ob es sich um stille Demonstrationen handelt. Der Aufwand, der von den Polen, insbesondere der Weiblichkeit, in Haar- und Hutmoden getrieben wird, ist sehr stark. Es scheint sich hierbei die im allgemeinen gegenüber der polnischen Zeit gehobene Verdienstmöglichkeit der Polen auszuwirken. Auch kann angenommen werden, dass es den Polen möglich ist, auf Umwegen, etwa mit Unterstützung des meist polnischen Verkaufspersonal, sich zu versorgen. Darüber hinaus hat in den letzten Wochen die polnische Bevölkerung alles aufgekauft, was irgendwie erreichbar ist, während es den deutschen Hausfrauen oft nicht möglich ist, auf Kleiderkarte die notwendigen Stoffe zu erhalten. Die Geschäfte sind sämtlich überfüllt gewesen. Es bestand unter der polnischen Bevölkerung das Gerücht, dass die Kleiderkarte nur bis zu einem bestimmten Zeitpunkt Gültigkeit haben sollte. Manufakturwaren sind fast nicht mehr zu erhalten.

Die Aktion gegen die illegale polnische Organisation "Kujawski Związek Polityczno Literacki" (Kujawischer Verband politischer Literaten) hat zu einer Festnahme von insgesamt 170 Personen geführt (vgl. Lagebericht vom 18.4.41, Seite 3, Ziff. I, 2 b). Die Aktion kann nach den Feststellungen der Geheimen Staatspolizei als abgeschlossen gelten.

In der Berichtszeit wurden 6 polnische Kriegsgefangene entlassen; der Grund der Entlassung ist nicht bekannt.

I. A. 4.) Kirchliche Angelegenheiten.

Die polnischen katholischen Kirchen werden nach wie vor sehr stark besucht. Eine Beeinflussung durch die polnischen Geistlichen gegen das Deutschtum scheint nach wie vor zu erfolgen. Es wird berichtet, dass gerade dort, wo noch polnische katholische Geistliche vorhanden sind, die Aufsassigkeiten gegen das Deutschtum am stärksten ist.

In einzelnen Kreisen besteht für deutsche Katholische keine Möglichkeit, Gottesdienste zu besuchen.

Die volksdeutsche Bevölkerung und auch die Umsiedler halten zum grossen Teil fest zur deutsch-evangelischen Kirche und verstehen nicht, aus welchem Grunde die deutsch-evangelische Kirche, die in der polnischen Zeit ein Hauptträger des völkischen Widerstandswillens war, gegenüber der Kirche in Altreich und vor allem auch gegenüber der Zeit der polnischen Herrschaft in ihrer Stellung geswächt wird. Der Besuch der evangelischen Kirche, nicht nur durch Ältere Leute, hat zugenommen. Alle Fragen, die "ihre Kirche" angeht, werden mit grösstem Interesse verfolgt. In diesem Zusammenhange verweise ich auch auf meinen Lagebericht vom 18. April 1941 unter I 2a am Ende (S.3), in dem ich auf die tiefe Niedergeschlagenheit der Volksdeutschen und Umsiedler über die Abschaffung des Karfreitags als staatlich anerkanntem Feiertag hingewiesen habe. Die Enttäuschung darüber, dass derartige schwerwiegende Massnahmen ohne Berücksichtigung der volksdeutschen Einstellung getroffen werden, besteht nach wie vor.

I. B. Verwaltungsangelegenheiten.

1.) Organisation und Aufbau der Verwaltung.

Die Organisation und der Aufbau der Verwaltung werden wesentlich dadurch erschwert, dass es trotz aller Bemühungen bisher nicht gelungen ist, die erforderlichen Fachkräfte zu erlangen. Besonders gross ist bei meiner Behörde und bei den nachgeordneten Behörden der Mangel an gehobenen Beamten und an fachlich geeigneten Angestellten und Stenotypistinnen. Die Personalschwierigkeiten bei den Landräten haben sich durch die Einführung der Lebensmittelkarten noch erhöht, zumal auch nur leidlich brauchbare Hilfskräfte kaum noch zu haben sind. Immer wieder muss auch betont werden, dass die Einstellung von geeigneten Kräften von Monat zu Monat dadurch schwieriger wird, dass viele öffentlich rechtliche Körperschaften und Parteidienststellen, sowie die freie Wirtschaft höhere Gehälter zahlen. Es ist unbedingt erforderlich, dass Massnahmen getroffen werden, die diesen Mangel beseitigen, wenn nicht der schon jetzt kaum zu verantwortende Hundertsatz an nicht geeigneten Kräften weiterhin anschwellen soll.

Da infolge der in den besetzten russischen Gebieten erwachsenden neuen Verwaltungsaufgaben und dem damit verbundenen Personalbedarf mit der Zuweisung von Fachkräften in den eingegliederten Ostgebieten kaum noch gerechnet werden kann, muss unbedingt dafür Sorge getragen werden, dass den unteren Verwaltungsbehörden nunmehr keine neuen Auftragsgebiete mehr übertragen werden. Wenn der Aufbau der Verwaltung in den eingegliederten Ostgebieten gesichert bleiben soll, wird vielmehr in weiten Umfange dazu übergegangen werden müssen, sämtliche Arbeiten, deren Durchführung zwar erwünscht wäre, aber nicht lebensnotwendig ist, bis nach Beendigung des Krieges zurückzustellen.

Die geradezu katastrophalen Wohnungsverhältnisse bringen es mit sich, dass die neu hinzukommenden Beamten und Angestellten weder ein Hotelzimmer noch ein möbliertes Zimmer auftreiben können; sie sind gezwungen, längere Zeit in Zim-

men zu wohnen, denen jede Ausstattung fehlt. Ausserdem häufen sich die Klagen, dass Beamte und Angestellte in völlig verwanzten oder unsauberen Zimmern wohnen müssen. Dass die Einsatzfreudigkeit und die Stimmung der so schlecht untergebrachten Gefolgschaftsmitglieder erheblich beeinträchtigt werden, ist um so mehr zu bedauern, als gerade der Aufbau besonders einsatzfreudige Arbeitskräfte erfordert. Unvertretbar ist vor allem der Umstand, dass Angestellte, die in teuren Hotels wohnen müssen, eine Trennungentschädigung von nur 3,75 RM erhalten. Diese Angestellten sind der Verschuldung preisgegeben, wenn die Trennungentschädigung nicht wenigstens auf 5,- RM erhöht wird.

I. B. 2.) Kommunalangelegenheiten einschliesslich Gemeindefinanzen.

Im Regierungsbezirk ist die Einführung der Kreisumlage im Rechnungsjahr 1941 angeordnet worden. Ein Rechnungsausschuss für die Kreisumlage wie im Altreich konnte nicht gegeben werden, da die Grundsteuer- und Gewerbesteuerneßbeträge in den Kreisen noch nicht bekannt sind und die Finanzämter auch noch keine bindende Auskunft erteilen können. Die Landräte haben deshalb der Berechnung der Kreisumlage das gesamte Steueraufkommen zugrunde gelegt. In fast allen Kreisen ist als Kreisumlage ein Satz von 60 v.H. vorgesehen worden. Die Wegnahme von 60 v.H. des gesamten Steueraufkommens bedeutet eine sehr starke Beschneidung der Initiative der Gemeinden. Diese werden infolgedessen in vielen Fällen ihre Haushaltspläne ohne wesentliche Zuschüsse nicht ausgleichen können. Da ich infolge stärkerer Zurückbehaltung von Reserven für Sondermassnahmen die Sichsfinanzzuweisungen nicht in der gleichen Höhe wie im Vorjahre zuweisen kann, wird den Landkreisen die Bereitstellung der zum Ausgleich der Gemeindehaushaltspläne erforderlichen Mittel kaum möglich sein. Ich beabsichtige deshalb nicht, die Kreisumlage in der von den Landräten vorgeschlagenen Höhe zu genehmigen. Eine starke Kürzung wird allerdings ebenfalls nicht möglich sein, da dann die Haushaltspläne der Kreise nicht ausgeglichen werden können. Falls in dieser Frage, die in den einzelnen Regierungsbezirken des Gaues verschieden beurteilt wird,

eine Initiative des Herrn Reichsstatthalter geplant ist, müsste diese umgehend erfolgen. Die Belastungen der Kreise sind in der Zwischenzeit nicht geringer geworden. Besonders unangenehm machen sich nach wie vor die hohen Fürsorgelasten bemerkbar. Durch die starken Abziehungen der arbeitsfähigen Polen ins Altreich steigen die Fürsorgeleistungen ständig. Zunächst brachten die Evakuierungen starke Fürsorgelasten dadurch, dass man die arbeitsfähigen Leute wegbrachte, die Kranken, Alten und Gebrechlichen aber zurückliess, die sodann der Fürsorge zur Last fielen. Dann mussten die Frauen kriegsgefangener Polen ständig unterstützt werden, obwohl die Kriegsgefangenen im Altreich in fast allen Fällen in ein Arbeitsverhältnis überführt waren und zunächst zur Unterstützung ihrer Familien verpflichtet gewesen wären. Und schliesslich folgte die ständige Abziehung von Arbeitskräften ins Altreich, deren Angehörige ohne Versorgung zurückblieben und von der öffentlichen Fürsorge unterstützt werden mussten. Dadurch sind den Kreisen und Gemeinden ganz erhebliche Lasten erwachsen. Wenn z.B. die Kreisstadt Eichenbrück (Wongrowitz) heute an öffentlicher Fürsorge monatlich 12.000,- RM ausschütten muss, so bedeutet dies für eine Stadt von rund 9 000 Einwohnern eine ungeheure Summe. Dies umso mehr, wenn man berücksichtigt, dass das gesamte jährliche Steueraufkommen der gleichen Stadt nur rund 200.000,- RM ausmacht.

Wie ich bereits ausführte, beruht ein sehr grosser Teil der Fürsorgelasten auf der Abziehung der Arbeitskräfte ins Altreich und nur auf der Notwendigkeit der Unterstützung von Angehörigen der im Altreich/tätigen polnischen Kriegsgefangenen. Es erscheint mir ungerechtfertigt, dass gerade in diesen Fällen in denen das Altreich von dem Ernährer der hier verbliebenen polnischen Angehörigen einen besonderen Vorteil hat, die hiesigen Kreise und Gemeinden allein die Lasten tragen sollen. Für diese Fürsorgelasten müsste das Reich unbedingt einen besonderen Ausgleich gewähren und dadurch die Haushalte erheblich entlasten.

Dies wäre auch um deswillen wünschenswert, weil die Kreise und Gemeinden durch die ständig wachsenden Personalkosten bereits übermässig stark belastet sind; z.B. hat die oben-

genannte Kreisstadt Eichenbrück (Wongrowitz) einen jährlichen Personalaufwand von 290.000,- RM; dieser ist somit um 90.000,- RM höher, als das gesamte Steueraufkommen der Stadt.

Eine Kürzung der Finanzzuweisungen im Rechnungsjahr 1941 die bereits einmal mündlich angedeutet wurde, würde die Einstellung aller Aufbaumassnahmen bedeuten. Voraussichtlich werden die hohen Personal- und Fürsorgelasten bereits schon den grössten Teil der Reichsfinanzzuweisungen erfordern.

I. B. 3.) Polizeiallegenheiten:

Bei der Tätigkeit von Gendarmerie und Ordnungspolizei stand die Bekämpfung des Polentums im Vordergrund, soweit dieses sich gegen deutsche Massnahmen auflehnte. Am 10. Juni 1941. wurde im Kreise Gostynin ein Gendarmerie-Hauptwachtmeister (Eller) von Polen ermordet. Am Tatort wurde ein Paket mit 500 Schuss geferteter polnischer MG.-Munition und ein fremdes Fahrrad gefunden. Der vermutliche Täter wurde bei Widerstandsleistung erschossen. Als SS-Mann wurden 200 Geiseln festgenommen, davon 20 öffentlich erschossen; 120 wurden in ein Konzentrationslager überführt.

Die öffentliche Vollstreckung von Todesurteilen des Sondergerichts in Breslau, in deren Verfolg u.a. 3 Polen auf dem Marktplatz in Kutno öffentlich aufgehängt wurden, ist von der polnischen Bevölkerung ablehnend aufgefasst worden. Es erklärten polnische Kreise, dass die Polen für ihr Vaterland zu sterben wünschten. Die öffentliche Hinrichtung eines Juden in Breslau als Abschreckungsmassnahme gegen Verstösse gegen die Kriegswirtschaftsverordnung wurde dagegen von den Polen begrüsst.

Die Erschossung eines unbekannten Mannes am 15. April 1941 durch eine Streife der Schutzpolizei-Dienstabteilung in Gnesen, die 2 unbekannte Männer zur Kontrolle anrief, hat bei der polnischen Bevölkerung grosse Unruhe verursacht. Einer der beiden Männer konnte festgehalten werden, während der andere die Flucht ergriff. Es ist hiernach zu erwarten, dass

die in der letzten Zeit zunehmenden Einbrüche nachlassen werden.

Schleichhandel und Schwarzschlachtungen wurden weiter verfolgt, beträchtliche Mengen Fleisch waren sichergestellt und verschiedene Anzeigen erstattet.

I. B. 4.) Verkehrswesen:

Keine Besonderheiten.

I. B. 5.) Raumordnung und Landesplanung.

Die Wirtschaftspläne für die kreisfreien Städte, die Kreisstädte und bedeutendere Mittel- und Kleinstädte im Regierungsbezirk sind zum grössten Teil fertiggestellt. Das Genehmigungsverfahren läuft. In diesem Verfahren sind Einsprüche von Wehrmachts- und anderen beteiligten Dienststellen in jedem Falle durch Ortsbesichtigungen und sachliche Aussprache beseitigt worden. Eine Ausnahme bildet in den bisher zur Verhandlung stehenden Fällen die Deutsche Reichsbahn. Von den Vertretern der Deutschen Reichsbahn wird grundsätzlich jede positive Stellungnahme zu den Stadtplanungen - soweit die Reichsbahn dabei berührt wird - abgelehnt. Zur Begründung wird angeführt, dass seitens der Reichsbahnvertreter die künftige Lage nicht überschaubar werden kann oder dass ihrer Ansicht nach die vorhandenen Gleis- und Bahnanlagen auch für die Zukunft vom bautechnischen Standpunkt ausreichen. Nach Meinung eines Vertreters der Reichsbahndirektion Posen sind sogar alle Stadtplanungen verfrüht. Er kann aber auch nicht angeben, wann der richtige Zeitpunkt gekommen sei. Es geht nicht an, dass die Planungsfragen von der Deutschen Reichsbahn wie bisher behandelt werden. Auch die Reichsbahn muss genau wie andere Dienststellen auf die Belange anderer, insbesondere der Städte, Rücksicht nehmen. Eine vernünftige Planung ist eben nur möglich, wenn alle beteiligten Dienststellen so zusammenarbeiten, dass von jeder Dienststelle auch die Belange der anderen ge- und beachtet werden.

Eine grundsätzliche Klärung dieser Frage mit dem Reichsverkehrsministerium erscheint mir im Interesse der Gesamtaufbaues notwendig.

I. B. 6.) Preisbildung und Preisüberwachung:

Das Preisniveau auf dem ernährungswirtschaftlichen Gebiet hat sich in der Berichtszeit nicht wesentlich geändert. Preisüberschreitungen wurden im grossen Umfange nach wie vor im Fleischgewerbe und im Kolonialwareneinzelhandel festgestellt. Unter dem Eindruck der Einführung von Lebensmittelkarten ist es im grösseren Umfange zu Hamsterkäufen gekommen. Auch der Schleichhandel hat erheblich an Ausdehnung erfahren. Besondere Klagen sind mir über die Preisgestaltung im Gaststättengewerbe vorgetragen worden. Diese Klagen beziehen sich in erster Linie auf die nachlassende Qualität und die Menge der angebotenen Speisen. Eine Regelung der Preise im Gaststättengewerbe steht bevor.

Im gewerblichen Sektor wurden z.Zt. erhebliche Preisüberschreitungen im Handwerk festgestellt. Auch heute noch ist das Handwerk im grossen Umfange nicht fähig, seine Preise ordnungsgemäss zu kalkulieren. Es fehlt nach wie vor an einer eingehenden Schulung des Handwerks durch die in Frage kommenden Berufsverbände. Die Einführung von Preisregelungen für eine grosse Reihe von Handwerkszweigen steht unmittelbar bevor.

Im grösseren Umfange sind Preisüberschreitungen im Speditionsgewerbe festgestellt worden, es musste hiergegen zum Teil mit erheblichen Ordnungsstrafen eingeschritten werden.

Besonders störend macht sich immer noch das Fehlen von Grosshandelsfirmen bei Haushaltsartikeln, Glas- und Porzellanwaren bemerkbar. Da beispielsweise in Teslau für Haushaltsartikel, Glas und Porzellanwaren keine Grosshandelsfirma besteht, decken die Einzelhändler in den Kreisen Hermannsbach, Teslau und Gostynin ihren Bedarf fast ausschliesslich bei Teslauer Einzelhändlern. Diesem verbotenen Kettenhandel wird erst dann restlos Einhalt geboten werden können, wenn in diesem Gebiet ein leistungsfähiger Grosshändler eingesetzt sein wird.

16

II. Gesundheitswesen und Volkspflege.

1. Medizinalwesen einschliesslich Erb- und Rassepflege.

3. Volkspflege.

Epidemieartiges Auftreten von Seuchen ist nicht vorgekommen. Die Fleckfieberepidemie im Judenlager K u t n o halt unverändert an. Es wird in diesem Zusammenhang nochmals darauf hingewiesen, dass die Ghettos und Judenlager stets Seuchenherde schlimmster Art darstellen, die bei aller Achtsamkeit die Umgebung stets ernstlich gefährden werden. Vom gesundheitlichen Standpunkt muss die baldige Verlegung und Konzentrierung sämtlicher Juden an einen von der übrigen Bevölkerung völlig abgeordneten Ort gefordert werden.

Eine Zunahme der Fälle an offener Lungentuberkulose, besonders unter den Polen, ist in den letzten Wochen festzustellen. Die Einrichtung zentraler Asylheime für tuberkulose Polen ist daher ebenfalls dringend erforderlich.

Es mangelt an gebrauchsfähigen Desinfektionsgerät. Obwohl die Seuchenbekämpfung als eine besonders wichtige Massnahme zur Erhaltung der Wehrkraft bezeichnet werden muss, stösst die Kennzifferbeschaffung bei den zuständigen zentralen Stellen trotz aller Hinweise auf Fleckfieber, Typhus und Tuberkulose auf unverständliche Schwierigkeiten.

Im gesamten Gesundheitswesen macht sich der Mangel an deutschen Medizinalpersonen unangenehm bemerkbar. Wegen Benzinmangels musste der Aussendienst der Gesundheitsämter, Mitterberatung und der jugendärztliche Dienst eingeschränkt werden.

Der Gesundheitszustand unter den Deutschen ist als zufriedenstellend, unter den Umsiedelern als mässig, unter den Polen als schlecht zu bezeichnen.

II.2. Veterinärwesen.

Die Seuchenlage ist leider noch ernst, aber nicht mehr beängstigend. Tollwutfälle sind nur vereinzelt zu verzeichnen. Die Maul- und Klauenseuche hat in einigen Kreisen erneut stärker um sich gegriffen. In Kutno ist die Seuche in 29 Gehöften

ausgebrochen, die sämtlich durch die Molkerie Zychlin nicht ausreichend erhitzte Magermilch erhalten hatten. Der zuständige Regierungsveterinärrat hat geschickt durch behelfsmässige Aufstellung einer Lokomobile den ausreichenden Dampf zur Milcherhitzung geschaffen und die Seuchenausdehnung damit eingedämmt. Ein im April im Kreise Warthbrücken vorgekommener Fall von Truppeneinquartierung in einem mit Maul- und Klouenseuche verseuchten Kuhstall, die entgegen der ausdrücklichen Weisung des Betriebsinhabers und unter Unterstützung eines Stabsarztes erfolgte, ist erst jetzt zur öffentlichen Kenntnis gelangt und ist Gegenstand eines gesonderten Berichtes. Auch Rotlauf hat sich erneut besonders ausgebreitet.

Das tierärztliche Personal reicht zu einer ausreichenden Betreuung der Tierhalter nicht aus, daher können auch nicht genug Schweine durch Rotlaufimpfung geschützt werden. Auch sonst sterben viel zu viel Tiere an nicht ansteckenden Krankheiten, weil sachkundige Hilfe gar nicht oder nicht rechtzeitig geleistet werden kann. An diesem Zustand ist auch die knappe Benzinzuteilung nicht unerheblich mitschuldig. Man wird den polnischen Tierärzten notgedrungen den Anschluss an das Fernsprechnetzt und die Haltung eines Motorrades zubilligen müssen, um sie zur Erhaltung wertvoller Tierbestände noch mehr mit einzuspannen zu können.

Grosse Verluste an Fleisch entstehen, weil die Besitzer mangels tierärztlichen Rates und tierärztlicher Hilfe vielfach meist viel zu spät zur Notchlachtung und damit zur Rettung wenigstens des Fleisches schreiten. Die Überlastung der Tierärzte bringt es mit sich, dass häufig auch die sofortige Durchführung der Ergänzungsbeschau in Frage steht. Das gänzliche Fehlen von Kühlanlagen in grossen Bezirken, z.B. vor allem in den 6 östlichen Kreisen, ist Ursache, dass bei erforderlicher Vornahme einer bakteriologischen Fleischuntersuchung in Posen (die wegen der weiten Entfernung und schlechten Verbindung mindestens 3 Tage in Anspruch nimmt) das Fleisch fast regelmässig verdorben ist. Ausser der bereits erwähnten telefonischen und motorisierten Einspannung der polnischen Tierärzte muss zur Verhütung dieser Verluste verlangt werden, dass in jedem Schlachthaus eine kleine automatische Kühlzelle für

18

die Notschlachtung sofort errichtet wird. Eine solche kleine Kühlzelle kann jederzeit in ein etwa neues oder umzubauendes Schlachthaus als Polizeikühlzelle übernommen werden. Die Entfernung der östlichen Kreise des Warthelandes von Posen, dem Sitz des einzigen Veterinäruntersuchungsamtes, ist zu gross, die Errichtung eines weiteren Untersuchungsamtes in günstiger Lage für die von Posen schlecht zu erreichenden Bezirke ist dringend erwünscht. Eine bessere Benzinversorgung der beamteten und praktischen Tierärzte ist unbedingtes Erfordernis.

Die durch die Rückwanderung heingekehrten Auslandsdeutschen und die hier einheimischen Pferdebalter haben in grossem Umfange Hengste gehalten. Die Hengstzucht hat zur Abkürzung von vielen Hunderten von Hengsten geführt. Die allgemeine Arbeitsüberlastung der wenigen Tierärzte und die geringen Fähigkeiten der hier vorhandenen polnischen Tierärzte lassen die Durchführung der rechtzeitigen Kastration dieser Hengste nur sehr schwer zu.

Die Einführung der Fleischmarken und die damit verbundene Verringerung der Schlachtung hat allerorts den Aus-
haltsplan der Schlachthäuser erschüttert. Eine grosse Anzahl von Schlachthöfen sind Zuschussbetriebe geworden, vor allem in den kleinen und kleinsten Städten.

Regierungspräsident

Hohensalza, den 8. Juli 1941.

III. Schulwesen und Gemeinschaftspflege.

1. Höheres Schulwesen.

Zu den bisher schon bestehenden höheren Schulen des Bezirkes wurde Anfang Mai 1941 als sechste die Oberschule in Konin vorläufig eröffnet. Es ist geplant, diese Schule erst mit Beginn des neuen Schuljahres planmässig einzurichten und zwar mit den Klassen 1 bis 3. Bis dahin empfangen die Schüler bereits vorbereitenden Unterricht, ohne dass eine Versetzung in die nächsthöhere Klasse am Ende des jetzt laufenden Schuljahres in Betracht käme. Der Andrang zu der neuen Schule ist so gross, dass die 3. Klasse bereits geteilt werden musste. Die Schülerzahl beträgt 109. Mit der Schule ist ein Heim verbunden.

Von den übrigen Oberschulen des Bezirks entwickeln sich besonders kräftig die in Gnesen und in Hohensalza. In Gnesen ist bereits in der 4. Klasse die Teilung nach Jungen- und Mädchen - Klassen durchgeführt, in Hohensalza in einer Klasse. Auch in Leslau wäre der Schülerzahl nach bereits in mehreren Klassen die Teilung erforderlich, jedoch scheitert dies an der Raumfrage, weil für die Oberschule und Mittelschule zusammen nur ein einziges Schulgebäude zur Verfügung steht.

II.2. Volks- und Mittelschulwesen.

Im Volks- und Mittelschulwesen wirkte sich in der Berichtszeit die starke Inanspruchnahme der Schulgebäude durch die Wehrmacht sehr störend aus. An vielen Stellen fiel der Unterricht ganz aus, an anderen musste er weitgehend gekürzt werden. Angenehm bemerkbar machte sich die Überweisung einer verhältnismässig grossen Zahl von Schulamtsanwärterinnen. Es wurden 157 Absolventinnen der Hochschule für Lehrerbildung dem Regierungspräsidenten zugewiesen, allerdings hat es ein verhältnismässig hoher Prozentsatz (etwa 20%) der Anwärterinnen fertig gebracht, unter den verschiedensten Gründen dem Wartheland fernzubleiben. Es ist gleichzeitig anzuerkennen, dass der BDM

der Schule eine verhältnismässig grosse Zahl von Laienlehrkräften zur Verfügung gestellt hat. Es handelt sich hier nur um eine Notmassnahme, denn die Laienlehrkräfte müssen einmal durch ordnungsmässig vorgebildete Kräfte ersetzt werden. Der Einsatz der Lehramtsanwärterinnen und der BDM - Laienlehrkräfte hat das Bild des Schulwesens aufgehellert.

Über das Mittelschulwesen lässt sich im Augenblick wenig sagen. Die Einführung der Hauptschule berührt die bestehende Mittelschule in ihrem Wesenskern. Mit den Durchführungsbestimmungen für den Aufbau der Hauptschule wird das Mittelschulproblem mitentschieden.

III.3. Berufs- und Fachschulwesen.

1. Über das gewerbliche, kaufmännische und hauswirtschaftliche Berufs- und Berufsfachschulwesen ist für den Zeitabschnitt vom 1. April bis 30. Juni 1941 zu sagen:

In der Berichtszeit haben folgende neu eingerichteten Schulen ihren Unterrichtsbetrieb aufgenommen:

- 1) die Haushaltungsschule der Stadt Hohensalza im April 1941,
- 2) die Haushaltungsschule der Stadt Leslau Anfang Juni 1941,
- 3) die Kreisberufsschule des Landkreises Konin Anfang Juni 1941,

Die Einrichtung der vorgesehenen Kreisberufsschulen der Kreise Kutno und Warthbrücken konnte noch nicht durchgeführt werden, da infolge der Beschlagnahme von Schulgebäuden durch die Wehrmacht keine geeigneten Unterrichtsräume zur Verfügung stehen. Zur Zeit ist noch nicht einmal die Unterbringung der vorgesehenen Schulleiter, die die Vorarbeiten für die Einrichtung der Kreisberufsschulen vorzunehmen haben, möglich.

An der Berufs- und Berufsfachschule in Hohensalza ist im Juni ein zweijähriger Lehrgang zur Ausbildung von Hausfrauen für die Zwecke der deutschen Frauenschaft eröffnet worden.

In Gemeinschaft mit der Gewerbebeförderungsanstalt der Handwerkskammer in Posen werden an den Berufsschulen in Leslau und Hohensalza Meisterkurse zur Vorbereitung von Handwerkern für die Meisterprüfung durchgeführt. Der Herr

Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung hat sich damit einverstanden erklärt, dass in Alexandrow eine Berufsfachschule für Tischler und in Leslau eine Berufsfachschule für Metallgewerbler unter Beteiligung der Handwerkskammer eingerichtet wird. Die Schulen haben den Zweck, die Ausbildung von Handwerkslehrlingen in den angeführten Berufen vorläufig zu übernehmen, da im Bezirk noch nicht genügend Meister mit der Befugnis zur Anleitung von Lehrlingen vorhanden sind. Die Vorarbeiten zur Einrichtung der Schulen sind in Angriff genommen worden.

B. Der Stand des Landwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulwesens im Regierungsbezirk ist folgender:

(1) Landwirtschaftliche Berufsschulen:

Nachdem mit Beginn des Monats November 1940 in sämtlichen Kreisen des Bezirks auf Grund der allgemeinen Berufsschulpflicht das landwirtschaftliche Berufsschulwesen eingeführt worden war, lässt sich seitdem eine fortschreitende Entwicklung sowohl nach der zahlenmäßigen als auch nach der unterrichtlichen Seite feststellen. Am 1. Mai 1941 wurde landwirtschaftlicher Berufsschulunterricht in 236 Klassen mit 4046 Schulpflichtigen erteilt; davon waren 2066 Jungen und 1980 Mädchen. An hauptamtlichen Berufsschullehrkräften stehen zur Verfügung: 2 Lehrer und 3 Lehrerinnen, an nebenamtlichen Berufsschullehrkräften: 170 Lehrer und 56 Lehrerinnen.

Zur Förderung der nebenamtlichen Berufsschullehrer wurden in der Zeit vom 15. April bis 30. Mai 1941 sieben Lehrgänge abgehalten, in denen 157 männliche Lehrkräfte die notwendige Ausrichtung in landwirtschaftlichfachkundlichen Fragen erhielten. Auf Grund dieser Lehrgänge und der inzwischen vorgenommenen Revision des berufskundlichen Unterrichts ergibt sich die Notwendigkeit, möglichst bald grössere Arbeitsgemeinschaften folgen zu lassen, die sich zur Aufgabestellung müssen, das in diesen Lehrgängen gebotene landwirtschaftliche Fachwissen zu vertiefen und nach fachmethodischen Grundsätzen der Stoffdarbietungen durchzuarbeiten. Die bisherigen Lehrgänge werden nicht nur auf die Arbeit der landwirtschaftlichen Berufsschulen recht befruchtend wirken, sondern auch die Arbeit des Landlehrers in der Volksschule

22

unterstützen und zu einer lebensnahen Unterrichtsgestaltung beitragen.

Es ist unbedingt notwendig, zu erstreben, dass die gesamte deutsche Landjugend des Bezirkes erfasst wird, da diese Berufsschulung vorläufig wichtiger ist, als eine erstklassige Ausbildung einiger weniger, besonders befähigter Menschen. Ein beschleunigter und umfassender Aufbau und Ausbau der Landwirtschaftlichen Berufsschulen bietet im Zusammenhang mit der vom Reichsnährstand durchgeführten Landerbeitslehre die besten Aussichten auf schnelle und nachweisbare Erfolge in der Jugendausbildung.

Die nebenamtlichen Berufsschullehrerinnen sind entsprechende Lehrgänge zur Erarbeitung der berufskundlichen Aufgaben der Landfrauen erforderlich. Mittel sind jedoch hierfür vom Erziehungsminister noch nicht bereitgestellt worden.

Die Beschaffung von Herden, Küchenschüsseln, Kochgeschirr für den hauswirtschaftlichen Unterricht stößt zur Zeit immer wieder auf erhebliche Schwierigkeiten, sodass die Einrichtung der Lehrküchen nur langsam vorwärts kommt.

(2) Landwirtschaftliche Fachschulen:

Die Landwirtschaftlichen Schulen einschliesslich Mädchenabteilungen befinden sich bis zu einer reinheitlichen Entscheidung in der Trägerschaft des Reichsnährstandes. Im Winterhalbjahr 1940/41 konnte der Unterricht an sieben Landwirtschaftlichen Schulen: in Jannowitz, Gnesen, Gabin, Hohensalza, Tally, Ehrburg und Barthbrücken mit 409 Schülern und 111 Schülerinnen aufgenommen werden. Durch Einberufung zum Arbeitsdienst bzw. zur Wehrmacht verringerte sich gegen Ende des Wintersemesters die Schülerzahl auf 286 Jungen. Zur Erziehung des landwirtschaftlichen Berufsstandes und zur Ausrichtung nach den Grundsätzen der Erzeugungsschlacht wurden an jeder Schule mehrere 14-tägige Lehrgänge für ältere Landwirte im letzten Winterhalbjahr abgehalten.

Der Reichsnährstand hofft, zum kommenden Herbst soviel Lehrkräfte bereit stellen zu können, dass jeder Landkreis seine Landwirtschaftsschule bekommt. Die Schulgebäude und die Einrichtung sind im allgemeinen bei den bisher eingerichteten Landwirtschaftsschulen ausreichend. Die Landwirtschaftsschule in Gnesen war bisher in dem Gebäude der Volksschule unter-

gebracht. Da die weitere Einschulung der volksschulpflichtigen deutschen Kinder in starkem Masse zunimmt, müssen anderweitige Unterbringungsmöglichkeiten für diese Landwirtschaftsschule beschafft werden. Infolge der Knappheit geeigneter Gebäude in Gnesen konnte bisher eine Lösung nicht gefunden werden. Ähnlich liegen die Verhältnisse für die Landwirtschaftsschule in Hohenalza. Das zur Zeit benutzte Gebäude stand bereits der früheren Landwirtschaftsschule vor dem Weltkriege zur Verfügung. Da diese Räume mit ihren Einrichtungen den Anforderungen einer neuzeitlichen Landwirtschaftsschule nicht mehr entsprechen, so ist auch hier eine Schulverlegung notwendig, die jedoch auch in diesem Falle aus Mangel an geeigneten Gebäuden, in denen auch die Mädchen-Abteilung gleichzeitig untergebracht werden kann, bisher scheiterte.

(3) Die Landfrauenschule in Wittingen, Kreis Gnesen, hat am 6. Mai 1941 ihren Unterricht aufgenommen, obwohl die Einrichtungsarbeiten noch nicht abgeschlossen sind. Die Schülerzahl beträgt 16 Schülerinnen. Ob zum Herbst 1941 der Unterricht auch in der Oberklasse aufgenommen wird, hängt lediglich von der Zahl der sich meldenden Schülerinnen ab.

Die Landesbauernschaft hatte beabsichtigt, Anfang Juni in Kirchdorf bei Warthbrücken eine zweite Landfrauenschule in Trägerschaft des Reichsnährstandes zu eröffnen. Aus diesem Grunde hatte die Landesbauernschaft auch in starkem Masse für diese Schule geworben und eine nicht genügende Zahl von Schülerinnen an Wittingen abgegeben. Die Landesbauernschaft ist jetzt bereit, etwa 10 Schülerinnen für Wittingen namhaft zu machen, damit diese ab Anfang Juni an dem dort eingeleiteten Lehrgang teilnehmen können. Der nach Kirchdorf von der Landesbauernschaft einberufene Lehrgang läuft als 5-monatlicher Unterricht der Landwirtschaftsschule - Mädchen-Abteilung - in Warthbrücken.

Weitere Fachschulen bestehen gegenwärtig im Bezirk nicht und sind auch nicht geplant.

Durch direkte Verhandlungen am 29. Mai 1941 in Posen erklärte sich die Landesbauernschaft bereit, auf das höhere landwirtschaftliche Fachschulwesen zu verzichten und, hierin einbeschlossen, auch Landfrauenschulen in eigener Träger-

24

Stadtbücherei Lehmstätt	Dreis Konin	(250 Bände)
Stadtbücherei Hermannsbad	" Hermannsbad	(250 Bände)
Dorfbücherei Kessau	" "	(250 Bände)
Stadtbücherei Warthbrücken	" Warthbrücken	(250 Bände)
Stadtbücherei Deutscheneck	" "	(250 Bände)
Stadtbücherei Möhlental	" "	(250 Bände)
<u>Insgesamt für 11 Büchereien</u>		<u>2 750 Bände</u>

Bis dahin sind bis zum 10. Juli 1941 errichtet:

24 Dorf- und Stadtbüchereien	mit 11 970 Bänden
und 180 Schulerbüchereien	mit <u>5 400 Bänden</u>
	<u>17 370 Bände</u>
	=====

Auf den übrigen Gebieten der allgemeinen Volksbildungspflege werden die Sommermonate benutzt, um die für den verstärkten Einsatz im Winter erforderlichen Vorbereitungen zu treffen.

schaft nicht zu eröffnen.

25

III.4. Gemeinschaftspflege.

Auf dem Gebiete der Gemeinschaftspflege ist in der Betrachtungszeit die Entwicklung des Volksbüchereiwesens ein entscheidendes Stück vorwärts gekommen. Der überragenden Bedeutung des deutschen Buches für die Stärkung des deutschen Volkstums entsprechend, hatte die Staatliche Volksbüchereistelle in Hohensalza seit mehr als Jahresfrist an dem Aufbau eines Netzes von Volksbüchereien im Bezirk gearbeitet, war dabei aber infolge der Kriegsverhältnisse auf ausserordentliche Schwierigkeiten gestossen. Nach ihrer Überwindung konnten bis zum 1. Juli 1941 folgende Volksbüchereien eingerichtet und ihrer Bestimmung übergeben werden.

Stadtbücherei Hohensalza		(2 500 Bände)
Stadtbücherei Gnesen		(2 500 Bände)
Stadtbücherei Leslau		(2 500 Bände)
Stadtbücherei Alexandrow		(2 500 Bände)
Stadtbücherei Wittingen	Kreis Gnesen	(200 Bände)
Stadtbücherei Schwarzenau	" "	(200 Bände)
Stadtbücherei Klötzen	" "	(200 Bände)
Stadtbücherei Wikingen	" Hohensalza	(200 Bände)
Stadtbücherei Angenau	" "	(200 Bände)
Dorfbücherei Gildenhof	" "	(180 Bände)
Dorfbücherei Rooneck	" "	(180 Bände)
Dorfbücherei Luiseufelde	" "	(180 Bände)
Dorfbücherei Grünholm	" "	(180 Bände)
<u>Insgesamt 13 Büchereien mit</u>		<u>9 220 Bänden</u>

(Daneben wurden übrigens von der Volksbüchereistelle 180 Schülerbüchereien mit rd. 5 400 Bänden eingerichtet.)

Die Büchereien für folgende Orte sind fertiggestellt und werden bis zum 10. Juli 1941 ihrer Bestimmung übergeben:

Stadtbücherei Exin	Kreis Altburgund	(250 Bände)
Stadtbücherei Lüderitz	" "	(250 Bände)
Stadtbücherei Bartelstein	" "	(250 Bände)
Stadtbücherei Konin	" Konin	(250 Bände)
Stadtbücherei Grenzhausen	" "	(250 Bände)

26

Der Regierungspräsident

Hohensalza, den 8. Juli 1941.

IV. Landwirtschaft.

1. Allgemeine Fragen der Landwirtschaft.

a.) Erntenstand.

Dank der diesjährigen günstigen Witterung haben sich die Ernten bis auf Raps, Wintergerste, Weizen und Rotklee z.T. gut bis sehr gut entwickelt. Raps und Wintergerste mussten grösstenteils, Weizen und Klee zu kleineren Teilen umgebrochen werden. Die Anfang Mai vereinzelt aufgetretenen Nachtfrost haben keinen nennenswerten Schaden verursacht.

Die Nachfrüchte weisen einen guten Stand auf.

Im Grossen und Ganzen kann man mit einem mittelguten - bis guten, in günstigen Fällen vereinzelt wohl auch mit einer sehr guten, Ernte rechnen. Auch die leichten Böden versprechen bei der feuchten Witterung eine befriedigende Ernte. Masse undrännerte schwere Böden weisen infolge der nassen Witterung und der in diesem Jahre hier besonders späten Bestellung Schäden auf.

An Schädlingen treten Heilflöhe und Erdflöhe in grossen Mengen auf. Man wird in kommenden Jahre das Maikäferfangen durch Schulkinder rechtzeitig im grossen Zuge organisieren müssen, um grösseren Schaden Einhalt zu gebieten. Bei den Rüben treten der Noblige Schildkäfer und auch der Rübenaskäfer auf.

b.) Stand der Arbeiten.

Der Stand der Arbeiten ist trotz des späten Frühjahrsbeginns verhältnismässig normal, wenn auch im Ganzen gesehen eine zeitliche Verschiebung aller Arbeiten eingetreten ist.

27

c.) Versorgung.

Die Versorgung der Landwirtschaft mit Kunstdünger war recht ungleichmässig. Während es in einer Reihe von Kreisen möglich war, ausreichende Düngemittelmengen zu erhalten, lag in anderen Kreisen die Versorgungslage recht ungünstig. Im Grossen und Ganzen gesehen konnten nicht die Mengen aufgewendet werden, die zur Erzielung einer vollbefriedigenden Ernte erforderlich sind.

Über mangelnde Futtermittelzuteilung wird allgemein geklagt. Insbesondere fehlt es an Weisss Futter für die Schweinehaltung. Zum Teil wird auch gemeldet, dass die Futtermittelbestände für die Pferdehaltung ungenügend sind, was wohl auf eine allzu scharfe Fütterung zurückzuführen sein dürfte.

Es wird nicht verstanden, dass die Vermahlungsrückstände der an das Ausland abzuliefernden Getreidemengen dem Wartiegen nicht wieder zur Verfügung gestellt werden, obwohl dieser einen grossen Bedarf an diesen Futtermitteln hat. Man hofft, dass im kommenden Getreidewirtschaftsjahr dieser Mangel behoben wird.

Die Kohlenversorgung ist katastrophal. Wenn nicht bald für eine ausreichende Belieferung der Landwirtschaft gesorgt wird, sind die Folgen nicht abzusehen. Das Verbrennen von Stroh, Partenzaunen usw. ist schon zu weit verbreiteter Übung geworden. Auch ist es im grossen Umfange nicht mehr möglich, die Kartoffeln für die Schweinefütterung zu kochen. Wenn für das baldige Ausdreschen der neuen Ernte geworben wird, so hat diese Werbung nur dann einen Sinn, wenn der Landwirtschaft die hierzu notwendigen Kohlen in ausreichender Menge zur Verfügung gestellt werden. Bei der knappen Versorgungslage mit Brennstoff für die Traktoren und der durch Wehrmachtseinziehungen erfolgenden Beschränkung der Pferdehaltung muss eine Anlieferung der Kohlen zu Beginn der Ernte zu grössten Schwierigkeiten führen.

d.) Arbeiterverhältnisse.

Während für die mittleren und grösseren Betriebe in allgemeinen noch genügend Arbeitskräfte vorhanden, bzw. zu be-

28

schaffen sind, nicht sich bereits ein Mangel an ledigen Knechten und Mägden für die blüherlichen Betriebe bemerkbar. So meldet der Landkreis Gnesen

667 offene Stellen.

die bisher nicht besetzt werden konnten.

Als Hauptursache des beginnenden Landarbeitermangels wird auf die unbefriedigenden Wohnverhältnisse hingewiesen.

Aus 2 Kreisen wird gemeldet, dass beim Landarbeiterstand die Erbitten einen auffallend grossen Umfang annehmen. Das hat zur Folge, dass Arbeitskräfte, die ihrem Alter nach noch als Hofgänger anzusehen und dementsprechend zu bezahlen sind, nach ihrer Verheiratung als taximässige Deputanten bezahlt werden müssen, ohne dass ihre Leistungen dieser Bezahlung entsprechen. Dieser Gesichtspunkt erfordert in der Zukunft besondere Aufmerksamkeit, da zu vermuten ist, dass dieser Erscheinung ein System zugrunde liegt.

c.) Verschiedenes.

Aus einem Bericht i. t. zu entnehmen, dass die bisher vorliegenden Ergebnisse der Einheitsbewertung des Grundbesitzes als zum Teil viel zu hoch bewertet worden. Man vertritt hierbei die Auffassung, dass die klimatischen Verhältnisse mit ihren Folgen in den hierfür vorgenommenen Abschlägen von 6 bis 8 Punkten nicht genügend zum Ausdruck kommen.

Man ist weiter der Meinung, dass die schlechteren klimatischen Verhältnisse nicht nur in einem entsprechend höheren Klimaabschlag, sondern bereits in niedrigeren Bodenzahlen ihren Niederschlag finden müssten.

Die Feststellung der Einkünfte aus der Landwirtschaft für das Steuerjahr 1940 soll auf erhebliche Schwierigkeiten stossen, weil hierfür nicht genügend Unterlagen vorhanden sind.

Die Bemessung nach dem Grundsteuerreintrag soll die normale Veranlagungshöhe um mindestens 30 - 40% übersteigen. Dies wird umso härter empfunden, als die Folgen des Polenkrieges die Betriebe vor besondere Aufgaben stellten.

Weiter wird darüber geklagt, dass die steuerlichen Vorteile der Oststeuerverordnung zu einem erheblichen Teile durch die erfolgte wesentliche Heraufsetzung der Hobesätze der Gemeinden wieder zunichte gemacht worden seien.

IV.2. Versorgung der Bevölkerung mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen (Aufgabenbereich des Landesernährungsamtes).

Die Einführung der Lebensmittelkarten ist im grossen und ganzen durchgeführt. Überall leiden die Arbeiten unter dem ganz erheblichen Mangel an geeignetem Personal. Dies hat insbesondere zur Folge, dass bisher noch nicht in einem einzigen Falle seitens der Ernährungsämter eine Überprüfung der ordnungsmässigen Kartenausgabe und der Verrechnung der Abschnitte mit den Verteilerbetrieben stattfinden konnte. Der Benzinmangel wirkt sich dabei natürlich auch aus. Von vielen Landräten wird darüber Klage geführt, dass sowohl die deutschen wie auch die polnischen Geschäftsleute mit den Vorschriften der Lebensmittelbewirtschaftung nicht genügend vertraut sind. Es erscheint angebracht, dass die Geschäftsleute in dieser Hinsicht geschult werden. Der Personalmangel hat weiterhin zu Folge, dass namentlich bei den Amtskommissaren Polen in den Ernährungsämtern beschäftigt werden. Es wird allerdings nach Möglichkeit darauf geachtet, dass diese nur mit untergeordneten Aufgaben betraut werden. In diesem Zusammenhang ist zu bemerken, dass die strengen Grundsätze, welche in dem Erlass des RMdI vom 26.6.1941 - V a 456/41/1805 - aufgestellt sind, hier keineswegs in dem erforderlichen Umfange durchgeführt werden können.

Die Frischgemüseversorgung ist vollkommen unzureichend. Es wurde die Beobachtung gemacht, dass die Gemüsesammelstellen das Gemüse dem Einzelhandel nicht unmittelbar, sondern nur über Grossverteiler zur Verfügung stellen. Durch diesen Umweg verdirbt das Gemüse zum Teil oder aber es verliert zumindest an Frische. (Überorganisation).

Die Versorgung mit Käse, Fisch und Fischkonserven ist ebenfalls schlecht, wobei die kleineren Städte bei der Verteilung dieser Lebensmittel überhaupt nicht bedacht wurden. Die Aufkäufe der Wehrmacht an Eiern und Fisch haben dahin geführt,

20

dass zum Teil erhebliche Störungen in der Belieferung der ortsansässigen Bevölkerung eingetreten sind. Es kommt hinzu, dass die Verlockungen zur Abgabe unter der Hand durch hierbei zugewilligte aussergewöhnlich hohe Preise besonders gross sind. Die neuerdings angekündigten Sonderzuweisungen von Eiern sind zu einem zu späten Zeitpunkt erfolgt, da es im allgemeinen fraglich ist, ob diese Eier so frisch sind, dass sie mit Aussicht auf Haltbarkeit eingelegt werden können. Verschiedentlich sind auch Eier auf Sammelstellen wieder verkauft, da die erforderlichen Kühlhäuser nicht zur Verfügung stehen. Ich habe im Frühjahr bereits den Landesbf. Reinhardt auf diesen Mißstand aufmerksam gemacht, jedoch ohne Erfolg. Hier scheint die Organisation Selbstzweck zu sein.

Im allgemeinen ist zu sagen, dass keine ausreichende Zuteilung von Sonderzuteilungen erfolgt. Infolgedessen wird namentlich seitens der Hausfrauen aus dem Altreich darüber geklagt, dass hier eine schlechtere Versorgung vorläge als im Altreich.

Die Versorgung mit Teigwaren ist dadurch gänzlich unzureichend geworden, dass der Grossteil der Fabriken im Reichsgau Danzig/Westpr. liegt und der Herr Reichsstatthalter in Danzig bekanntlich eine Ausfuhr von Teigwaren, Spirituosen und Süßwaren verboten hat.

Es hat sich herausgestellt, dass die verminderte Zuteilung von Lebensmitteln an die arbeitenden Polen - besonders in den Rüstungsbetrieben - zu einer erheblichen Schädigung der Arbeitskraft geführt hat. Im Interesse der Produktion muss auf jeden Fall für eine ausreichende Versorgung der arbeitenden Polen gesorgt werden; dies gilt insbesondere für die Zuteilung von Brot, welches bekanntlich eines der Hauptnahrungsmittel der Polen ist.

Nach den mir vorliegenden Berichten hat die 1. Versorgungsperiode gezeigt, dass die Einführung des Bezugskartensystems beim Butterverbrauch zweifellos zu einem erheblichen Mehrverbrauch geführt hat. Umgekehrt ist beim Fleisch zum Teil eine Einschränkung eingetreten.

IV.3. Siedlung und Umlegung.

Wie ich bereits unter I A 2.) Volkstumsangelegenheiten am Ende ausgeführt habe, wurde auf Grund eines nicht veröffentlichten Grundbefehles Nr. 25 der SS-Ansiedlungsstäbe in Litzmannstadt und Posen an die ihnen unterstehenden Arbeitsstäbe eine Untersuchung der volksdeutschen Bevölkerung auf völkische Bewertung durchgeführt. Es hat sich deshalb unter den Volksdeutschen eine grosse Unruhe gezeigt, weil mit Recht darauf hingewiesen wird, dass an die bäuerliche Bevölkerung des Altreichs sowie der rückgesiedelten Gebiete niemals dieser strenge Maßstab angelegt wurde, wie gerade an die Volksdeutschen, die ihren völkischen Wert durch ihr Aushalten während der polnischen Herrschaft unter Beweis gestellt haben. Abgesehen davon, dass der Landrat, die Kreisleitung, die Kreisbauernschaft und das Kulturamt von dieser Massnahme nur flüchtig unterrichtet wurden, kann man auch über den Wert dieser Untersuchungen durchaus geteilter Meinung sein, da in den fliegenden Kommissionen, die diese Untersuchungen vornehmen, keine approbierten Ärzte, sondern Medizinstudenten sind. Eine Mitwirkung des staatlichen Gesundheitsamtes ist auch nicht vorgesehen, dagegen wurde von Seiten der SS-Arbeitsstäbe der Wunsch ausgesprochen, dass beispielsweise die gemeldeten TBC-Fälle durch das staatliche Gesundheitsamt nachgeprüft werden sollen. Bei der Überlastung dieser Dienststelle ist dies geradezu ausgeschlossen. Das Kulturamt Hohensalza, das bei den Massnahmen zur Befriedigung des Landbedarfs der Volksdeutschen federführend ist, hat zahlreiche Termine anberaumt, bei denen aber der SS-Arbeitsstab fast nie zugegen war. Die Mitglieder des SS-Arbeitsstabes entschuldigten sich stets mit ihrer Überlastung durch die Untersuchung der Volksdeutschen. Der eingangs erwähnte Grundbefehl Nr. 25 sieht vor, dass nach der Untersuchung durch eine Kommission die Hofzuweisung erfolgen soll, bei der Vertreter aller massgebenden Dienststellen anwesend sein sollen. Hierbei soll die theoretische Hofzuweisung erfolgen. Die Durchführung dieser Richtlinien würde also das Verfahren, welches das Kulturamt bereits durchgeführt hat, neuerlich aufrollen.

Über die Reparaturen, die die Bauernsiedlung Hohensalza G.m.b.H. im Kreise Hohensalza bei den Ansiedlergehöften hat vornehmen

lassen, wird bewegte Klage geführt. Als Entschuldigung für diese unzulängliche Arbeit durch die Bauernsiedlung führt diese Schwierigkeiten in der Beschaffung jeglichen Materials an. Um zu verhindern, dass die Umsiedler einen zweiten Winter in unzulänglich hergerichteten Gehöften verbringen müssen, hat der Landrat in Hohensalza zu besonderen Massnahmen gegriffen. Er hat im Einverständnis mit dem Kultusrat die auf einigen Ostlandbetrieben lagernden Mengen an Bauholz von Pomiatowken beschlagnahmt und der Bauernsiedlung käuflich überlassen.

Die als Wirtschaftsführer der Ostland tätigen Baltendeutschen mit grösserem Landanspruch sind sehr unzufrieden, weil ihnen die Güter immer noch nicht als endgültiger Besitz zugewiesen sind.

Unter den Rückwanderern geht das Gerücht, dass die angesiedelten Rückwanderer wieder von ihren Höfen entfernt werden würden, um den Besatzabioideutschen Platz zu machen. Der Landrat in Leslau hat deswegen durch seinen SA-Arbeitsstab die Gerüchte auf das schärfste dementieren lassen und den Verbreitern scharfe polizeiliche Massnahmen angedroht.

IV.4. Wasserwirtschaft.

Die Massnahmen der Wasserwirtschaftsverwaltung /beschränkten sich auf den Aufbau der Vorfluter. Eigentliche Baumaassnahmen konnten im Monat Mai noch nicht in Angriff genommen werden, weil es die hohen Wasserstände nicht zulassen. An den Entwässerungsarbeiten im Kreise Gnesen ist auch ein Zug des Reichsarbeitsdienstes beteiligt.

Der Regierungspräsident

Hohensalza, den 8. Juli 1941.

V. Wirtschaft und Arbeit.

1. Geld-, Kredit und Bankwesen.

Von mir nachgeordneten Dienststellen wird immer wieder darauf hingewiesen, dass sich z.Zt. eine Übersetzung der Kreditinstitute anbahnt, die wirtschaftlich einfach nicht tragbar erscheint. Diese Übersetzung erklärt sich daraus, dass, nachdem sich Banken mit ihren Filialen und Sparkassen mit ihren Zweigstellen seit über 1 Jahr ihren Kundenkreis geschaffen haben, nunmehr Institute auftreten, die neben anderen ihnen eigenen Aufgaben sich mit Rücksicht auf die von ihnen betreuten Kreise auch mit Kreditgeschäften zu befassen suchen, und deren Anträge meiner Überzeugung nach oft von verschiedenen Stellen befürwortet werden, die die örtlichen Belange bei dieser Befürwortung ausser Acht lassen.

Wenn diesen Bestrebungen nicht bald ein Riegel vorgehoben wird, so erscheint der Tag nicht mehr ferne, o sich um jeden Kreditsuchenden 3 oder 4 Kreditinstitute bemühen. Der dabei erforderliche Arbeitsaufwand könnte ebenso wie das hierzu bewilligte Personal viel zweckmässiger bei anderen, dem Aufbau dienenden Arbeiten eingesetzt werden.

V.2. Organisation der gewerblichen Wirtschaft.

Nachdem die Industrie- und Handelskammer Posen die Zuständigkeit ihrer Bezirksstelle auf den gesamten Regierungsbezirk mit Wirkung vom 1.7.1941 ausgedehnt hat, ist es noch unerlässliches Erfordernis für den Aufbau eines geordneten Handwerks, dass von der Handwerkskammer Posen nunmehr die gleiche Regelung für die Nebenstelle der Handwerkskammer in Hohensalza getroffen wird. Die Nebenstelle der Handwerkskammer in Hohensalza ist nur dem Namen nach eine Nebenstelle. Die Arbeit der Kreislandwerkerschaft für die Kreise Stadt und Land Hohensalza, Dietfurt, Altburgund und Mogilno wird von demselben Personal in denselben Räumen vorgenommen. Gefor-

34

dert werden muss aber eine arbeitsfähige und für den ganzen Regierungsbezirk zuständige Nebenstelle. Die erforderlichen Räume sind bereits seit längerer Zeit vorhanden, und es bestehen auch keine grundsätzlichen Hindernisse gegen eine Ausdehnung der Tätigkeit auf den gesamten Regierungsbezirk. In diesem Zusammenhang darf ich Bezug nehmen auf meinen Bericht vom 29.5.1941 - III 1148/41 -.

V.3. Gewerbliche Angelegenheiten.

Infolge der Herabsetzung der Kohlenkontingente für Industriebrand muss damit gerechnet werden, dass ausser aus diesem Grunde bereits stillgelegten Betrieben noch weitere Betriebe zum Erliegen kommen. Diese Betriebsstillegung kann nur vorübergehender Natur sein, da mit dem Hereinkommen von Industriebrand immerhin in einem übersehbaren Zeitraum gerechnet werden kann. Es erhebt sich nunmehr die Frage, was mit den freiwerdenden Arbeitskräften wird, sobald diese weder in Kurzarbeit in denselben Betrieben, noch in benachbarten Betrieben beschäftigt werden können. Hier besteht die Gefahr, dass die freiwerdenden Arbeitskräfte mit Rücksicht auf die verschiedensten Engpässe im Arbeitseinsatz des Altreichs hier abgezogen werden und dann für die gewerbliche Wirtschaft des Warthegaues nicht nur zeitweise, sondern u.U. für eine sehr lange Dauer, wenn nicht für immer, verlorengehen. Es müssen daher meiner Ansicht nach Mittel gefunden werden, diese Arbeitskräfte, die durch Betriebsstillegungen infolge Kohlemangels frei werden, zunächst einmal mit Arbeit innerhalb des Warthegaues zu beschäftigen, und, soweit eine Abgabe ans Altreich nicht zu umgehen ist, diese Arbeitskräfte zeitweilig abzugeben. Dann ist einmal der Wirtschaft des Altreichs gedient, im Warthegau verbleiben keine freien Arbeitskräfte, und der Warthegau selbst verliert nicht seine Arbeitskräfte, die unbedingt zum Aufbau der hiesigen gewerblichen Wirtschaft gebraucht werden. Besonderer Bericht in dieser Angelegenheit wird noch vorgelegt.

V.4. Versorgungswirtschaft.

Auf dem Gebiete der Versorgungswirtschaft sind keine Erscheinungen aufgetreten, die nicht vorübergehend Natur (zeitweiser Mangel an Einzelspinnstoffwaren, Mangel an Schuhen auf

35
Bezugschein II) wären, oder nicht auch bereits zur Genüge
bekannt sind (Kohlenlage).

V.5. Arbeitseinsatz.

Keine Besonderheiten.

entomomus l. 348

367

368

376

381

BIIa

151 - 164